

Protokoll Sitzung der Vollversammlung der LK OÖ vom 26. September 2018

Großer Saal der Landwirtschaftskammer, Auf der Gugl 3, 4020 Linz

Teilnehmer

- Präsident ÖR Ing. Franz Reisecker
- Vizepräsident ÖR Karl Grabmayr
- KR Alois Affenzeller
- KR LAbg. ÖR Annemarie Brunner
- KR Mag. Daniela Burgstaller
- KR Norbert Ecker
- KR Gerhard Fragner
- KR Alois Ganglmayr
- KR LAbg. ÖR Ing. Franz Graf
- KR ÖR Johann Großpötzl
- KR Elfriede Hemetsberger
- KR Alfred Holzer
- KR Johann Hosner
- KR Ing. Berthold Huemer
- KR ÖR Karl Keplinger
- KR Franz Keplinger
- KR Josef Kogler
- KR ÖR Walter Lederhilger
- KR ÖR Ing. Reinhart Lehner
- KR Paul Maislinger
- KR Johanna Miesenberger
- KR Anna Prandstetter
- KR Dominik Revertera
- KR Elfriede Schachinger
- KR Walter Scheibenreif
- KR Michael Schwarzmüller
- KR Christine Seidl
- KR Clemens Stammler
- KR Anita Strassmayr
- KR Klaus Wimmesberger
- KR Hannes Winklehner
- Kammerdirektor Mag. Friedrich Pernkopf

Entschuldigt:

- KR Johannes Huemer
- KR Ing. Franz Leitner
- KR Margit Mayr-Steffeldemel
- KR Rudolf Mitterbacher

Ersatzmitglied:

- Ing. Ursula Forstner
- Claudia Hammer

Tagesordnung:

1	Eröffnung und Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit	2
2	Bericht des Präsidenten	5
3	Berichte aus den Ausschüssen	21
4	Allfälliges.....	64

Sitzungsbeginn: 9:10 Uhr

1 Eröffnung und Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit

Präsident ÖR Ing. Franz Reisecker:

Hohe Vollversammlung, geschätzte Damen und Herren, ich darf sie alle recht herzlich zu unserer heutigen Vollversammlung begrüßen. Der Agrarreferent der OÖ Landesregierung, LR Max Hiegelsberger, ist heute voraussichtlich aufgrund wichtiger Termine entschuldigt. Auch die Abgeordneten zum Nationalrat sind entschuldigt, sie haben heute Plenum. Ich begrüße den Abgeordneten zum Bundesrat Ferdinand Tiefnig, die Abgeordneten zum oberösterreichischen Landtag, LABg. ÖR Annemarie Brunner, LABg. ÖR Ing. Franz Graf und BBKO Obmann Georg Ecker. Ganz besonders begrüße ich von der Abteilung Land- und Forstwirtschaft des Landes OÖ Hofrat Dr. Bernhard Büsser. Ich begrüße die Landwirtschaftskammerräte, sowie die Bezirksbauernkammerobleute und die Vorsitzenden der Bäuerinnenbeiräte. Weiters darf ich recht herzlich begrüßen die Vertreter der Fraktionen, Herrn Vizepräsident ÖR Karl Grabmayr vom OÖ BAuernbund, KR ÖR Karl Keplinger vom Unabhängigen Bauernverband, KR LABg. ÖR Ing. Franz Graf von den Freiheitlichen Bauern, KR Michael Schwarzlmüller von den SPÖ-Bauern und Herrn KR Clemens Stammler von den Grünen Bäuerinnen und Bauern. Ich begrüße recht herzlich die Vertreter der Genossenschaften und unserer Fachverbände, insbesondere den Direktor des OÖ Raiffeisenverbandes Dr. Norman Eichinger, begrüßen. Weiters darf ich begrüßen unseren Kammerdirektor Mag. Fritz Pernkopf und die anwesenden Abteilungsleiter. Ich begrüße die Leiter der Bezirksbauernkammern sowie der Beratungsstellen für Rinder- und Schweineproduktion, die Vertreter des Betriebsrates und die Damen und Herren der Presse. Ebenso darf ich begrüßen die anwesenden Bäuerinnen und Bauern bzw. Gäste und Besucher der heutigen Vollversammlung. Momentan sind wir noch ein wenig dünn gesät, aber vielleicht werden im Laufe der Vollversammlung auch noch Zuhörer zur Vollversammlung kommen.

Ich stelle die Beschlussfähigkeit fest. Das Protokoll der letzten Vollversammlung gilt als genehmigt, nachdem gemäß Geschäftsordnung kein schriftlicher Einwand dagegen eingebracht wurde.

Zu den in der letzten Vollversammlung am 27. Juni 2018 beschlossenen Resolutionen sind folgende Antwortschreiben eingegangen:

Das Bundeskanzleramt hat die Resolution „Wirksame Agrarpolitik erfordert stabile EU-Finanzierung“ dem Ministerrat in seiner Sitzung am 22. August 2018 zur Kenntnis gebracht.

Das Bundesministerium für Nachhaltigkeit und Tourismus ist bestrebt, die Anliegen der Vollversammlung so weit wie möglich zu unterstützen und hat die übermittelten Resolutionen den zuständigen Organisationseinheiten zur möglichen Berücksichtigung der darin enthaltenen Anliegen weitergeleitet.

Zur Resolution „wirksame Agrarpolitik erfordert stabile EU-Finanzierung“ stellt das Bundesministerium für Nachhaltigkeit und Tourismus fest, dass während des österreichischen Vorsitzes im Rat der Europäischen Union größtmögliche Fortschritte bei der Gemeinsamen Agrarpolitik nach 2020 erreicht werden sollen. Voraussetzung für eine erfolgreiche Gemeinsame Agrarpolitik ist jedenfalls eine ausreichende Finanzierung. Die neu vorgestellte Konditionalität darf den österreichischen Weg nicht gefährden, aktuelle Programme müssen sichergestellt sein. Grundsätzlich ist auf eine praxisgerechte, einfache und zielgerichtete Ausgestaltung der Gemeinsamen Agrarpolitik zu achten. Das Bundesministerium ist außerdem bestrebt, neben der Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe auch die Bewirtschaftung der Berggebiete aufrecht zu erhalten. Im Prozess zur Gestaltung der Gemeinsamen Agrarpolitik werden in bewährter Art und Weise wieder die wesentlichen Stakeholder einbezogen.

Der SPÖ Landtagsklub in Person des Klubvorsitzenden LAbg. Christian Makor unterstützt die Forderung nach einer Änderung des OÖ. Starkstromweegegesetzes in Richtung Vorrang für Erdverkabelung aus den von der Vollversammlung angeführten Argumenten. Dieser Standpunkt wird auch bei etwaigen Novellierungen beibehalten und der SPÖ-Landtagsklub wird sich weiter für den Vorrang von Erdverkabelungen einsetzen.

Die Bundesministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz, Mag.^a Beate Hartinger-Klein antwortet anlässlich der Resolution „Saisonarbeiterbeschäftigung im Obst- und Gemüseanbau“, dass die Höhe des Kontingents auf Basis der Auslastung der Vorjahreskontingente festgelegt wurde und daher grundsätzlich ausreichend sein sollte. Aus arbeitsmarktpolitischer Sicht ist es darüber hinaus notwendig, auch in der Landwirtschaft vorrangig das Potenzial der arbeitssuchend vorgemerkten Arbeitskräfte auszuschöpfen. Auch die im Lande befindlichen Asylsuchenden mit einem positiven Asylbescheid oder einem subsidiären Schutzstatus können und sollen für diese Beschäftigung herangezogen werden. Bezüglich der Pensionsversicherungspflicht für Erntehelfer/innen regelt die Richtlinie 2014/36/EU, dass Saisonarbeitskräfte im Bereich der sozialen Sicherheit mit den eigenen Staatsangehörigen gleich zu stellen sind. Aus diesem Grund war die ab Anfang 2019 geltende Regelung geboten.

Zum Saisonarbeiter-Kontingent ist noch folgendes hinzuzufügen:

Die Landwirtschaftskammer Österreich hat sich nach dieser Antwort seitens der Frau Bundesminister weiter um eine Aufstockung des Saisonarbeiter-Kontingents bemüht. Die Verhandlungen zwischen dem Bundesministerium und der Landwirtschaftskammer führten im August schlussendlich dazu, dass ein zusätzliches Kontingent von 500 Arbeitskräften für die Aufarbeitung des immensen Schadholz-Anfalles bewilligt wurde.

Der Österreichische Werberat spricht im Falle der beanstandeten Werbemaßnahmen „Ja natürlich! Schweinderl auf Reisen“ des REWE Konzerns die Aufforderung aus, in Zukunft bei der Gestaltung von Maßnahmen sensibler vorzugehen. Dies wird vor allem im Hinblick auf die eindimensionale Darstellung von „Bio“ und „Nicht-Bio“ und die Beschaffenheit der dabei bewirtschafteten Böden eingefordert. Es hat sich dort nach unserer Resolution und nach all den Bemühungen, die es auf Österreich-Ebene gegeben hat, in kürzester Zeit ergeben, dass dieser Werbespot verändert worden ist. Die Darstellung, dass auf Nicht-Bio-Böden keine Regenwürmer mehr drinnen sind, wurde herausgenommen und in der Werbung korrigiert.

Für die heutige Sitzung sind folgende Anträge fristgerecht eingegangen:

Seitens des Präsidiums:

- Chancen neuer Züchtungstechnologien nicht ungenutzt lassen

Seitens des OÖ Bauernbundes:

- Gleiche Wettbewerbsbedingungen für Saisonarbeitskräfte

Seitens der freiheitlichen Bauernschaft OÖ

- Neubewertung des Einheitswertes in forstwirtschaftlichen Betrieben vornehmen
- Auszahlungstermine für die Ausgleichs- und ÖPUL-Zahlungen vorziehen

Seitens des Unabhängigen Bauernverbandes:

- Durch Engerlinge geschädigte Flächen kostendeckend entschädigen
- EU-Direktzahlungen vollständig noch vor Weihnachten auszahlen
- Schutz der Eigentumsrechte gegenüber Mountainbiker gewährleisten
- Herkunftskennzeichnung von Lebensmitteln nach französischem Vorbild und in der Gemeinschaftsverpflegung umgehend umsetzen
- Treibstoff für den internationalen Flug- und Schiffsverkehr der Mineralölsteuer unterziehen
- Änderung der allgemeinen Vertragsbedingungen in der Hagelversicherung umsetzen

Seitens der Grünen Bäuerinnen und Bauern OÖ und der SPÖ Bauern:

- System für Mehrweggebinde insbesondere für die „weiße Palette“ wie Trinkmilch und Joghurt entwickeln und umsetzen

Die Anträge werden vor dem Tagesordnungspunkt 4 Allfälliges behandelt.

2 Bericht des Präsidenten

Präsident ÖR Ing. Franz Reisecker übergibt den Vorsitz an **Vizepräsident ÖR Karl Grabmayr**, dieser ersucht den Präsidenten um seinen Bericht.

Präsident ÖR Ing. Franz Reisecker:

1. Dürrehilfe-Paket für die Land- und Forstwirtschaft beschlossen

Aufgrund der ausbleibenden Niederschläge sowie den hohen Temperaturen im Frühjahr und Sommer 2018 und den damit verbundenen Schäden wurde ein Maßnahmenpaket im Ausmaß von 60 Millionen Euro für die Land- und Forstwirtschaft beschlossen, um den am stärksten betroffenen Betrieben schnell und unbürokratisch helfen zu können.

Klimatisches Ausnahmejahr 2018

Hitze und Trockenheit haben das späte Frühjahr und den Sommer in Oberösterreich dominiert. Die Niederschlagsdefizite sind beträchtlich und haben vor allem im Grünland und Futterbau zu massiven Ertragseinbrüchen geführt. War Trockenheit in der Vergangenheit eher ein Thema des Mühlviertels, so wurden 2018 faktisch alle Landesteile geschädigt. Oberösterreich ist 2018 auch österreichweit klar das hauptbetroffene Bundesland. Die Landwirtschaftskammer Oberösterreich hat daher vehement eine finanzielle Unterstützung der hauptbetroffenen Betriebe gefordert.

Dürre-Paket mit besonderer Beachtung der Grünlandbauern

Das nunmehr beschlossene Dürrepaket der Bundesregierung legt einen klaren Fokus auf Betriebe mit Raufutter verzehrenden Tieren. Der genaue Modus der Auszahlung ist noch zu erarbeiten. Die Landwirtschaftskammer Oberösterreich begrüßt die beschlossenen Maßnahmen, stellt aber auch klar fest, dass weder das Hilfspaket noch die Dürreversicherung die heuer entstandenen Schäden auch nur annähernd ausgleichen können.

Anhebung Prämienunterstützung für alle Elementarrisikoversicherungen

Ab 2019 wird der öffentliche Zuschuss für alle Elementarrisikoversicherungen von 50 auf 55 Prozent erhöht. Diese Maßnahme löst einen finanziellen Mehrbedarf in der Höhe von 11,7 Millionen Euro aus und kommt allen landwirtschaftlichen Betrieben entgegen. Die Eigeninitiative der Betriebe zur Abfederung der klimatischen Risiken wird dadurch nachhaltig gefördert. Ebenso gilt der erhöhte Zuschuss-Satz von 55 Prozent für die 2019 neu einzuführende Tierseuchenversicherung.

Direktbeihilfen für die von Trockenheit betroffenen tierhaltenden Betriebe

Auf Basis einer Sonderrichtlinie des Bundesministeriums für Nachhaltigkeit und Tourismus wird eine Bundes- und Ländermaßnahme im Ausmaß von 20 Millionen Euro ermöglicht. Damit soll vorrangig Grünland bewirtschaftenden Betrieben in den von der Trockenheit hauptbetroffenen Gebieten geholfen werden. Diesen droht aufgrund der Futterknappheit der Verlust der wirtschaftlichen Grundlage.

Die Abgrenzung der betroffenen Gebiete wird auf Ebene der Katastralgemeinden nach der Lage der Flächen und nicht des Betriebssitzes erfolgen. Dafür wird das lang- und kurzfristige Niederschlagsdefizit anhand von Daten der Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik als auch der Österreichischen Hagelversicherung herangezogen. Die Abgrenzung der genauen Gebietskulisse ist derzeit noch in Arbeit um eine möglichst hohe Treffgenauigkeit sicher zu stellen. Zusätzlich erfolgt eine Abrundung um Gebiete mit niedrigen und hohen absoluten Niederschlagswerten. Im betroffenen Gebiet wird auf Basis der Rinderdatenbank sowie der AMA-Tierliste 2018 eine Zahlung für RGVE gewährt. Die Zahlung erfolgt voraussichtlich für maximal zwei RGVE pro Hektar Grünland und Feldfutter ohne Silomais.

Erleichterungen bei Agrarinvestitionskrediten und Agrarsonderkredit „Trockenheit“

Es wird zusätzliche Stundungen und Laufzeitverlängerungen bei AIK für diejenigen Betriebe geben, die bereits eine Stundung von zwei Tilgungsraten und eine Laufzeitverlängerung von einem Jahr in Anspruch genommen haben. Dafür ist eine Änderung der Sonderrichtlinie des Bundesministeriums für Nachhaltigkeit und Tourismus notwendig. Zusätzlich wird in den betroffenen Gebieten ein Agrarsonderkredit „Trockenheit“ mit einem Zinszuschuss für Darlehen in Höhe von 5.000 bis 50.000 Euro je Betrieb angeboten. Die Laufzeit beträgt drei Jahre und die Darlehenshöhe ist gestaffelt nach Hektar-Sätzen. Diese Maßnahme kann entweder auf Basis einer Sonderrichtlinie von Bund/Ländern erfolgen oder einzelne Bundesländer legen Kreditaktionen auf.

Wiederaufbau und Sicherung klimafitter Wälder

Im Rahmen des Programms Ländliche Entwicklung stehen 20 Millionen Euro für Maßnahmen bereit. Davon werden drei Millionen Euro für den Forstschutz und 17 Millionen Euro für die Schadholzmanipulation aufgewendet. Weitere 15 Millionen stehen in weiterer Folge für die Wiederaufforstung der Katastrophenflächen zur Verfügung.

2. Grüner Bericht 2018

Der im September veröffentlichte Grüne Bericht 2018 zeigt für 2017 eine Steigerung der Einkünfte aus der Land- und Forstwirtschaft um 14 Prozent gegenüber 2016 auf. Die Einkünfte lagen 2017 durchschnittlich bei 31.133 Euro je Betrieb. Damit bleibt der Einkommensanstieg gegenüber dem Vorjahr stabil. Die Einkünfte aus der Land- und Forstwirtschaft lagen 2016 ebenfalls um 14 Prozent höher als im Jahr 2015. Bezogen auf den Arbeitseinsatz je betrieblicher Arbeitskraft (bAK) wurden Einkünfte aus der Land- und Forstwirtschaft in der Höhe von 23.371 Euro erzielt. Mit Ausnahme der Marktfruchtbetriebe konnten 2017 bei allen Betriebsformen Einkommenssteigerungen verzeichnet werden. Die Fortsetzung des positiven

Einkommenstrends des Vorjahres ist nach den Einkommenseinbußen der Jahre 2012 bis 2015 für die österreichische Landwirtschaft dringend notwendig.

Unterschiedliche Entwicklung in den einzelnen Betriebsformen

Der Anstieg der Einkünfte ist insbesondere auf eine gute Preisentwicklung in der Tierhaltung zurückzuführen. Sowohl die Erzeugerpreise für Rinder und Schweine als auch für Milch sind im Berichtsjahr 2017 gestiegen. Durch Produktionsausweitungen und aufgrund steigender Erzeugerpreise für Ferkel und Mastschweine wiesen die Veredelungsbetriebe im Jahr 2017 den stärksten Anstieg auf und erzielten unter allen Betriebsformen das höchste Einkommen aus der Land- und Forstwirtschaft.

Bei den Futterbaubetrieben stellt sich die Situation je nach Größe der Betriebe sehr differenziert dar: Konnten die größeren Futterbaubetriebe einen stärkeren Anstieg im Vergleich zum Vorjahr verzeichnen, ist das Einkommen der kleineren Betriebe 2017 sogar um acht Prozent zurückgegangen. Die fröhsommerliche Trockenperiode und der Hitzesommer 2017 haben die Einkünfte der Marktfruchtbetriebe stark gedämpft. Die geringere Erntemenge als im niederschlagsreichen Vorjahr führte zu einem Einkommensrückgang von 16 Prozent.

Generell zeigen sich bei Betrachtung der Detailergebnisse deutliche Unterschiede innerhalb der Betriebsformen. Daher ermöglichen die Durchschnittsergebnisse keine unmittelbaren Rückschlüsse auf die Einkommenssituation von Einzelbetrieben.

Ergebnisse im benachteiligten Gebiet

Viele österreichische Betriebe befinden sich im Bergbauern- bzw. im benachteiligten Gebiet. Die Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft betragen bei den Bergbauernbetrieben im Durchschnitt 25.919 Euro und lagen damit um 29 Prozent unter dem Durchschnitt der Nichtbergbauernbetriebe. Von den gestiegenen Erzeugerpreisen insbesondere bei Milch und Rindern profitierten auch die Bergbauernbetriebe mit einer Einkommenssteigerung von 20 Prozent. Somit konnte der Abstand zu den Nichtbergbauern verringert werden. Diese hatten im Durchschnitt eine Einkommenssteigerung von rund 9 Prozent.

3. Fortschritte bei GAP-Verhandlungen dringend notwendig

Während die EU-Politik in den letzten Monaten stark von Fragen rund um Migration und Grenzschutz dominiert wurde, fordert die Landwirtschaftskammer Oberösterreich in der verbleibenden Zeit der österreichischen Ratspräsidentschaft einen starken Fokus auf die Agrarpolitik zu legen, um entsprechende Verhandlungsfortschritte zu erzielen.

Höhere Beitragszahlungen der Mitgliedsstaaten für ausreichende GAP - Finanzierung unumgänglich

Weiter in Diskussion steht die notwendige Erhöhung der nationalen Beitragszahlungen ins EU-Budget. Eine Beibehaltung der Beitragszahlungen auf dem jetzigen Niveau von 1,03 Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE) würde eine drastische Kürzung der GAP-Mittel zur Folge haben. Der von der EU-Kommission im Mai vorgestellte Budgetentwurf sieht eine

Erhöhung der Budgetmittel auf 1,114 Prozent des BNE vor und würde trotzdem zu einer Kürzung der GAP-Mittel führen. Seitens des EU-Parlaments wurde daher die Forderung nach einer Erhöhung auf 1,3 Prozent des BNE eingebracht, um damit die GAP-Mittel trotz der höheren Ausgaben im Bereich der Migration, des Grenzschutzes und der Forschungsförderung auf einem gleichbleibenden Niveau zu halten. Die Landwirtschaftskammer OÖ fordert daher auch von der österreichischen Bundesregierung, der Finanzierung der Europäischen Union als Zukunftsinvestition entsprechende Priorität einzuräumen. Zusätzlich wird auf Brüsseler Ebene auch daran gearbeitet, die Eigenmittelfinanzierung der Europäischen Union beispielsweise durch die Mehrwertsteuereigenmittel oder Einnahmen aus dem Emissionshandelsgesetz zu erhöhen.

Erfolgreiche Umsetzung der GAP erfordert Verwaltungsvereinfachungen

Weiterhin fordert die LK Oberösterreich konkrete Vereinfachungen in der Administration der Gemeinsamen Agrarpolitik. Der Verwaltungsaufwand für die einzelnen landwirtschaftlichen Betriebe muss reduziert werden. Bei den nationalen Strategieplänen für die Agrarpolitik bedürfen die Vorschläge der EU-Kommission noch einer grundlegenden Überarbeitung. Um Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden und die Verwaltung möglichst einfach zu halten, sollten die grundlegenden Regelungen nach wie vor auf der EU-Ebene festgelegt werden. Es drohen sonst weitreichende Rechtsunsicherheiten, da Regelungen jeweils national unterschiedlich umgesetzt werden und möglicherweise erst mit Verzögerung von der Kommission als rechtmäßig anerkannt werden können. Dies könnte durch die Verankerung EU-weiter Regelungen vermieden werden. Zudem gibt es in mehreren Bereichen wie zB bei der Dauergrünlandwerdung wieder sehr detaillierte EU-Vorgaben, die die nationalen Spielräume massiv einschränken. Auch die erfolgte Neukonzeption der Umwelt- und Klimaschutzmaßnahmen stellt trotz des Entfalls der bisherigen Greening-Bestimmungen keinen wirklichen Beitrag zur Verwaltungsvereinfachung dar.

4. Fairer und offener Welthandel ist unverzichtbar für den Agrarsektor

Die aggressive Handels-Politik des amtierenden US-Präsidenten Donald Trump wird immer mehr zur Belastung für den weltweiten Handel. Vor allem der immer weiter eskalierende Handelsstreit mit China wird zunehmend bedrohlicher für die eng vernetzte Weltwirtschaft. In dieser Situation rückt die Bedeutung von zwischenstaatlichen Handelsabkommen noch mehr in den Fokus. Die Landwirtschaftskammer Oberösterreich setzt sich daher aktiv für gut verhandelte, faire Abkommen ein und lehnt weitere Importerleichterungen für Agrarprodukte vehement ab.

Fortschritte bei MERCOSUR-Gesprächen erfolgreich verhindert

Die Handelsgespräche der EU mit den südamerikanischen Mercosur-Ländern treten auf der Stelle. Das Mitte September stattgefundenen Treffen in Montevideo hat wie die vorhergehenden Verhandlungsrunden zu keinen Fortschritten geführt. Beide Verhandlungspartner sind mit den jeweiligen Gegenangeboten unzufrieden. Die von der EU angebotenen Einfuhrquoten von 99.000 t Rindfleisch und 150.000 t Zucker reichen Brasilien, Argentinien und Uruguay nicht. Auf der anderen Seite gehen die Südamerikaner nur

unzureichend auf die Forderungen der EU nach einer Grenzöffnung für europäische Molkereiprodukte und den Schutz von geografischen Bezeichnungen ein. Erschwerend wirken sich auch die lokalen Herausforderungen wie die laufenden Präsidentschaftswahlen in Brasilien und die tiefe Wirtschaftskrise in Argentinien aus. Die Landwirtschaftskammer Oberösterreich setzt sich weiterhin mit Nachdruck gegen die Öffnung der europäischen Märkte für Agrarprodukte aus den MERCOSUR-Staaten ein. Bis dato hat der EU-weite Widerstand der bäuerlichen Vertreter weitere Zugeständnisse bei den Importmengen verhindern können.

Erfreulicher Abschluss des Freihandelsabkommens JEFTA zwischen Japan und der Europäischen Union

Die Europäische Union und Japan haben Mitte Juli das seit 2013 verhandelte EU-Japan-Freihandelsabkommen JEFTA unterzeichnet. Die Zollerleichterungen sollen ab November 2019 in Kraft treten und insgesamt 87 Prozent des Agrarhandels zwischen der EU und Japan betreffen. Verarbeitetes Schweinefleisch darf ab diesem Zeitpunkt zollfrei nach Japan geliefert werden, für frisches Schweinefleisch soll der Zollsatz nahe Null liegen. Für jährlich 50.000 Tonnen Rindfleisch aus der EU werden die Einfuhrzölle innerhalb von 15 Jahren von 38,5 Prozent auf 9 Prozent vermindert. Für Käse wie Gouda und Cheddar wird ein zollfreies Einfuhrkontingent für 31.000 Tonnen eingerichtet. Kleinere Einfuhrkontingente gibt es zudem für Butter, Magermilchpulver, Stärke und Malz. Die Landwirtschaftskammer Oberösterreich begrüßt dieses Abkommen mit Japan ausdrücklich. Vor allem den Exporteuren von Käse und Wein werden neue Möglichkeiten auf dem japanischen Markt geschaffen. Außerdem werden die geografischen Ursprungsbezeichnungen der Europäischen Union zukünftig auch in Japan geschützt.

5. Gentechnikeinstufung neuer Züchtungsmethoden gefährdet die europäische Pflanzenzüchtung

Der Europäische Gerichtshof hat die neuen und intensiv diskutierten Züchtungsmethoden wie die Genschere CRISPR Mitte Juli als Gentechnik eingestuft. Diese Entscheidung bringt insbesondere die im internationalen Vergleich kleinen heimischen Saatgutunternehmen unter Druck und erhöht die Abhängigkeit der bäuerlichen Landwirtschaft von den großen internationalen Saatgutmultis.

Pflanzenzüchtung wird noch mehr zur Schlüsseltechnologie

Besonders das heurige Jahr hat gezeigt, dass die Bedingungen für die Land- und Forstwirtschaft stetig anspruchsvoller werden. Die Pflanzenzüchtung wird aufgrund der klimatischen Anforderungen, der steigenden Weltbevölkerung und den Einschränkungen bei Pflanzenschutzmitteln noch mehr zur Schlüsseltechnologie. Ohne laufende Weiterentwicklungen auf dem Gebiet der Züchtung wären die aktuellen Ergebnisse in der Landwirtschaft undenkbar und sind auch die geforderten Ertragssteigerungen in der Zukunft nicht machbar.

Gentechnik-Einstufung nützt großen Saatgut-Unternehmen

Mit den neuen, einfach anzuwendenden Züchtungstechnologien hätten auch mittlere und kleine Züchtungsunternehmen selbstständige und standortangepasste Züchtung betreiben können. In Amerika ist bereits ein Anwachsen der Start-Up Szene im Bereich Pflanzenzüchtung zu bemerken. Große Konzerne wie Syngenta und Bayer sind einer größeren Konkurrenz ausgesetzt. So sind von den 23 zuletzt neu angemeldeten Züchtungen nur drei von Agrarkonzernen entwickelt worden. Mit der vom Europäischen Gerichtshof getroffenen Entscheidung werden die großen, internationalen Unternehmen bevorzugt und der Konzentrationsprozess in der Pflanzenzüchtung beschleunigt. Die Abhängigkeit bei Saatgut von wenigen globalen Anbietern wird sich zwangsläufig verschärfen. Es ist daher gänzlich unverständlich, dass im Agrarbereich tätige NGOs ausgerechnet die Abhängigkeit von großen Agrarmultis als Argument gegen die neuen Züchtungstechnologien verwenden. Diese Organisationen beschleunigen damit den Konzentrationsprozess in der Saatgutbranche, den sie vorgeblich zu verhindern suchen.

Landwirtschaftskammer OÖ fordert Evaluierung der getroffenen Entscheidung

Da die EU-Landwirtschaft aufgrund der getroffenen Entscheidung Gefahr läuft, in der Pflanzenzüchtung deutlich zurück zu fallen, fordert die Landwirtschaftskammer OÖ eine Überprüfung des bestehenden EU-Gentechnikrechts aber auch der nationalen Gentechnikgesetzgebung. Es kann nicht akzeptiert werden, dass die zunehmende Technologiefreundlichkeit aus einigen Bereichen der Gesellschaft dringend benötigte wissenschaftliche Fortschritte aus der Anwendung drängt. Auch in Deutschland haben sich Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner und der deutsche Bioökonomierat klar dafür ausgesprochen, die Debatte noch nicht als beendet zu erklären und eine geordnete Freigabe der neuen Züchtungstechnologie anzustreben.

6. 70-Tage Regelung in Deutschland verschärft österreichischen Kostennachteil bei der Saisonarbeiter-Beschäftigung

In Deutschland wird die 70 Tage Regelung für Saisonarbeiter unbefristet verlängert. Darauf hat sich die Koalition geeinigt. Diese Regelung ermöglicht es, Saisonarbeiter für einen Zeitraum von 70 Tagen ohne Pensionsversicherungsabgaben zu beschäftigen. Damit wird die soziale Ungleichbehandlung der Saisonarbeitskräfte zwischen Deutschland und Österreich nunmehr auf Dauer festgeschrieben. Der Druck auf die heimischen landwirtschaftlichen Betriebe mit Bedarf an Saisonarbeitern steigt. Deutsche Betriebe sind mit dieser Regelung nicht nur attraktiver als Arbeitgeber, sondern haben auch einen entscheidenden Kostenvorteil.

Ungleiche Wettbewerbsbedingungen belasten österreichische Gemüseproduzenten schwer

Durch die volle Sozialversicherungspflicht in Österreich kosten Saisonarbeitskräfte in Österreich pro Stunde 11,80 Euro, wobei dem Arbeitnehmer in Österreich ein Nettolohn von Euro 6,50 pro Stunde bleibt. In Deutschland sind solche Arbeitskräfte von der Pensionsversicherungspflicht befreit. Dem Arbeitnehmer bleibt daher ein Nettolohn von 8,80 Euro und kommt dem Arbeitgeber trotzdem deutlich billiger. Bei arbeitsintensiven Kulturen im Gemüsebau wie Einlegegurken, deren Jahresarbeitsbedarf bei 2.500 Stunden pro Hektar liegt,

ergibt sich für die österreichischen Produzenten ein Wettbewerbsnachteil von 7.500 Euro pro Hektar. Es ist klar ersichtlich, dass österreichische Betriebe unter diesen Bedingungen faktisch keine Chance haben, am Markt zu bestehen. Diese oftmals sehr traditionellen Produktionszweige sind daher wirtschaftlich akut bedroht.

Beschäftigung von Saisonarbeitern muss erleichtert werden

Die Landwirtschaftskammer Oberösterreich fordert daher vehement eine Erhöhung des Kontingents an Arbeitskräften aus Drittstaaten auf zumindest 1600 Saisoniers und 130 Erntehelfern in OÖ bis 2020. Absolut notwendig ist darüber hinaus eine Entlastung bei den Lohnnebenkosten für Saisoniers. Analog zu Deutschland braucht es eine Ausnahme von den Pensionsversicherungsabgaben bis zu einer Beschäftigungsdauer von drei Monaten. Dies ist notwendig, um Österreich langfristig als Zielland für Saisonarbeiter attraktiv zu halten und die Kostenbelastung der heimischen Betriebe zu verringern. Es kann nicht akzeptiert werden, dass in einem offenen Wirtschaftsraum und noch dazu zwischen Nachbarländern derartig unterschiedliche Wettbewerbsbedingungen vorherrschen.

7. Leitlinie für raschere und transparente Stallbau-Verfahren gefordert

Für die erfolgreiche Entwicklung der heimischen landwirtschaftlichen Betriebe ist die laufende Erweiterung und Anpassung der Betriebsstätten dringend notwendig. Die oberösterreichische Landwirtschaft ist in der tierischen Produktion führend in Österreich und benötigt daher rasche und unbürokratische Verfahren besonders beim Stallbau.

Konkrete Forderungen der Landwirtschaftskammer OÖ

- Bauwerber sollen bereits im Vorhinein Gewissheit über die Dauer des Verfahrens haben.
- Vor allem kleinere und mittlere Ställe sollen nach standardisierten Vorgaben rasch genehmigt werden können. Diese Standards sollen allen Baubehörden zu Verfügung stehen und von ihnen verwendet werden. Dadurch sollen auch unterschiedliche Sichtweisen der einzelnen berührten Gesetze vereinheitlicht werden.
- Es soll klar sein, bei welchen Stallkategorien welche Art von Gutachten erforderlich und in welchem Umfang diese auszufertigen sind.
- Bei der Prüfung von Flächenwidmungsplänen soll im Rahmen der Interessenabwägung mehr Augenmerk auf einen ausreichend großen Abstand zwischen tierhaltenden Betrieben und Wohnbebauung gelegt werden. (Schutz landwirtschaftlicher Anlagen vor heranrückender Wohnbebauung)
- Das öffentliche Interesse an der heimischen Produktion von Nahrungsmitteln soll künftig bei der Erstellung von Gutachten nach dem OÖ. Natur- und Landschaftsschutzgesetz stärker als bisher bei der Interessenabwägung gewichtet werden.

Umsetzung in einer gemeinsamen Arbeitsgruppe mit dem Land OÖ

Gemeinsam mit dem Land Oberösterreich wird eine interdisziplinäre Arbeitsgruppe auf Verwaltungsebene zur Deregulierung und Prüfung möglicher praxisnaher sowie unbürokratischer Lösungen eingerichtet. Mithilfe der großen Erfahrung der Landwirtschaftskammer mit Stallbauverfahren sollen Möglichkeiten für

Verfahrensvereinfachungen festgestellt und in weiterer Folge Vorschläge für deren Realisierung erarbeitet werden.

8. Klarstellung bei der Besteuerung von Leitungsentschädigungen erreicht

Für Zahlungen im Zusammenhang mit Leitungsrechten für Öl, Gas, Strom und Wärme ist ab 1. Jänner 2019 über die Leitungsbetreiber eine Abzugsteuer von zehn Prozent abzuführen. Erfasst von der Abzugsteuer sind alle regelmäßig aus Anlass der Einräumung des Leitungsrechtes anfallenden Zahlungen an betroffene Grundstückseigentümer oder Grundstücksbewirtschafter. Dazu zählen das Entgelt für die Rechtseinräumung, die steuerfreie Wertminderung und sonstige Zahlungen, wie Entschädigungen für Ertragsausfälle und Wirtschafterschwernisse. Die einkommensteuerliche Behandlung ist damit für den Grundeigentümer erledigt. Zahlungen, die der Abzugsteuer unterliegen, müssen nicht in eine allfällige Einkommensteuererklärung aufgenommen werden.

Neuer Ansatz für Veranlagung

Der Steuerpflichtige kann aber, falls es für ihn günstiger ist, die Zahlungen bei der Einkommensteuer veranlagern. Die Einkünfte werden mit 33 Prozent des auf das Veranlagungsjahr entfallenden Auszahlungsbetrages ohne Umsatzsteuer angesetzt. Es sei denn, der Steuerpflichtige beantragt den Ansatz der Einkünfte in der von ihm nachzuweisenden Höhe. Dazu ist eine Zuordnung zu den steuerpflichtigen und steuerfreien bzw. von der Pauschalierung erfassten Bestandteilen samt Nachweis erforderlich. Die jeweiligen Einkünfte unterliegen dem Einkommensteuertarif (Stufentarif 0 bis 55 Prozent). Der 33 Prozent-Ansatz für die Veranlagung gilt auch in jenen Fällen, in denen eine Entschädigung aus Anlass der Einräumung von Leitungsrechten (Strom, Gas, Erdöl, Fernwärme) vor 1. Jänner 2019 ausbezahlt wurde und zum Zeitpunkt der Kundmachung der Neuregelung noch keine rechtskräftige Veranlagung vorliegt. Nach langwierigen Verhandlungen konnte die Landwirtschaftskammer Österreich damit eine praktikable steuerliche Behandlung von Leitungsentschädigungen erzielen. Es wird angestrebt das Besteuerungsmodell auf weitere Entschädigungsfälle im öffentlichen Interesse auszudehnen.

9. OÖ Grundverkehrs-Novelle beachtet landwirtschaftliche Interessen

In der Ende Juli 2018 wirksam gewordenen Novelle des OÖ Grundverkehrsgesetzes 1994 werden aktuelle gesetzliche Anpassungen vorgenommen und Verwaltungsvereinfachungen durch den Wegfall von Genehmigungsverfahren erreicht.

Ausnahme von der Bewilligungspflicht bis zu 1000 m² Grünland

Die Übertragung von land- oder forstwirtschaftlichen Grundstücken mit der Flächenwidmung „Grünland“ unterliegt grundsätzlich der Bewilligungspflicht; auch bei Kleinstflächen mit wenigen Quadratmetern war eine Bewilligung durch die zuständige Bezirksgrundverkehrskommission erforderlich. Die Novelle sieht vor, dass Flächen bis maximal 1.000 Quadratmeter, welche unmittelbar an Flächen der Rechtserwerber (Käufer) angrenzen, bewilligungsfrei zugekauft werden können. Dies ist aber innerhalb eines

Zeitraumes von 10 Jahren nur einmal möglich. Zu bereits gewidmeten Baugrundstücken können beispielsweise Grundflächen bis maximal 1.000 Quadratmeter ohne Genehmigung der Grundverkehrsbehörde dazugekauft werden. In der Praxis wird sich herausstellen, in wieweit sich ein Verkauf dieser Flächen des „höherwertigen Grünlandes“ oder einer sogenannten „Baurandlage“ auf die Höhe der Kaufpreise auswirken wird.

Bedingungen für den Erwerb von land- und forstwirtschaftlichen Grundstücken

Als Bedingung für den Erwerb von land- oder forstwirtschaftlichen Grundstücken ist zu gewährleisten, dass der Erwerber seinen Hauptwohnsitz in der Nähe zum Grundstück hat und eine land- oder forstwirtschaftliche Schul- beziehungsweise Berufsausbildung nachweisen kann. Auch bei juristischen Personen hat künftig die wirtschaftlich entscheidende natürliche Person diese Voraussetzungen zu erfüllen. Dies kann auch in bestimmten Fällen ein Mitglied eines Leitungsorgans sein. Eine Bewilligungspflicht besteht auch bei Personengemeinschaften oder Gesellschaften, die überwiegend auf dem Gebiet der Land- und Forstwirtschaft tätig sind. Ebenso gilt die Bewilligungspflicht für Personengemeinschaften oder Gesellschaften, die nicht auf dem Gebiet der Land- und Forstwirtschaft tätig sind, aber landwirtschaftliche oder forstwirtschaftliche Immobilien im Ausmaß von mindestens 2 ha mit einem Verkehrswert von mindestens 15 Prozent des Gesellschaftsvermögens aufweisen. Durch diese Regelung ist eine Bewilligungspflicht nun mehr klargestellt, bislang gab es hier keine klare Abgrenzung.

Verfahrensvereinfachungen im Ediktalverfahren

Rechtsgeschäfte, bei denen der Erwerber von land- oder forstwirtschaftlichen Grundstücken mit einer Fläche von mehr als 5.000 Quadratmeter eine Selbstbewirtschaftung nicht glaubhaft machen konnte, werden im sogenannten Ediktalverfahren öffentlich kundgemacht. Innerhalb einer vierwöchigen Frist können dann aktive Landwirte ein Kaufanbot zu einem ortsüblichen Preis für den Erwerb dieser Flächen stellen. Nunmehr ist klargestellt, dass ein solcher Aushang beim Erwerb von Grundstücken oder Liegenschaften im „Grünen Grundverkehr“ durch nahe Angehörige (insbesondere Ehegatten, eingetragene Partner, Kinder usw.) nicht mehr vorgesehen ist. Ebenso beim Verkauf von landwirtschaftlichen Grundstücken, deren Selbstbewirtschaftung durch die Eigentümer voraussichtlich für die Dauer von mindestens 10 Jahren aufgrund unauflösbarer Rechte Dritter (langfristige Pachtverträge oder Nutzungsvereinbarungen usw.) nicht möglich ist. Bei Rechtserwerben (Erteilung eines Zuschlages durch ein Gericht) aufgrund einer Zwangsversteigerung wird ebenso keine Ausschreibung nach § 5 OÖ. Grundverkehrsgesetz durchgeführt. Durch diese Änderungen erspart sich die Behörde unnötigen Verwaltungsaufwand.

Flächendeckende Bewirtschaftung weiterhin oberstes Ziel

Im Zuge der Novelle wurden auch einige legislative Anpassungen zu anderen Gesetzen beziehungsweise Behörden vorgenommen. Eine ordnungsgemäße flächendeckende Bewirtschaftung von land- und forstwirtschaftlichen Grundstücken ist aber nach wie vor oberstes Ziel im oberösterreichischen Grundverkehr. Für eine Bewilligung werden nach wie vor strenge Maßstäbe angesetzt, damit Spekulationen und ungewollte Preisentwicklungen weitgehend hintangehalten werden.

10. Mechanische Engerling-Bekämpfung dringend empfohlen

Im Laufe des Sommers wurden die Engerlingschäden im Grünland zunehmend zum flächendeckenden Problem, das im Wechselspiel mit der Trockenheit besonders gravierend ausgefallen ist. Nahezu ganz Oberösterreich mit dem Schwerpunkt im Mühlviertel zählt nunmehr zum Befallsgebiet des Maikäfers bzw. seines Engerlings. Die Schadschwelle liegt im Flugjahr bei 35 bis 40 Engerlingen und im folgenden Hauptfraßjahr bei 25 bis 30 Engerlingen pro Quadratmeter. Im heurigen Jahr ließ die extrem lang andauernde Trockenperiode von Anfang April bis Ende August die Fraßschäden unübersehbar zu Tage treten. In stark betroffenen Gebieten treten Grünlandschäden auch trotz ausreichender Wasserversorgung auf. Aufgrund der Biologie der Engerlinge ist 2019 mit noch größeren Schäden durch den Engerling zu rechnen. Die „neuen“ Befallsgebiete sollen sich darauf einstellen, dass der Druck in den kommenden Jahren größer wird.

Mechanische Bekämpfung wird klar empfohlen

Die Bekämpfung ist komplex und auch kostenintensiv, die Erfolge sind nicht immer so wie man es sich wünscht. Empfohlen wird klar die mechanische Bekämpfung des Engerlings. Bewährt haben sich Kreiselgrubber, Kreiselegge, Zinkenrotor bzw. Rotortiller und Fräse. Es muss zweimal, im Abstand von ein bis fünf Tagen bearbeitet werden und anschließend eine Deckfrucht und Grünlandmischung eingesät werden. Im nächsten Jahr beginnt die Engerling-Bekämpfung ab Ende Mai, also erst nach dem zweiten oder ersten Schnitt, je nachdem ob fünfmal oder viermal gemäht wird. Es müssen zur Bekämpfung möglichst alle Engerlinge in die oberen Bodenschichten aufgestiegen sein, dies ist gegen Ende Mai der Fall. Chemische Maßnahmen scheiden de facto aus, weil das zugelassene Mittel ohnehin nur mäßige Bekämpfungserfolge zeigt und die meisten Betriebe eine ÖPUL-Verpflichtung haben, die chemische Maßnahmen ausschließt.

Keine Meldung bei umbruchloser Grundlanderneuerung notwendig

Aus förderungstechnischer Sicht ist eine „umbruchlose Grünlanderneuerung“ und damit auch die mechanische Engerling-Bekämpfung und die verbundene Grünlanderneuerung mit folgenden Geräten zulässig: Kreiselegge, Rotoregge, Saatstriegel, Bandfräse, Schlitzdrillgerät. Auch der Einsatz von Kreiselgrubber, Scheibenrollegge und Spatenrollegge sind im Rahmen der Maßnahme „Vorbeugender Gewässerschutz am Grünland“ erlaubt, wenn eine entsprechend seichte Bearbeitungstiefe eingehalten wird. Eine seichte Bearbeitungstiefe ist bei der mechanischen Engerling-Bekämpfung mit höchstens 10 Zentimeter gegeben. In diesen Fällen ist daher keine Meldung oder Genehmigung erforderlich. Auf Naturschutzflächen ist Rücksprache mit der Behörde zu halten, inwiefern eine Erneuerung der Flächen möglich ist beziehungsweise welche Beschränkungen einzuhalten sind.

Beratung seitens der Landwirtschaftskammer – Problem wird bestehen bleiben

Die Landwirtschaftskammer stellt umfassendes Informationsmaterial zum Thema zur Verfügung, insbesondere auch in Ik-online im Fachbereich Pflanzen/Grünland. Es ist absehbar, dass das Problem weiter bestehen bleiben wird, besonders in Trockenjahren. Wer

heuer seine befallenen Grünlandflächen nicht mehr sanieren konnte, wird dies im kommenden Frühjahr tun müssen.

11. Marktberichte

11.1 Rindermarkt

Die Jungstier-/Ochsenschlachtungen lagen bis Juli 2018 österreichweit um ca. 6,5 Prozent (ca. 9.300 Stück) über der Vorjahresmenge. Generell gestaltete sich die Preisentwicklung in den Sommermonaten verhalten, da aufgrund des hohen Schlachtkuhangebots der Rindfleisch-Verarbeitungssektor unter Druck war. Im August wurde in Oberösterreich sogar eine Steigerung um 30 Prozent bei Schlachtkühen gegenüber dem Vorjahr verzeichnet (Notverkäufe durch Trockenheit und Futterknappheit). Mittlerweile hat sich das Angebot wieder normalisiert. Für den Herbst werden stabile Angebotsmengen bei Jungstieren erwartet. Auf Basis der Rinderdatenbankauswertung (01.06.2018) wird im 4. Quartal 2018 sowie im 1. Quartal 2019 das Jungstierangebot leicht rückläufig sein. Die Kalbinnenschlachtungen befinden sich um sieben Prozent über dem Vorjahr.

Jungstiermarkt

Durch die hohen Jungstiermengen im 2. Quartal sowie das Sommerabsatz Tief aufgrund der langen Hitzeperiode erfolgte eine Belebung am Jungstiermarkt mit spürbaren Preisverbesserungen erst Anfang September. Im August ließ der hohe Angebotsdruck bei Verarbeitungsrindfleisch keine Preissteigerungen zu. Bedingt durch die hohen Stückzahlen bei AMA-Gütesiegelstieren werden seit Sommer vorübergehend keine Neubetriebe ins AMA-Gütesiegel aufgenommen. Im Herbst 2018 wird dies in Bezug auf Angebots- und Nachfragesituation evaluiert. Für den Herbst bis Weihnachten hin wird wieder ein ähnliches Jungstier-Preisniveau wie im Vorjahr erwartet.

Mastkalbinnen

Im Herbst ist der Schlachtkalbinnenmarkt zweigeteilt. Während Qualitätskalbinnen (AMA-Gütesiegel-Kalbinnen/Cult Beef) für die Frischfleischvermarktung in der Tendenz der Jungstierpreise steigend sind, stehen schwächere Qualitäten, die direkt von der Weide bzw. Alpung zur Schlachtung gehen, preislich eher unter Druck. Im Zuge der Kuhpreisreduktionen aufgrund der Dürre mussten auch Rücknahmen in der Kalbinnen-Preisnotierung hingenommen werden.

Schlachtkühe

Durch die Trockenheit in weiten Teilen Europas kam es in vielen Ländern zu Preisreduktion (zB bis zu 50 Cent je Kilogramm in Norddeutschland). Der internationale Preisdruck sowie das erhöhte Schlachtkuhangebot führten auch in Österreich zu einer Kuhpreisreduktion, so dass der Preis Anfang September um bis zu 30 Cent je Kilogramm unter den Vorjahreswert rutschte. Inzwischen konnte wieder eine leichte Preisanhebung umgesetzt werden.

Bio-Rindermarkt

Die Bio-Rinderhaltung wurde in den letzten Jahren in Österreich ausgebaut und daher ist bereits seit 2017 ein spürbar erhöhtes Angebot an Biorindern am Markt gegeben. Der Export an Bio-Verarbeitungsfleisch nach Deutschland gestaltet sich seit den Wintermonaten schwach, da inzwischen auch in Deutschland deutlich mehr Bio-Rinder aus der wachsenden Bio-Milchproduktion auf den Markt kommen. Im letzten Halbjahr verursacht dies einen Druck auf die Bio-Preiszuschläge.

Einstellkälber

Die Einstellbereitschaft der Mäster hatte im August stark nachgelassen, was einen deutlichen Preiseinbruch bei den Stierkälbern zur Folge hatte. Nachdem die Silomaiserträge vielfach aber doch deutlich besser ausgefallen sind als ursprünglich befürchtet, hat sich die Nachfrage wieder verbessert und der Preis hat leicht angezogen.

Preisvergleich Schlachtrinder und Nutzkälber:

	Wochen 1 - 39/17	Wochen 1 - 39/18	+/- EURO
Stiere	€ 3,52	€ 3,56	+ 0,04
Kühe	€ 2,49	€ 2,53	+ 0,04
Kalbinnen	€ 3,13	€ 3,15	+ 0,02
Stierkälber	€ 4,85	€ 4,68	- 0,17

(Quelle: Basispreise Klasse R bei der Rinderbörse, ohne MwSt.)

Zuchtrinder

Der Zuchtrinderexport in die Türkei als dem bisher zahlen- wie preismäßig wichtigsten Absatzmarkt ist seit dem Sommer massiv eingebrochen. Während im Frühsommer noch Preise von über 2.000 Euro je Kalbin auf den Versteigerungen erreicht wurden, lag der Durchschnitt im September nur mehr bei ca. 1.500 Euro. Dies ist ganz wesentlich durch den extremen Kursverfall der türkischen Lira bedingt, was die Importiere für die türkischen Käufer nahezu unerschwinglich teuer macht. Hinzu kam ein Erlass des Gesundheitsministeriums, der aus Gründen des Tierschutzes Verladungen bei Temperaturen über 30 Grad während des Transports untersagt. Nachdem kurz- bis mittelfristig nicht mit einer nachhaltigen Erholung des Türkeiexports zu rechnen ist, werden die Preise weiter gedrückt bleiben. Im Hinblick auf die angespannte Futtersituation sollte aber zumindest eine Markträumung erzielt werden, wobei alternative Märkte wieder an Bedeutung gewinnen.

11.2 Mastschweinemarkt

Ferkelmarkt

Die Ferkelpreise liegen heuer deutlich unter jenen des sehr guten Jahres 2017 und auch unter dem mehrjährigen Schnitt. Hintergrund ist die flauere Marktentwicklung beim Mastschwein, was die Nachfrage von Seiten der Mäster deutlich dämpft. Bis zur Jahresmitte ist der preisliche Rückstand beim Ferkel von 20 Cent je Kilogramm im Jänner auf 75 Cent je Kilogramm ab Ende Juni angewachsen und auf diesem Niveau verblieben. Während im Vorjahr die

Preisspitze von 2,90 Euro je Kilogramm über einen Zeitraum von 14 Wochen bis zur Jahresmitte gehalten werden konnte, lag die Spitze heuer nur bei 2,50 Euro je Kilogramm und ab Ende April war bereits eine rückläufige Tendenz festzustellen. Der Mindererlös der spezialisierten Mäster von rund 20 Euro je Mastschwein in den ersten acht Monaten ging zu ca. zwei Drittel über einen niedrigeren Ferkelpreis zu Lasten der Ferkelerzeuger. Aktuell gestaltet sich eine ausreichende Markträumung extrem schwierig. Auch in den nächsten Wochen ist mit einem saisonal starken Angebot und gedrückten Preisen zu rechnen.

Vergleich Ferkelpreis

	Wochen 1 – 39/2017	Wochen 1 – 39/2018	+/- EURO
Ferkelpreis	€ 2,75	€ 2,23	- 0,52

Mastschweinemarkt

Das aktuelle Zwischenergebnis am Mastschweinemarkt bestätigt die Einschätzungen, die von einem Preisrückgang von ca. 10 Prozent ausgegangen waren. Mit einem durchschnittlichen Basispreis von 1,35 Euro liegt das Preisniveau um 12,5 Prozent unter der vergleichbaren Vorjahresperiode. Der Deckungsbeitrag in der spezialisierten Mast mit knapp 14 Euro verfehlt den zur Vollkostendeckung anvisierten Wert von 25 Euro je Mastschwein mehr als deutlich. Erfreulicher fällt die Bilanz bei kombinierten Zucht-Mastbetrieben aus. Hier wird die Kostendeckung annähernd erreicht.

Überproduktion in EU bedingt Exportabhängigkeit

Die schwierige Marktlage ist im Wesentlichen durch ein Plus bei den Schlachtzahlen in der EU von ein bis zwei Prozent und ein Minus beim Konsum in ähnlicher Größenordnung bedingt. Damit steigt der Selbstversorgungsgrad der EU von bislang ca. 115 Prozent in Richtung 120 Prozent an. Folglich ist das Wohl und Wehe am Binnenmarkt vom Export in Drittstaaten abhängig, wobei der wichtige Markt China schwächelt. In der Konsequenz wurde bereits seit Jahresbeginn, insbesondere im Jänner, überdurchschnittlich viel Schweinefleisch in Tiefkühlager gefahren. Die Auslagerung dieser Ware während der Sommermonate bremste eine erhoffte Preisentwicklung Richtung Sommerniveau, welches in den meisten Jahren ca. 20 Cent je Kilogramm über dem heuer erzielten Preis lag.

Das Jahr bleibt schwierig

Der Ausblick für den Herbst fällt ebenfalls bescheiden aus. Einzig positiver Aspekt am Weltmarkt für Schweinefleisch aus europäischer Sicht dürfte der Handelskrieg zwischen China und USA sein. Wie es derzeit aussieht, haben die gegenseitigen Strafzölle von 25 Prozent nachhaltigen Bestand. Das bedeutet, dass in absehbarer Zeit die Schweinefleischexporte aus der EU in China einen Wettbewerbsvorteil gegenüber US-Exporten genießen werden. Und wenn der Euro zum US-Dollar nicht härter wird, sollten auch unsere österreichischen Chinaexporte bald profitieren. Nach jahrelangem Ringen ist es ja vier Fleischunternehmen in Österreich seit Juli tatsächlich möglich, ins Reich der Mitte auf direktem Wege zu exportieren.

Preisvergleich Mastschweine 2017/2018

	Wochen 1 – 39/2017	Wochen 1 – 39/2018	+/- EURO

Mastschweinepreis	€ 1,54	€ 1,35	- 0,19
-------------------	--------	--------	--------

Afrikanische Schweinepest (ASP)

Mitte September wurde ein Fall von ASP bei Wildschweinen im Süden Belgiens nahe der Grenze zu Luxemburg und Frankreich nachgewiesen. Wie es zu diesem Sprung des Virus über mehr als 1000 km aus dem Osten der EU mitten in das Zentrum kam, ist ungeklärt. Das Virus ist damit nahe an die Schwerpunkte der Schweinehaltung von Belgien, Holland, Deutschland und Frankreich herangerückt. Eine Weiterverbreitung des Virus und eine darauffolgende Sperre Hollands oder Deutschlands für Schweinefleischexporte in Drittstaaten hätte dramatische Auswirkungen auf den Schweinemarkt und den Preis.

11.3 Milchmarkt

EU-weit wurde im ersten Halbjahr 2018 um 1,8 Prozent Milch mehr erfasst als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Da die Gehalte an Inhaltsstoffen niedriger ausfielen als in den Vorjahren, ist die Herstellung von Milchprodukten weniger stark gestiegen als das Milchaufkommen. So sank die Butterproduktion zB in Deutschland sogar um 2,5 Prozent. In diesem Zeitraum waren auch die Auswirkungen der Hitze und Dürre noch nicht spürbar. In Österreich hat sich die Anlieferungsmenge nach einem deutlichen Plus von fast 5 Prozent im ersten Halbjahr nun wieder an die Vorjahreskurve angenähert. Die Folgen der Dürre in Verbindung mit den hohen Temperaturen von April bis August 2018 werden den saisonalen Rückgang des Milchaufkommens absehbar verstärken. Die Preise für Rohstoffe an den Spotmärkten haben unmittelbar reagiert und sind nachhaltig angestiegen. Gewisse Preissteigerungen für die Verbraucher werden wahrscheinlich folgen. Die höheren Erlöse werden den Molkereien in den kommenden Monaten auch Anhebungen der Milcherzeugerpreise ermöglichen.

Die Erlöse für Fett und Eiweiß driften weiter stark auseinander. Die Preise für Butter haben nach einer Abschwächung zu Jahresbeginn wieder deutlich angezogen, jedoch die extreme Spitze von 2017 bis zum Ende des Sommers nicht ganz erreicht. Damit wird die schwache Entwicklung beim Preis für Milcheiweiß, insbesondere bei Magermilchpulver, kompensiert. Bei vergleichsweise niedrigen und damit verbrauchsfördernden Preisen und einer weiter wachsenden Nachfrage am Weltmarkt konnten die Bestände an Magermilchpulver in der EU-Intervention bis einschließlich August um rund ein Drittel verringert werden. Derzeit liegen noch etwa 250.000 Tonnen Magermilchpulver in den Interventionslägern.

Exporte steigen

Im Jahr 2017 konnte die österreichische Milchwirtschaft mit einem Gesamtexportwert von 1,18 Milliarden Euro wieder die Exportzahlen wie vor der Milchkrise 2014 erreichen, im ersten Halbjahr 2018 kam es zu weiteren Steigerungen. Hauptexportland ist nach wie vor Deutschland, gefolgt von Italien. Gleichzeitig werden auch Drittlandsmärkte bearbeitet. Insgesamt exportiert die österreichische Milchwirtschaft in ca. 100 Länder. Sorgen bereitet der nahende Brexit. Das Vereinigte Königreich ist ein sehr wichtiges Importland für Milchprodukte aus anderen EU-Staaten und ein „harter“ Brexit könnte größere Marktstörungen verursachen.

Weiterentwicklung der Qualitätsstrategie

Es braucht in Österreich eine Weiterentwicklung des Qualitätsweges. Allerdings ist hier besonders Bedacht darauf zu nehmen, dass höhere Auflagen auch eine entsprechende preisliche Abgeltung brauchen. In diesem Zusammenhang braucht es entsprechende Regeln der Herkunftskennzeichnung.

11.4 Holzmarkt

Allgemein

Der Nadel-sägerundholzmarkt ist weiterhin überlastet. Ein Überangebot an Borkenkäferholz aus dem In- und Ausland hat zu vollen Rundholzlagern bei der Sägeindustrie geführt. Die Zufuhr ist strikt kontingentiert. Freie Holz mengen ohne Vertrag und Lieferprofil sind kaum abzusetzen. Ein über den Kapazitäten der verarbeitenden Werke liegender Holzanfall zusammen mit zu geringen Transportkapazitäten führen seit etwa August zum Aufbau von Waldlagern. Die Frischholzproduktion bei der Fichte ist daher möglichst einzustellen, um Waldlager wieder abzubauen. Die heimische Papier- und Plattenindustrie ist bestrebt, heimisches Holz aufzunehmen. Die Lager sind allerdings auch hier sehr gut gefüllt. Faserholz ist schwer abzusetzen, während Schleifholz gut nachgefragt ist. Ein großes Problem stellen beim Industrieholz die Engpässe bei den Frachtkapazitäten dar, welche sowohl beim LKW- als auch beim Bahntransport gegeben sind. Der Absatz für Energieholz ist nur sehr eingeschränkt möglich, sofern Langzeitverträge verfügbar sind.

Nadel-Sägerundholz

Das Leitsortiment Fichte Güteklasse B, Media 2b+ erzielt im Bauernwald derzeit Preise von 78 bis 82 Euro pro Festmeter (netto, frei Straße). Das bedeutet, dass die Preise mittlerweile gegenüber dem ersten Quartal 2018 um rund zehn Euro je Festmeter abgesenkt wurden. Die Abschläge für vom Käfer befallenes Holz bzw. das Cx-Sortiment betragen bis zu 35 Euro pro Festmeter vom Nettopreis.

Fi/Ta-Schleifholz und Nadel-Faserholz

Die Papier- und Plattenindustrie ist mit Restholz und Sägenebenprodukten, welche aufgrund der hohen Einschnittmengen umfangreich vorhanden sind, sehr gut versorgt. Die Lager der Papierindustrie sind gut gefüllt, die Übernahme erfolgt kontingentiert. Nadelfaserholz ist am Markt ausreichend vorhanden, während Schleifholz (sofern die Fracht gewährleistet ist) sehr gut nachgefragt ist. Die Preise sind auf niedrigem Niveau stabil. Rotbuchenfaserholz wird bei gleichbleibenden Preisen gut nachgefragt.

Energieholz

Derzeit sind die Heizwerke bei gegebenem Angebot gut mit Brennstoff versorgt. Energieholz insbesondere von minderer Qualität kann nur sehr eingeschränkt abgesetzt werden, sofern Langzeitverträge verfügbar sind. Um den angespannten Energieholzmarkt für Hackgut

minderer Qualität zu entlasten, wird den Waldbesitzern empfohlen, die Bäume insbesondere bei der Harvester-Aufarbeitung zu entasten und die Äste im Waldbestand zu belassen.

Preisbild Oberösterreich

Fi-Sägerundholz, Güteklasse A/B/C (€/FMO netto, ohne USt, frei LKW-Straße)

1a	39,00 – 43,00
1b	59,00 – 63,00
2a+	78,00 – 82,00

Fi/Ta-Schleifholz (€/FMO netto, ohne USt, frei LKW-Straße)

AMM	86,50 – 91,00
RMM	28,00 – 30,00

Fi/Ta/Ki/Lä-Faserholz (€/AMM netto, ohne USt, frei LKW-Straße)

AMM	66,00 – 72,00
-----	---------------

Buchen-Faserholz (Bu/Es/Ah/Bi) (€/AMM netto, ohne USt, frei LKW-Straße)

AMM	69,00 – 72,00
-----	---------------

Brennholz 1 m lang – trocken, gespalten, ab Hof (€/RMM ohne USt)

hart	60,00 – 83,00
weich	40,00 – 60,00

Zu den genannten Preisbändern existieren am Brennholzmarkt regionale Unterschiede.

Energieholz gehackt (€/AMM ohne USt, frei Werk)

hart	75,00 – 90,00
------	---------------

Massive Schäden durch Borkenkäferbefall

In Oberösterreichs Wäldern ist es aufgrund der Sommertrockenheit zu einem massiven Borkenkäferbefall an Fichte gekommen. Hauptschadensgebiete sind das Mühlviertel, der Zentralraum und der Bezirk Eferding. Am stärksten betroffen ist der bäuerliche Kleinprivatwald, zum Teil sind aber auch größere Forstbetriebe (je nach geographischer Lage) vom Borkenkäfer gezeichnet. Vielerorts haben sich im heurigen Jahr drei Borkenkäfergenerationen entwickeln können. Vorsichtige Schätzungen gehen von einer Schadholzmenge über einer Million Festmeter aus, was eine deutliche Steigerung gegenüber 2017 bedeutet. Bei den derzeitigen Käferholzabschlägen ist mit einem Schaden im zweistelligen Millionenbereich für die oberösterreichische Forstwirtschaft zu rechnen.

Vizepräsident ÖR Karl Grabmayr dankt dem Präsidenten für seinen Bericht. Der Bericht steht nach dem Tagesordnungspunkt 3, den Berichten aus den Ausschüssen zur Diskussion.

3 Berichte aus den Ausschüssen

Ausschuss für Bäuerinnenangelegenheiten am 19. September 2018:

Berichterstatterin: KR LAbg. ÖR Annemarie Brunner

Aktuelle agrarpolitische Themen, die Vorstellung des Nationalparks Kalkalpen und das Schulfach „Ernährungs- und Lebenskompetenz“ waren die Schwerpunkte in der Sitzung des Ausschusses für Bäuerinnenangelegenheiten am 19. September 2018 unter dem Vorsitz von LAbg. ÖR Annemarie Brunner.

Kammerdirektor Pernkopf behandelte im agrarpolitischen Bericht die Megathemen des Sommers Dürre, Borkenkäfer- und Engerlingbefall. Dazu gab es eine intensive Diskussion, weil hier viele Bäuerinnen und Bauern auch direkt betroffen sind. Weitere Themen waren die Gentechnikeinstufung neuer Züchtungsmethoden und notwendige Verwaltungsvereinfachungen, beispielsweise bei Stallbauverfahren.

In Reichraming, am Eingang zum Nationalpark Kalkalpen, stellte der seit Jänner 2018 tätige neue Geschäftsführer DI Volkhard Maier sich selbst und seine Überlegung vor, wie der Nationalpark, der seit 20 Jahren besteht, weiterentwickelt werden kann. Derzeit geht es beispielsweise um eine neue Positionierung, um mehr Menschen diesen besonderen „Naturjuwel“ näherzubringen. Dies ist eine ganz neue Herangehensweise des Nationalparks Herr Maier ist daher neues Mitglied im Tourismusverband Pyhrn-Priel, um den Nationalpark direkt im regionalen Tourismus verankern zu können und einen sanften Tourismus aufzubauen. Der 208 km² große Park besteht aus 89 Prozent Naturzone, in der kein Eingriff stattfindet und 11 Prozent Bewahrungszone, in der Eingriffe möglich sind und man leicht Tourismus ermöglichen kann. Gerade der Umgang mit dem Borkenkäfer im Nationalpark war Inhalt der Diskussion. Diese Zone bietet den angrenzenden Flächen Schutz und in der 500-Meter-Zone, so Geschäftsführer Maier, wird der Borkenkäfer bekämpft. In der Naturzone wird der Käfer eher ignoriert, der Park liegt aber auch höher und hat daher weniger Probleme mit dem Käfer wie der Bauernwald. Darüber hinaus gibt es auch einen genauen Plan, wie mit dem Wild „umgegangen“ wird.

Die Vorsitzende Annemarie Brunner berichtete über die gemeinsame Pressearbeit von Land OÖ und der LK OÖ zur Einführung eines Schulfaches „Ernährungs- und Lebenskompetenz“ und die weiteren Schritte zur Umsetzung der Charta für partnerschaftliche Interessenvertretung auf Bezirksebene.

Vizepräsident ÖR Karl Grabmayr übergibt den Vorsitz an **Präsident ÖR Ing. Franz Reisecker**.

Ausschuss für Rechts- und Wirtschaftspolitik am 19. September 2018:

Berichterstatter: Vizepräsident ÖR Karl Grabmayr

Durch die mit Ende Juli 2018 wirksam gewordene Novelle des OÖ Grundverkehrsgesetzes 1994 wurden aktuelle gesetzliche Anpassungen vorgenommen und Verwaltungsvereinfachungen durch den Wegfall von Genehmigungsverfahren erreicht.

Die Übertragung von land- und forstwirtschaftlichen Grundstücken mit der Flächenwidmung Grünland unterliegt grundsätzlich der Bewilligungspflicht. Auch bei Kleinstflächen mit wenigen Quadratmetern war bisher eine Bewilligung durch die zuständige Grundverkehrskommission erforderlich. Die Novelle sieht vor, dass Flächen bis max. 1.000 m², welche unmittelbar an Flächen der Rechtserwerber (Käufer) angrenzen, bewilligungsfrei zugekauft werden können. Dies ist innerhalb eines Zeitraumes von 10 Jahren nur einmal möglich und auch ein Eigentümerwechsel ermöglicht hier keine Umgehung.

Neuerungen gibt es auch beim sogenannten § 5-Verfahren. Das sind jene Verfahren, in denen Nicht-Selbstbewirtschafter Flächen über 5.000 m² erwerben wollen. In Zukunft werden derartige Fälle auch auf der Homepage der Bezirkshauptmannschaft ersichtlich sein und die Bezirksbauernkammer wird informiert.

In Summe kann zusammengefasst werden, dass das OÖ Grundverkehrsgesetz kein Verhinderungsgesetz ist. Es hat einen Lenkungs- und Regelungseffekt und die Landwirtschaftskammer Oberösterreich hat gerade aufgrund der Beratungen im Rechts- und Wirtschaftspolitischen Ausschuss im Zuge der Gesetzesbegutachtung eine sehr umfangreiche Stellungnahme abgegeben. Dieser Stellungnahme ist der Gesetzgeber in weiten Teilen gefolgt.

Danach hat sich der Ausschuss mit dem OÖ Wasserversorgungsgesetz aus dem Jahr 2015 beschäftigt. Dieses Thema ist in der letzten Vollversammlung bereits diskutiert und in den Ausschuss verwiesen worden. Die gesetzlichen Bestimmungen mit der Anschlusspflicht sind grundsätzlich nichts Neues, sondern bestehen seit dem Jahr 1956. Bereits seit damals gibt es einen sogenannten Anschlusszwang mit genau definierten Ausnahmen. Im nunmehrigen Wasserversorgungsgesetz sind diese Ausnahmen präzisiert worden.

Im Ausschuss wurde intensiv über die Härten in diesem Gesetz diskutiert. Eine Gesetzesänderung steht derzeit aber nicht auf der politischen Tagesordnung. Im Ausschuss wurde vereinbart, weiter zu prüfen, ob durch gesetzliche Änderungen eine Verbesserung für landwirtschaftliche Betriebe erzielbar ist.

Zuletzt beschäftigte sich der Ausschuss noch mit dem aktuellen Stand der Strukturreform der österreichischen Sozialversicherung. Aus den 21 Sozialversicherungsträgern, die bisher im Hauptverband zusammengefasst sind, sollen in Zukunft unter einem neuen Dachverband fünf Versicherungsträger entstehen. Die neue Sozialversicherung der Selbstständigen (SVS)

entsteht durch die Fusion der Sozialversicherungsanstalt der Bauern und der Sozialversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft. Mit dem Strukturreformgesetz per 1.1.2019 wird die Übergangsphase eingeleitet und die neue Struktur als gemeinsame Sozialversicherung gilt per 1.1.2020. Ziel ist ein einheitliches Beitrags- und Leitungsrecht. Anstelle der derzeit 138 Funktionäre werden in Zukunft rund 20 bäuerliche Funktionäre die bäuerlichen Interessen in der SVS vertreten.

Ausschuss für Tierproduktion und Milchwirtschaft am 21. September 2018:

Berichterstatter: KR Johann Hosner

Bei der Sitzung des Ausschusses für Tierproduktion und Milchwirtschaft am 21. September 2018 unter Vorsitz von KR Johann Hosner wurden die Themen Brucellose, Perspektiven in der Ferkelproduktion, Auswirkungen der Dürresituation in OÖ, die Umsetzung der Reduktion von Ammoniak-Emissionen und aktuelle Marktentwicklungen bearbeitet.

Vet-Dir. Dr. Thomas Hain gab einen Überblick über die Maßnahmen, die von der Veterinärverwaltung zu setzen waren, nachdem Ende Juni in rinderhaltenden Betrieben im Mühlviertel Brucellose festgestellt worden war. Die Seuche konnte mittlerweile wieder getilgt werden, wobei in einem Betrieb der gesamte Bestand geschlachtet und der gesamte Betrieb entsprechend desinfiziert werden musste. Eine Ursache für die Einschleppung konnte trotz intensiver Untersuchungen nicht gefunden werden.

DI Hans Stinglmayr von der Beratungsstelle für Schweineproduktion gab einen Rückblick auf das Projekt PRO SAU zur Entwicklung neuer Abferkelbuchten und dessen Ergebnisse. Ab spätestens 2033 müssen alle Zuchtsauenhalter in Österreich auf solche Buchten umgestellt haben. Allerdings ist dies mit hohen Investitionskosten verbunden. Auch im laufenden Betrieb entsteht Mehraufwand. Wenn diese Kosten nicht nachhaltig abgedeckt werden, ist mit massiven Einbrüchen in der österreichischen Ferkelerzeugung zu rechnen. Hier muss durch Fördermaßnahmen gegengesteuert werden, um die Ferkelversorgung aus inländischer Produktion zu sichern.

Ing. Wolfgang Winkler gab einen Überblick über die Auswirkungen der Trockenheit im Frühjahr und Sommer 2018, von der besonders das Bundesland Oberösterreich betroffen war. Regional sind vor allem im Mühlviertel noch massive Schäden am Grünland durch Engerlinge hinzugekommen. Winkler stellte die Datenbasis für Zahlungen aus der Dürreversicherung und die Versicherungsmodelle eingehend dar. Wegen der immer häufiger auftretenden heißen und trockenen Jahre kommt dieser Elementarversicherung zunehmend Bedeutung zu. Versicherte und betroffene Landwirte müssen eine Schadensmeldung bei ihrem Versicherungsvertreter machen.

DI Franz Vogelmayr von der Abteilung Tierproduktion erläuterte den im Juni vom Landwirtschaftsministerium verlautbarten Ratgeber bezüglich Reduktion von Ammoniak-Emissionen. Ausgehend von aktuell jährlich knapp 70.000 Tonnen müssen diese Emissionen

bis 2030 auf rund 58.000 Tonnen verringert werden. Dazu wird im Ratgeber eine Vielzahl möglicher Einzelmaßnahmen aufgezeigt, wobei der Schwerpunkt sicherlich im Bereich der Ausbringverluste zu setzen sein wird.

Bei den Marktberichten konnte auf eine Entspannung im Schlachtrinderbereich verwiesen werden. Auch bei der Milchlieferung nähert sich die Anlieferkurve nach deutlichen Mehrmengen im ersten Halbjahr nun wieder jener des Vorjahres an. Damit sinkt der Druck am Markt. Am Schweinemarkt ist hingegen die Lage sowohl bei Ferkeln wie auch bei Mastschweinen schwierig. Vor allem am Ferkelmarkt ist eine vollständige Markträumung derzeit nicht möglich.

Präsident ÖR Ing. Franz Reisecker übergibt den Vorsitz an **Vizepräsident ÖR Karl Grabmayr**.

(Präsident Reisecker verlässt den Saal, um eine hochrangige ungarische Delegation zu begrüßen.)

Diskussion:

KR Elfriede Hemetsberger:

Im Zusammenhang mit der Dürrehilfe frage ich an, ab wann die entsprechenden Antragsformulare zur Verfügung stehen und wo wir sie bekommen können. Die Auszahlung für die Dürrehilfe wird etwas spät sein, in Polen werden bereits erste Gelder ausbezahlt. Die Landwirte tätigen jetzt schon die Futterzukäufe. Vermutlich ist beschlossen, dass die Gelder erst im Frühjahr 2019 ausbezahlt werden, ein früherer Zeitpunkt wäre besser.

Bei der Welser Messe war die Ausstellung in der Genusshalle ganz interessant. Der Auftritt der Firma Spar hat mich fast erschlagen: Für die dortigen Verkäufer war der umfangreiche Auftritt von der Firma Spar sicher gut. Andere bäuerliche Verkäufer beim Seminarbäuerinnen-Stand sagten mir aber, dass sie sich angesichts der enormen Präsentation von Spar etwas verlassen vorgekommen seien und ihre Arbeit und ihre Produkte zu wenig wahrgenommen wurden. Ich habe den Bäuerinnen und Bauern dort erklärt, dass ich bei der Vollversammlung dieses Thema zur Sprache bringen werde. Für die Gestaltung der Halle ist ja das Agrarresort von LR Hiegelsberger zuständig. Ich ersuche, dass für die Seminarbäuerinnen künftig ein besserer Standort mit besserer Beleuchtung gewählt wird. Beim Stand der Firma Schärddinger haben Anwesende sich darüber beschwert, dass die Firma Spar wohl einen schönen Stand habe, aber die Schärddinger Milch um 29 Cent verkaufe. Das hat durchaus für Unmut gesorgt. Das Agrarresort des Landes soll gut überdenken, wen man wo platziert. Die Seminarbäuerinnen leisten sehr gute Arbeit und sie sollten auch in der Standortwahl und mit der Beleuchtung entsprechend unterstützt werden.

Vizepräsident ÖR Karl Grabmayr:

Die Dürrebeihilfen sollen so rasch wie möglich umgesetzt werden. Es muss dazu eine Sonderrichtlinie geben. Wir haben natürlich höchstes Interesse daran, dass die Abwicklung möglichst automatisiert und mit möglichst wenig Verwaltungsaufwand für die Bauern vorstattengeht. Im Laufe des nächsten Monats wird es wohl die entsprechenden Antragsformulare geben und es zur Antragstellung kommen. Es wird angesichts der Laufzeiten voraussichtlich erst in den ersten Monaten des Jahres 2019 zu einer Auszahlung kommen. Ein zweiter Aspekt dabei ist auch die De-minimis-Förderung, wo es ab 2019 möglicherweise auch einen höheren Ansatz geben wird. Auch deswegen und aus technischen Gründen wäre es nicht möglich, die Auszahlung vor dem Jahr 2019 umzusetzen.

Die Halle 19 bei der Welser Messe war eine der schönsten und aus landwirtschaftlicher Sicht auch eine der wichtigsten Hallen. Es wurde dort auch viel Interesse von den Konsumenten geweckt. Die heute von KR Elfriede Hemetsberger geäußerte Kritik wurde nicht zum ersten Mal geäußert. Diese Kritik findet aber auf einem sehr hohen Niveau statt. Ich selbst war am Samstag in der Halle und habe dort gesehen, dass auch die Seminarbäuerinnen entsprechendes Konsumenteninteresse weckten, sodass man fast nicht bis zum Stand gelangen konnte. Man kann über dieses Thema aber natürlich bei der nächsten Messgestaltung durchaus reden.

KR ÖR Karl Keplinger:

Leider ist unser Landesrat heute nicht da, beim letzten Mal hat er mir ja vorgeworfen, ich würde bezüglich der Sozialversicherung etwas Falsches sagen. Laut Grünem Bericht, das ist dort nachzulesen und dessen Berechnungsweise auch entsprechend verbessert oder auffrisiert wurde, kommen die Bauern leider nur auf eine Durchschnittspension von 859 Euro, der Kurier hat dazu getitelt „Vertreibung aus dem Paradies“. Die Zusatzpensionen bei den Angestellten der SVB betragen pro Jahr 26 Millionen Euro. Im Durchschnitt sind dies 18.000 Euro. Die SVB-Angestellten liegen bei den Zusatzpensionen höher als die durchschnittlichen Bauernpensionen. Daran ändert sich nichts. Das liegt ja im Einflussbereich des Bauernbunds, die ja hier mehrheitlich die Positionen besetzen, er kann ja die Pensionen für die Bauern verbessern. Vielleicht hat der Landesrat etwas mit den Bürgermeistergehälter verwechselt, wo es ja um bis zu 7.000 Euro für die Bürgermeister mehr gibt. Die hier erforderlichen Beträge machen etwa jenen Betrag aus, der im Agrarbudget gekürzt wurde. Der Landesrat wird dazu wohl sagen – er ist ja nicht da - das eine hätte mit dem anderen nichts zu tun.

Bei der Hagelversicherung hat es geheißen, man müsse sich besser versichern lassen. Das haben einige Bauern getan, die Zahlung bei der Dürre-Entschädigung ist trotzdem nicht besser geworden. Ein sehr gut geschriebener Brief aus Pfarrkirchen im Mühlkreis bezüglich der Engerling-Problematik ist bei mir eingetroffen, dass die betroffenen Bauern bei der Engerling-Problematik im Wesentlichen im Stich gelassen werden. Wir haben deshalb auch einen Antrag dazu eingebracht.

Was die Freileitungen und die Steuern betrifft ist die Entschädigungen für die Freileitung zu gering. Es ist überhaupt das Höchste, einem zuzumuten, 100 Jahre eine Freileitung zu dulden und dann dafür auch noch Steuern zu zahlen. Bei der Geburtstagsfeier zum 60iger des Präsidenten haben wir gemeint, wir würden ihm noch etwas geben was flüssig ist, aber doch nicht fließt. Wir werden ihm das bei der nächsten Gelegenheit geben.

KR Mag. Daniela Burgstaller:

Zur Wortmeldung von Frau KR Elfriede Hemetsberger: Es gibt immer wieder Verbesserungsvorschläge, keine Frage. Es war vielleicht der Standort nicht ideal, der Zulauf aber war enorm und ich möchte kurz erwähnen, was die Seminarbäuerinnen geleistet haben. Die Seminarbäuerinnen haben 290 kg Kraut zu 500 Einheiten Sauerkraut verarbeitet. Es wurden 1.450 Mini-Kostproben Salzgurkensuppe verteilt, weiters wurden 4.600 Mini-Burger an die Konsumentinnen und Konsumenten ausgeteilt und 2.300 Besucher haben Butter geschüttelt. Auch wenn der Standort nicht optimal war, sind die Seminarbäuerinnen doch sehr beliebt und die Leute kommen dann auch zu Ihnen. Verbesserungsvorschläge sind immer willkommen und diese können dann das nächste Mal sicher umgesetzt werden.

Ich möchte noch etwas anderes Erfreuliches berichten. In regelmäßigen Abständen gibt es europäische Erhebungen zur Altersstruktur in der Landwirtschaft. Eine derartige Erhebung hat dieses Jahr wieder stattgefunden und wurde im Juli veröffentlicht. Darin ist ersichtlich, dass die Landwirtschaft in der EU ziemlich veraltet ist: Im Europadurchschnitt sind über ein Drittel der Betriebsführer über 65 Jahre alt, nur 11 Prozent der Betriebsleiter sind unter 40 Jahre alt und somit Junglandwirte. In Portugal sind nicht einmal fünf Prozent der Landwirte unter 40 Jahre alt. Anders ist die Situation in Österreich: Wir sind in Österreich die Spitzenreiter und haben mit 22,2 Prozent die meisten Junglandwirte unter 40 Jahren innerhalb der EU. Diese 22,2 Prozent sind Betriebsleiter. Jeder Betrieb muss natürlich für sich selbst entscheiden, wie die Arbeitsaufteilung aussieht. Das bedeutet nicht nur, dass wir in der Landwirtschaft viele junge Leute haben, die auch bereits Betriebsführer sind, sondern auch, dass viele junge Menschen eine Zukunft in der Landwirtschaft und für die Landwirtschaft sehen. Ich glaube, dass sich das vermutlich auch nicht so schnell ändern wird: 127 Meisterinnen und Meister in den landwirtschaftlichen Berufsfeldern sprechen hier für sich. In Oberösterreich allein haben 127 junge Menschen erfolgreich die Meisterausbildung absolviert. Diese 127 jungen Menschen sehen im Beruf Bäuerin und Bauer eine Zukunft und gehen optimistisch ihren Weg in der und in die Landwirtschaft. Deshalb bin ich zuversichtlich, dass die Landwirtschaft in Oberösterreich in jungen Händen bleibt und das auch in Zukunft so bleiben wird.

Vizepräsident ÖR Karl Grabmayr:

Die Statistik wurde von Frau KR Burgstaller richtig gelesen und wurde so veröffentlicht. Man kann natürlich aus welchen Gründen auch immer alles was irgendwie positiv ist, hier in der Vollversammlung negieren oder hinterfragen oder mit allen möglichen Argumenten unglaubwürdig machen. Es steht uns als Bäuerinnen und Bauern allerdings auch zu, uns auch einmal mit erfreulichen Dingen zu beschäftigen. Und ich glaube, es ist ein Zeichen, dass die Sozialpolitik im bäuerlichen Bereich und in Österreich doch nicht so schlecht funktioniert hat, auch deswegen sagt die Statistik das aus, was sie aussagt. Dass wir doppelt so viele junge

Bewirtschafter in den Betrieben haben wie im EU-Durchschnitt, das sagt die Statistik nämlich aus.

KR Michael Schwarzmüller:

Hohe Vollversammlung, mir sind beim Bericht des Präsidenten ein wenig die Ausführungen zum Thema Wolf abgegangen. In der heutigen Kronen Zeitung gibt es wieder Berichte über den Wolfsriss auf der Titelseite, das selbe bei den OÖ Nachrichten. Laut einer Studie soll es ein Potenzial von 70 Rudeln in Österreich geben. Ich gehe davon aus, dass sechs Tiere ein Rudel sind, das sind somit 240 Wölfe, die drei bis vier Kilogramm Fleisch pro Tag fressen. Somit braucht es 1.680 Kilogramm pro Tag, pro Jahr sind das 613.200 Kilo Fleisch, das der Wolf braucht. Wenn ich nun das Durchschnittsgewicht von Reh, Gams und Hirsch heranziehe mit 36 Kilogramm, entspricht dies 17.300 Stück Wild. Das ist eine Katastrophenzahl für mich, auch gegenüber der Jägerschaft. Der Wolf wird es wohl nicht beim Wild belassen, sondern er wird auch auf Schafe und Ziegen übergehen. In einer Beilage der Kronen Zeitung wurde auch über den Goldschakal, den kleinen Bruder des Wolfes, berichtet, der ja auch schon kommt. Und da schreiben die sogenannten Forscher und Tierschützer: „Nur idyllisch ist die Rückkehr der kleinen Räuber aber nicht, denn immer wenn eine Art bedingungslos geschützt wird (Otter), dann hat es die andere Art (Bachforelle) nicht leicht“. Bei uns im Nationalpark wurde die Regenbogenforelle elektrisch herausgefischt, damit sich die Bachforelle als Urbachforelle dort entfalten kann. Man kann jetzt tagelang in den Bach hineinschauen und findet die Bachforelle auch nicht mehr, weil der Otter auch da war. Alle Fraktionen in der Kammer sollen eine Resolution vorbereiten, in der wolfsrudelfreie Zonen gefordert werden, mit Betonung auf Rudel. Es muss aber auch biberfreie Zonen geben. Ich sehe nicht ein, dass Schutzdämme jetzt auf einmal auch bibersicher gemacht werden müssen. Das kostet viel Geld und dort hat ein Biber auch einfach nichts verloren. Der Biber hat genug Platz in Tälern, wo er keinen Schaden anrichtet.

Herr KR Clemens Stammler, an dich habe ich auch noch eine Bitte. Ich habe kürzlich ein Transparent gesehen wo es geheißen hat: „Der Wolf ist nur im Märchen böse“. Ich hoffe, dass ich dich nie irgendwo so ein Transparent aufstellen sehe, denn dann wäre ich von dir enttäuscht.

Vizepräsident ÖR Karl Grabmayr:

Es gab hier in der Vollversammlung bereits mehrmals und wohl auch immer einstimmig angenommene Resolutionen, die sich mit dem Thema Wolf und Prädatoren beschäftigt haben.

Ich würde mir manchmal wünschen, dass wir mit unseren Themen in den Medien in jener Fülle und Häufigkeit so vorkommen, wie das beim Wolf geschieht. Die Stimmung in den Medien und in den meisten Artikeln, die ich lese, ist hier durchwegs auch pro Landwirtschaft und kontra Wolf. Wir würden uns wünschen, dass wir diese Aufmerksamkeit auch manchmal für andere Themen der Landwirtschaft hätten.

Nachsatz von KR Michael Schwarzmüller: Ich rege an, für eine Arbeitstagung Tierschützer und Jagdverband einzuladen und mit ihnen zu diskutieren. Das wäre in nächster Zeit einmal wichtig.

KR Clemens Stammler:

Das wohl spannendste und brennendste Thema in der Landwirtschaft und wohl für die gesamte Menschheit ist der Klimawandel. Wie viel Trennendes es auch manchmal geben mag, der Klimawandel trifft uns alle und vor allem auch die Bauern. Nach dem heurigen Hitzesommer hat es wohl der Letzte verstanden, dass der Klimawandel nicht ein bloßes Märchen basiert, sondern dass ein Großteil der Wissenschaft mit der Erklärung des vom Menschen gemachten Klimawandel recht hat. KR Norbert Ecker, du hast bei Vorträgen auch schon oft dargestellt, was der Klimawandel und vermehrt auftretende Hitzetage mit unseren Böden machen. Das ist meiner Ansicht nach ein bei weitem größeres Problem als der Wolf, wobei man meiner Ansicht nach Probleme nicht gegeneinander ausspielen soll. Der Klimawandel ist Realität und was machen. Ich habe den Eindruck, auf EU-Ebene und auf Regierungsebene blasen wir freudig in die lodernde Glut und zwar mit Freihandelsabkommen, mit dem Ausbau von Straßen statt des öffentlichen Verkehrs und mit Einmalplastik und vielen weiteren Beispielen, die es dafür gibt. Eine große Rolle spielt dabei auch die Landwirtschaft. In Deutschland ist laut Umweltbundesamt die Landwirtschaft nach der stationären und mobilen Verbrennung, das heißt nach Verkehr und Beheizung der zweitgrößte Verursacher von Treibhausgasen. Dabei sind in diesen Berechnungen nur die in Deutschland entstehenden Treibhausgase eingerechnet. Die Schattenflächen, die Deutschland aus Südamerika einkauft, sind da noch nicht dabei. Natürlich ist Österreich nicht Deutschland und Österreich würde im direkten Vergleich wohl um einiges besser abschneiden. Man kann auch fragen, wer außer der Landwirtschaft hat überhaupt ein Anrecht oder mehr Anrecht drauf, Treibhausgase zu verursachen als die Landwirtschaft, denn immerhin sind es ja wir, die die Welt ernähren. Es geht allerdings nicht darum, dem Bösesten die Krone aufzusetzen, sondern den Klimawandel zu bekämpfen und zu stoppen. Die vergemeinschaftete Agrarpolitik könnte meines Erachtens hier ein Hebel sein. Das Kommissionspapier liefert auch einige Ansätze in Richtung Ökologisierung. Auch das Capping geht meines Erachtens in die richtige Richtung. Es bleibt allerdings zu beobachten, was davon übrigbleibt. Aus dem informellen Agrarministerrat hat man noch nicht recht viel darüber rausgehört. Offen ist auch noch, wie viel Geld hier zur Verfügung steht. Die Konservativen in der EU wollen die EU mit immer mehr Aufgaben beauftragen, etwa mit Frontex, gleichzeitig aber die Gelder einfrieren. Wir wissen, dass das wahnsinnig schwierig wird. Ich kann nicht meiner Frau immer mehr das Haushaltsgeld streichen und sie gleichzeitig immer mehr Kinder gebären lassen, das wird sich nicht ausgehen. Geld ist allerdings gar nicht das größte Problem. Entgegen der Meinung des Präsidenten und der oft veröffentlichten Bauernbundmeinung muss man sich jetzt schon Gedanken über die Verteilung machen und nicht erst dann, wenn man weiß, wie viel Geld zur Verfügung steht. Es ist wesentlich, schon jetzt zu argumentieren, was ich mit dem Geld machen will, damit ich es überhaupt bekomme. Man sollte sagen, das sind meine Ziele und das Geld brauche ich dafür, nicht anders herum.

Dass nicht immer an allem die EU Schuld ist, sieht man am Beispiel der Flächenprämie für Hutweiden: Zuerst wurden von der AMA nur 20 Prozent der Zahlungsansprüche für die Berechnung der Hutweiden herangezogen, das heißt die Hutweiden wurden reduziert und dann hat Brüssel gesagt, dass das nicht zulässig ist. Warum es nicht zulässig ist und warum es zu dieser Vorgehensweise der AMA gekommen ist, entzieht sich vollkommen meines Wissens und meiner Logik, weil man genau weiß, dass man damit Grünlandbauern und Bauern des Berglandes trifft. Diese Bauern sind ja auch entsprechend den Ergebnissen des Grünen Berichts vom Einkommen her stark benachteiligt. Die einzig logische Erklärung für mich ist die, dass die Bergbauern zu wenig Zeit haben, in den Entscheidungsgremien zu sitzen. Man kann die Verantwortung hier nicht auf Brüssel schieben. Hier war eindeutig Österreich mit der Ausgestaltung des Programms schuld.

Besser wird die Situation für die Bergbauern und vermutlich für die ganze Landwirtschaft nicht, unter anderem auch aufgrund der Sozialversicherungszusammenlegung. Das wirkt meines Erachtens mehr wie eine Bastelei. Man will eine Milliarde Euro einsparen, hauptsächlich bei den Funktionären, wo sich das ja nie ausgehen kann. Bei der ZIB 2 wurde die Sozialministerin, die ja überaus kompetent wirkt, gefragt, welche Berechnungen es zu den beabsichtigten Einsparungen von einer Milliarde im Ministerium gäbe. Sie hat dazu gemeint, es würde keine Berechnungen geben. Es wurde hier eine Zahl erfunden, man macht dann eine der größten Reformen in dieser Republik und man weiß absolut nicht, was man sich dabei erspart. Ich glaube, dass wir hier wieder den Kürzeren ziehen werden. Wie es zu dieser Zahl von einer Milliarde gekommen ist, weiß kein Mensch, vielleicht hat das Peter Rapp am Glücksrad ermittelt.

Wir brauchen in der EU und in Österreich große und neue Konzepte, wir müssen gegen den Klimawandel größer denken und auch die Landwirtschaft nicht davon ausnehmen. Ich halte es wie Friedrich Heinemann vom Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung, der gesagt hat, dass die GAP, wie sie derzeit stattfindet, vom vorigen Jahrtausend ist und dass wir eindeutig dorthin müssen, dass wir die Gelder nur mehr für nachweisliche Leistungen für Klima-, Tier- und Umweltschutz verwenden. Ich glaube, dann reichen auch die Gelder, weil wir damit automatisch auch die uns sehr teuer kommende Überproduktion in den Griff bekommen würden. Allein dadurch werden ja viele Gelder frei. Ich weiß, dass ich hier von Modellen rede, so ist auch der Anteil der Biolandwirte selbst in Salzburg mit seinen 48 Prozent noch ausbaufähig. Wir werden als konventionelle Bauern mit unseren Lebens- und Sozialstandards gegenüber Brasilien und anderen Ländern nie konkurrenzfähig sein. Wir müssen überlegen, in welche Richtung wir gehen. Wir können Qualität produzieren. Ich bin dafür, zu überprüfen, ob man langfristig nicht so etwas wie einen Nationalpark Österreich der biologischen Landwirtschaft macht. Ich weiß, da lachen einige, auch Stefan Wurm vom Unabhängigen Bauernverband bezeichnet mich als grünen Träumer. Die Wahrheit ist, dass er sich meistens selbst die Augen reibt und auch meistens von besseren Preisen in der konventionellen Landwirtschaft träumt. Da muss man ganz klar sagen. Ich bin dafür größer zu denken. Die Steinzeit ist auch nicht deswegen vorübergegangen, weil die Steine ausgegangen sind, sondern weil die Leute Ideen und Visionen hatten.

Vizepräsident ÖR Karl Grabmayr:

Wenn Österreich ein Naturschutzpark mit ausschließlich biologischer Landwirtschaft ist, dann erkläre mir bitte, wie man hier im Inlandsmarkt Bio bewerben soll.

KR LAbg. ÖR Ing. Franz Graf:

In manchen Regionen Österreichs gab es heuer mehr als hundertvierzig Tage mit über 25 Grad Celsius. Das ist einer jener vielen Rekorde, die in Punkto Witterung aufgestellt wurden. Wir hatten in den letzten drei Monaten tatsächlich ein bestimmendes Thema, nämlich die Trockenheit und die Hitze. Ich finde es daher in Ordnung, dass die Bundesregierung relativ rasch ein Dürrepaket mit dem Volumen von 60 Millionen Euro geschnürt und bekanntgegeben hat, die bekannte 20 – 20 – 20 Millionen Regelung. Der Präsident hat die wesentlichen Details davon in seinem Bericht bereits vorgestellt. Zu ergänzen ist aus meiner Sicht noch, dass die Grenze sehr weit nach unten gesetzt wurde und Anträge ab drei RGVE möglich sind und somit auch Kleinbetriebe hier alle Möglichkeiten kommen. Die Beantragung soll sehr einfach und auch online möglich sein. Natürlich muss es aber zu einer Beantragung kommen. Die jeweiligen Gebiete werden über die meteorologischen Daten der ZAMG auf KG-Ebene abgegrenzt, mit ähnlichen Daten wie sie auch der Hagelversicherung zur Verfügung stehen. Es wird dabei allerdings die Unschärfe des Dürreindexmodells der Hagelversicherung berücksichtigt. In manchen Gebieten – im Wesentlichen im Mühlviertel – gab es Probleme, wo der angesprochene 10-Jahres-Niederschlagsmengen-Durchschnitt von Haus aus so niedrig war, dass die 60 oder 70 Prozent Defizitgrenzen nicht zum Tragen kommen. Einer der Ansätze der wohl auch zum Tragen kommt, wie es der Präsident angesprochen hat, ist das Abstellen auf absolute Niederschlagsmengen, damit es nicht zu diesen Unschärfen kommt. Derartige Berechnungen sind schon heuer für die Dürrehilfe sehr wichtig, aber auch für zukünftige Modelle für die Dürreversicherung im nächsten Jahr. Das halte ich für eine ganz wichtige Entwicklung.

Dass die Auszahlung aufgrund der notwendigen Sonderrichtlinien erst ab dem 1. Quartal 2019 stattfinden wird, ist, wie vom Vizepräsidenten erläutert, wohl nicht anders möglich. Das wird für die betroffenen Betriebe zweifellos zu einigen Liquiditätsproblemen führen. Die im Paket ermöglichten Sonderkredite können da und dort eine Erleichterung sein. Eine allgemeine Möglichkeit wäre aus unserer Sicht aber schon, die ÖPUL-Zahlungen und allgemeinen Ausgleichszahlungen etwas vorzuziehen. EU-Kommissar Phil Hogan hätte das ja auch genehmigt, aber offenbar gibt es hier auch technische Probleme, die dazu führen, dass die AMA diese Möglichkeit nicht in Anspruch nimmt. Polen hat anscheinend schon mit der Auszahlung der Dürrehilfe begonnen. Dort wird offenbar relativ undifferenziert ausbezahlt, aber auch das hilft der Landwirtschaft.

Ich will nicht darüber spekulieren, wie weit sich Ereignisse wie heuer in den nächsten Jahren wiederholen werden, der Trend ist natürlich erkennbar. Tatsache ist, dass wir jetzt den Schaden haben. Wenn wir nur mehr Jahre gleich wie heuer haben, stellt sich natürlich auch die Frage, wie hier eine Versicherungslösung gefunden werden kann. Ich gehe davon aus, dass es in den nächsten Jahren nicht so extrem wird. Das Thema verursachter Klimawandel ist aber natürlich zu bedenken. KR Stammler hat dazu ja auch schon sehr viel erwähnt.

Bei der gestrigen Arbeitstagung ging es auch um die Perspektiven von neuen Züchtungsmethoden, es haben uns hier Frau DDI Schindecker und Herr DI Birschwitzky sehr kompetente Informationen gegeben und sehr interessant gesprochen. Diese Arbeitstagung war aus fachlicher Sicht hochinteressant, obwohl man bei diesem Thema ja schon sagen könnte, dass der Zug abgefahren ist. Es waren viele neue Dinge dabei. Aber auch weil Züchter wie DI Birschwitzky von der Saatzucht Donau auch sehe, dass diese Sache zwei Seiten hat. Wenn es zu keinen politischen Entscheidungen kommt - und das ist nicht zu erwarten - wird das längerfristig zu Nachteilen und sinkender Wettbewerbsfähigkeit für die europäischen Bauern führen. Außerhalb der EU wird dann ein schnellerer Züchtungsfortschritt ermöglicht. Man kann diesen Nachteil in der Theorie aber auch in einen Vorteil verwandeln, nämlich dann wenn es gelingt, Warenströme zwischen gentechnisch veränderten, wie es der Europäische Gerichtshof nun festgestellt hat, und nicht gentechnisch veränderten zu trennen und wenn die Gentechnikfreiheit als positiv verkauft werden kann. Das setzt aber effiziente Kontrollen der einzelnen Produkte voraus, die derzeit technisch noch nicht möglich sind. Allerdings wird diese technische Unterscheidbarkeit wohl kommen. Dazu braucht es aber zweitens auch die von uns immer eingeforderte durchgehende Kennzeichnung von Rohstoffen und verarbeiteten Produkten. Es soll dann jeder Konsument entscheiden können, ob er das will oder nicht und ob er bereit ist, für gentechnikfreie Produktion höhere Preise zu zahlen. Nur dann kann eine nicht so hohe Ertragssteigerung auch als Chance gesehen werden, und das auch in der Gesamtmenge in Europa für bessere Preise. Die damit möglicherweise erzielbaren besseren Preise werden wir brauchen. Es wird in Österreich schließlich immer die Frage aufgeworfen, was man denn machen soll, wenn so viele Bauern keine Hofnachfolger mehr haben. Das hängt nicht in erster Linie davon ab, ob wir höhere Förderungen bezahlen, sondern davon, dass man den Bauern nicht das Gefühl von Almosenempfängern gibt, sondern dass sie Visionen entwickeln können, die dafür notwendig sind. Für ordentliche Arbeit soll auch ordentliches Geld zu verdienen sein.

Präsident ÖR Ing. Franz Reisecker übernimmt den Vorsitz von **Vizepräsident ÖR Karl Grabmayr**.

Präsident ÖR Ing. Franz Reisecker:

Am Freitag fand das COPA-Präsidium in Brüssel statt. Die Polen haben vom dortigen Unterstützungspaket berichtet. Diese rein national durchgeführte Unterstützung war absolut nicht treffgenau und es haben dort faktisch die Großbetriebe das Geld bekommen. Die Bauernvertretungen haben an diesem Paket ganz massive Kritik geübt. Es ist meines Erachtens schon sinnvoll, hier entsprechend genau zu überlegen, wie man etwas macht und erreicht dann eine gewisse Treffgenauigkeit.

KR Hannes Winklehner:

Wir haben die ärgste Hitze überstanden. Es war nicht nur heuer so, sondern auch im Vorjahr und zuletzt zwei Jahre hintereinander war die Auswirkung des Klimawandels ganz massiv spürbar. Jetzt müssen auch die letzten Skeptiker zur Kenntnis nehmen, dass es den Klimawandel gibt. Ich frage mich aber, ob die aktuellen Maßnahmen wirklich die Richtigen

sind: Wir müssen jedes Jahr als Bittsteller auftreten, da die Leistungen der Versicherung zu wenig sind und nicht ausreichen. Wir müssen dann bitte sagen, dass etwas dazugegeben wird, das ist wirklich bitter. Wir sind nicht der Hauptverursacher des Klimawandels, wir sind natürlich gezwungenermaßen auch Mitverursacher des Klimawandels. Das muss man auch ins Auge fassen, was kann denn ein einzelner Betrieb schon tun, wenn man in einem Wirtschaftssystem gefangen ist, das nur auf Wachstum basiert? Hinzukommt, dass die Landwirtschaft für die Freihandelsabkommen geopfert wird und Importe erdulden muss. Das soll man schon überdenken, wie kann da der einzelne Betrieb dagegenhalten.

Es sind ja 20 Millionen Euro als Direktbeihilfe für die Landwirtschaft angekündigt. Ich frage mich, wer das Geld tatsächlich bekommt und wie viele wieder durch das Sieb fallen. Man hört von Überlegungen betreffend rein für Muttertiere. Es haben alle einen Schaden und es muss der Schaden für alle abgedeckt werden. Ich kann nicht die Meinung des Präsidenten teilen, die Versicherung könne das nicht machen. Im März hat jeder Betrieb zu entscheiden, ob er sich für die kommende Saison versichern will oder nicht. Es gibt auch im September schon eine entsprechende Vorausmeldung. Im März heißt es selbstverständlich von der Versicherung, dass der gesamte Schaden abgedeckt werde. Jetzt schaut es aber anders aus. Ich hoffe, dass bei der Endabrechnung da und dort noch nachgelegt wird und die Betriebe entsprechende Gelder bekommen, um über die Runden zu kommen. Es wird nicht funktionieren, dass wir jedes Jahr bei einer Dürre, die wohl vermehrt auftreten werden, wieder Bittsteller sein müssen. Wir wissen ja nicht, wann die Dürrejahre wiederkommen. Wir müssen derzeit Bittsteller sein, weil die Versicherungsleistungen bei einem Dürrejahr wie heuer zu gering sind. Es geht darum, dass die Schäden dann auch durch die Versicherung wirklich abgedeckt werden.

Herr KR Stammler, ich glaube nicht, dass wir Bauern unbedingt so viel Überproduktion machen. Schau dir einmal die Industrie an und was dort produziert wird. Darum braucht die Industrie auch ständig mehr Freihandel. Die Industrie braucht immer mehr Absatzmärkte, weil sie in der Produktion auch immer schneller werden. Wir haben im Gegenzug bei den Freihandelsabkommen die agrarischen Importe zu dulden. Sehr viele Lobbyisten aus der Wirtschaft sind im Politikbereich tätig und haben in Europa sehr viel Macht.

Ich sehe ein, dass die Biobauern derzeit nervös sind. Die Biobauern haben sich alles sehr viel verwässern lassen. Durch die Prämiensituation haben viele Betriebe auf Bio umgestellt, obwohl sie nicht von Bio überzeugt sind. Ich persönlich achte die überzeugten Biobauern sehr. Denen wurde aber dadurch sehr viel Geld weggenommen, obwohl sie dieses Geld sehr dringend brauchen würden. Auch hier wäre es bei der nächsten GAP erforderlich, entsprechend nach zu schärfen.

Frau KR Burgstaller, deine Aussagen haben mich überwältigt: Freude kommt da auf, wenn die Jungen wirklich so tüchtig die Bauernhöfe übernehmen oder als Pächter bewirtschaften. Frau KR Burgstaller, darauf nur stolz zu sein, ist mir etwas zu wenig. Da sollte man schon ein wenig mehr überlegen. Es ist schon traurig, mit den Nebenerwerbs- und Zuerwerbssbauern redest du offenbar zu wenig. Die sind durchwegs demotiviert und am Boden. Sie müssen in die Arbeit

gehen und müssen das heuer auch aus der Situation mit dem Klimawandel resultierende fehlende Einkommen aus dem Neben- und Zuerwerb erwirtschaften, damit es am Hof irgendwie weitergeht. Die Überbergeneration arbeitet brav und fleißig weiter, weil sie wollen, dass ihre lebenslange Tätigkeit am Hof weitergeht. Aber mehr ist das oft nicht. Wenn sich daran nichts ändert, wird die nächste Generation das in dieser Form oftmals nicht mehr weiterführen. Man sollte das ernst nehmen und nicht belächeln. Hier müssen wir noch sehr viel tun, damit sich das ändert.

Zum Rindermarkt: Hoffentlich kommt es in einer Dürresituation nicht dazu, wie es im Parteiblatt der ÖVP drinnen steht. Herr Präsident Reisecker, ich hoffe, dass es sich um einen Irrtum handelt. Dort hat es geheißen, dass die Kuh aufgrund des Rückgangs auf 25 Cent pro Kilogramm nur mehr 95 Euro kostet. Ich hoffe, dass es sich dabei um einen Irrtum gehandelt hat und dass wir nie zu derartigen Preisen hinkommen, denn das wäre ja ganz schlimm. Es hat mich gewundert, dass du das nicht berichtigen hast lassen. Mit derartigen falschen Darstellungen wird ja denen, die mit der Landwirtschaft nicht viel zu tun haben, vermittelt, dass eine Kuh nur 95 Euro kostet. Der Rindermarkt ist heuer gewaltig unter Druck gekommen. Wir verkaufen deutlich unter dem Vorjahresniveau und auch das ist ein Schaden, der abgegolten werden muss. Wir haben auch bei den Verkaufspreisen massiv verloren, wir sind auch da in einer schlechten Situation. Für den Klimawandel brauchen wir Instrumente, die wirklich zu einer 100-prozentigen Abdeckung unserer Schäden führen, denn ansonsten werden die Bauern die künftige Situation nicht aushalten, davon bin ich absolut überzeugt.

Zu den Stromfreileitungen: Man ist stolz darauf, das 10-Prozent-Abzugssteuermodell erreicht zu haben. Was ist aber mit denen, die eine geringere Entschädigung bekommen und nicht einkommenspflichtig werden? Die zahlen jetzt aber auch die zehn Prozent und das muss man ins Auge fassen. Ich bezweifle, ob das die richtige Lösung war. Wenn ich eine Freileitung oder eine Gasleitung oder dergleichen zu dulden habe, alles was im öffentlichen Interesse ist, dann sollte es wirklich unser Ziel sein, dass Gelder für derartige Maßnahmen absolut steuerfrei sind. Es gibt ja auch viele Betroffene, die kleine Beträge bekommen und die zahlen dann zu unrecht.

Präsident ÖR Ing. Franz Reisecker:

Ich habe in meinem Bericht klar darauf hingewiesen, dass es Dürrezahlungen für alle RGVE gibt, Rinder, Schafe, Ziegen etc. Weiters freut es mich, dass du das „Volksblatt“ so genau liest. Wer mit Zeitungen zu tun gehabt hat weiß, dass dort auch redaktionelle Fehler auftreten und das ist ein redaktioneller Fehler. Man hat dort auf eine Presseaussendung Bezug genommen und es ist dann ein redaktioneller Fehler passiert, ich kann die entsprechende Presseaussendung auch heraussuchen lassen. Wenn ich jedem redaktionellen Fehler nachgehe, muss ich vermutlich täglich eine Berichtigung machen und es werden die Berichtigungen auch nicht gelesen.

Zur Steuer bei Leitungen: Die Entschädigungssätze beruhen auf dem, was die Bauern ausbezahlt bekommen. Die Bauern bekommen dadurch nicht weniger ausbezahlt, sie müssen vom Ausbezahlten aber keine Steuern mehr zahlen. Die 10 Prozent kommen bei den

Unternehmen zusätzlich dazu, die das an den Staat abzuliefern haben. Für beanspruchte Flächen gibt es Kammerrichtsätze und vereinbarte Entschädigungen. Von den erhaltenen Geldern mussten die Bauern bisher Steuern zahlen, wenn sie über die Steuergrenze gelangt sind, jetzt muss er nichts mehr zahlen. Ich ersuche hier um eine Auseinandersetzung mit den Fakten und eine entsprechende Darstellung in der Vollversammlung.

KR Christine Seidl:

Herr KR Winklehner, ich wollte mir fast schon Stricherl machen, wie oft du „schlimm“ sagst und eine negative Wortwahl verwendest. Ich kann dir nur eines sagen: „Zu Tode gefürchtet ist auch gestorben“. Man muss nicht immer alles nur negativ bringen. Wir leisten viel in unserer Arbeit und es ist nicht alles nur negativ, was hier geschieht. Es täte dir auch gut, einmal das Positive zu sehen. Herr KR Graf, du bist auch besorgt, dass wir Nachfolger bekommen. Vereinfachte Verfahren und Beschleunigungen bei Stallbauverfahren sind auch eine wichtige Maßnahme dafür, dass wir Nachfolger auf unseren Betrieben bekommen. Für eine gesunde Entwicklung der heimischen Landwirtschaft und der Betriebe ist eine laufende Anpassung und auch der Neubau von Ställen unumgänglich. Außerdem können wir nur so die heimische und regionale Produktion sichern. Ansonsten bleiben die Worte von Regionalität nur bloße Schlagworte, weil wir das nicht bei uns produzieren können. Es ist sehr gut, dass das Land Oberösterreich und die Landwirtschaftskammer eine Arbeitsgruppe eingerichtet haben und hier intensiv zusammengearbeitet wird, um Stallbauverfahren für kleinere und mittlere Ställe zu vereinfachen und zu standardisieren. Dadurch soll eine schnellere Genehmigung erzielt werden. Es kann wirklich nicht sein, dass Stallbauverfahren drei, vier oder fünf Jahre dauern, bis endlich mit dem Bau begonnen werden kann. Es soll Klarheit geschaffen werden, welche Gutachten in welchem Umfang erforderlich sind. Das sollen auch entsprechende Richtlinien für die Sachverständigen sein, damit nicht unterschiedliche Dinge gefordert werden und dies für den Bauern unklar wird. Wichtig ist auch, dass Verfahren zeitlich begrenzt werden und sich nicht ins Unendliche verschieben. Mit dieser Maßnahme gibt es für den Bauwerber die Gewissheit über die Dauer des Verfahrens und es gibt dann eine einfachere und nervenschonendere Lösung, die hier umgesetzt werden soll. Namens der betroffenen Bauern danke ich hier für diesen Einsatz.

KR Klaus Wimmesberger:

Ich sehe mich hier nicht als Vertreter der Opposition. Die Opposition bringt ja meistens selbst nichts zustande. Wir haben aber schon einiges geschafft, etwa im Bereich der Sozialversicherung. Der UBV war und ist stets der Meinung, dass eine Zusammenlegung der Sozialversicherungsträger uns Bäuerinnen und Bauern hilft. Das ist sehr lange am Widerstand des Bauernbundes gescheitert, jetzt hat sich aber doch die Meinung durchgesetzt, dass die Zusammenlegung stattfindet. Natürlich kann man über die Art und Weise streiten, wie das stattgefunden hat. Mir wäre es auch lieber gewesen, wenn es so gewesen wäre, wie der frühere Landeshauptmann Pühringer es vorgeschlagen hat. Er hat gemeint, es hätte neun Landeskrankenkassen geben sollen und man soll schauen, dass diese neun Kassen gut wirtschaften. So werden in Wien scheinbar irgendwelche Tarife festgesetzt und man ist dann verärgert, wenn man diese wieder zurückfahren muss. Ich frage mich, gegen was hat sich der Bauernbund so gewehrt. Es kann ja nicht um die 118 Funktionäre gehen, die jetzt ihren Job

verlieren. Ihr habt nach außen hin immer gesagt, die Leistungen würden schlechter werden, das ist aber nicht so, ich bin sogar davon überzeugt, dass die Leistungen für uns Bäuerinnen und Bauern besser werden. Was mir nicht gefällt, ist der Zwischenschritt, der gemacht wurde, dass wir jetzt fünf Sozialversicherungsträger haben. Die Leute sagen zurecht, die Bauern und die Wirtschaftstreibenden sind beisammen und die Beamten, die Lehrer und die Eisenbahner haben es sich wieder gerichtet. So bleibt dann die Gebietskrankenkasse übrig. Ich kann diese Kritik auch nicht von der Hand weisen, ich kenne ja die Tarife, die die Lehrer, die Beamten und die ÖBBler bekommen. Hier gibt es ja tatsächlich manche Unterschiede. Ich bin trotzdem der Bundesregierung dankbar, es ist das die erste Regierung, die es zustande gebracht hat, dass es in die richtige Richtung geht. Ich hoffe, dass das ein Zwischenschritt bleibt - die Leute wären nicht zufrieden, wenn das schon das Endergebnis ist. Mein Wunsch wäre, dass es für alle die gleichen Leistungen gibt, natürlich mit entsprechenden berufsspezifischen Differenzierungen. Das wäre als einziges wirklich fair. Wenn ich eine Reha mache, bin ich mit ganz unterschiedlichen Berufsgruppen beisammen, man kann dann auch unterschiedliche Erfahrungen austauschen. Ich lege keinen Wert darauf, dass ich bei Reha-Aufenthalten nur mit Lehrer zusammen bin. Eine Sozialversicherung für alle Österreicher wäre mein Wunsch, das ist der einzig faire Weg.

Zum Erdkabel: Hier tut sich etwas in der Bevölkerung, das ist gut, ich danke auch dem Bauernbund, dass er hier umgeschwenkt hat. Der Bauernbund hat sich ja jahrelang entsprechend dagegen gewehrt und auch ein BBK-Obmann hat gemeint, man müsse sich das noch sehr genau anschauen. Hier hat man 20 Jahre geschlafen. Herr Obmann Ecker hat keine Ahnung von der Materie, was sonst uns vorgeworfen wird, schreibt aber so etwas in einem Zeitungsartikel.

(Zwischenruf von BBK-Obmann LAbg. Georg Ecker)

Herr Ecker, sie wissen ganz genau, dass ich recht habe. Reden sie bitte mit Experten darüber. Vielleicht hat BBK-Obmann Ecker auch nur deswegen umgedacht, weil der Druck der Bauern so groß geworden ist. Mich würde auch interessieren, ob die Abgeordneten Brunner, Ecker und Graf schon den Antrag betreffend Änderung des Starkstromwegegesetzes eingebracht haben, zudem wir euch aufgefordert haben. Frau Brunner, haben sie das getan, ja oder nein? Ja oder nein? Vielleicht beantworten sie das später

Kürzlich gab es den Lokalausweis für die Enteignung im Innviertel. Ich bin dort auch betroffen und war selbst in Zell an der Pram dabei. Es gab einen Termin mit der Behörde und mit der Energie AG um 13 Uhr, um sich die Fläche der Enteignung vor Ort anzusehen und es waren Bauern da, die bereits einen Termin um halb Zwölf hatten und lange warteten. Die Nebenerwerbsbauern haben sich dafür extra freinehmen müssen, weil entgegen der Darstellung von KR Burgstaller ja auch viele Landwirte arbeiten müssen. Diese mussten sich Zeitausgleich nehmen. Von der Behörde und von der Energie AG ist niemand gekommen. Ich habe dann noch länger gewartet und gesehen, dass Autos gekommen sind und habe gefragt, was denn los sei. Es hat dort geheißen, man sei aufgehalten worden und man komme halt um zweieinhalb Stunden später. Ich habe gefragt, warum dann die Leute nicht informiert würden.

Es hat dann nur geheißen, wenn die Leute nicht warten würden, dann sind sie halt nicht mehr da. Aber es geht hier schließlich um eine Enteignung. Die zuständige Verhandlungsleiterin, eine Frau Aigner, hat sehr von oben herab agiert. Ich habe auch gefragt, ob jemand von der Landwirtschaftskammer anwesend sei. Dies wurde verneint. Mir wurde mitgeteilt, dass auch von Seiten der Landwirtschaftskammer hier jemand dabei sein könne, es wurde aber kein Vertreter der Landwirtschaftskammer entsendet. Ich erwarte mir schon, dass bei Enteignungen von über 70 Bauern unsere Vertretung juristischen Beistand leistet und entsprechende Unterstützung gibt. Es müssen das durchaus nicht die Kammerobmänner sein, denn Herr Dammayr und Herr Diermayer werden ja von den Bauern dort nicht so gern gesehen. Morgen ist wieder eine Begehung, vielleicht schafft man es noch, dass jemand von der Landwirtschaftskammer dabei ist und den Bauern hilft. Ich möchte auch eine Entschädigung für die Zeit haben, die ich hier sinnlos gewartet habe. Das ist allerdings nicht vorgesehen. Was ist das für ein Rechtsstaat, wo es hier keine Entschädigung gibt? So etwas kann nicht gehen und hier ist die Landwirtschaftskammer wirklich schwach. Es waren über zehn Leute dort, jeder hat sein Personal mit und wir Bauern stehen dort und haben keine Vertretung dort. Das geht so nicht, das können wir unseren Bäuerinnen und Bauern nicht antun.

Zum Ende möchte ich noch eine Richtigstellung machen. Bei der letzten Vollversammlung habe ich als letzten Satz gesagt: „Herr Präsident, ich fordere sie auf, sofort zurückzutreten“. Das war meinerseits ein Irrtum. Wie ihr ja sicher wisst, war der Herr Vizepräsident gemeint und ich habe mich bei Präsident Reisecker auch dafür entschuldigt und er hat sich auch gar nicht angesprochen gefühlt. Der Vizepräsident ist über 18 Jahre alt und er kann für seine Taten selbst einstehen.

Präsident ÖR Ing. Franz Reisecker:

Wir als Landwirtschaftskammer bieten unseren Mitgliedern natürlich eine interessenspolitische Unterstützung, wenn diese gebraucht wird. Wir haben in diesem Verfahren allerdings keine Parteistellung und daher werden wir als Landwirtschaftskammer auch nicht dazu eingeladen. Als Landwirtschaftskammer kann ich ohne Einladung zu einem Verfahren allerdings nicht irgendjemand hinschicken, wenn der kein Verhandlungsmandat hat. Wenn dort ein Grundeigentümer von der Landwirtschaftskammer eine entsprechende Unterstützung haben will, dann wollen wir die auch geben. Sollte es hier einen Fall geben, wo diese Unterstützung verweigert wurde, dann ersuche ich, mir das auch mitzuteilen. Ich kenne keinen Fall, wo eine derartige Unterstützung verweigert worden wäre. Wenn ein Bürgermeister dabei ist, dann hat er als Vertreter der Gemeinde eine entsprechende Einladung gehabt, oder er wurde von einem Gemeindeglieder mitgenommen. Wir können als Landwirtschaftskammer auch aus Kapazitätsgründen nicht zu jeder Behördenverhandlung, wo Bauern betroffen sind, einen Vertreter der Landwirtschaftskammer schicken. Das ist nicht möglich und wir werden das auch in Zukunft nicht machen. Ich hoffe, dass das auch richtig verstanden wird. Wir sind dazu da, die Bauern zu unterstützen. Wir erhalten von der Behörde aber keine Information, wann hier Enteignungsverhandlungen sind. Ich weiß nicht, wann bei euch diese Verfahren stattfinden. Es ist ja unmöglich, zu allen Verhandlungen hier jemanden zu entsenden.

KR Norbert Ecker:

Herr KR Wimmesberger, der von dir angesprochene Entschädigungstatbestand für die Abgeltung der Mühewaltung ist einer, der uns unter den Nägeln brennt. Wir fordern das seit langem und ich bin hier einer Meinung. Es ist ein schwieriges Thema, da es in der Gesetzgebung aktuell keinen entsprechenden Anknüpfungspunkt gibt und es die Rechtslage nicht ermöglicht. Da sollte schon lange geregelt sein.

Zur EU-Trinkwasserrichtlinie, diese rückt immer mehr in den Fokus: Ende Oktober soll im EU-Parlament der Beschluss gefasst werden, dass der vorliegende Entwurf auch in die Umsetzung kommt. Dieser Entwurf würde dazu führen, dass bei allen Wasserversorgern mit über zehn Kubikmeter Tagesentnahme 18 neue, zusätzliche Untersuchungsparameter notwendig sind. Das Beprobungsintervall wird verzehnfacht. Eine Wassergenossenschaft mit fünf Mitgliedern mit 300 Euro Untersuchungsgebühren aktuell würde im nächsten Jahr 18.000 Euro zahlen. Das soll die Dimension aufzeigen. Es ist unvorstellbar, was in diesem Bereich abgeht. Gewinner dieses Systems sind ausschließlich Ziviltechniker, Labors und Kontrollfirmen. Dadurch würde sich das Geschäftsfeld in diesem Bereich stark ausdehnen. Es ist sehr augenscheinlich, was hier dahintersteckt. Die ersten Giftzähne konnten gezogen werden. Es gibt einen Vorschlag, die Grenze auf 100 Kubikmeter zu heben, das ist aber nicht ausreichend, man muss hier auf 300 bis 400 Kubikmeter Tageszunahme gehen, damit bäuerliche Genossenschaften entsprechend ausgenommen sind. Die europäische Trinkwasserstruktur basiert in vielen Ländern auf Großversorgungsunternehmen. In ganz Holland gibt es drei Trinkwasserversorger. In Oberösterreich gibt es drei große Wassergenossenschaften und 1.097 kleine Wassergenossenschaften. Das ist der Unterschied. Für die drei großen Unternehmen sind diese Kosten fast belanglos, für die kleinen Wasserversorgungsunternehmen ist das allerdings ein Riesenthema. Es gibt hier bereits Allianzen und intensive Arbeit dazu in den letzten Wochen. In Finnland, Dänemark, Irland und Südtirol gibt es ähnliche Wasserversorgungsstrukturen. Nun kommt in das Thema entsprechend Bewegung hinein, bisher wurde ja fälschlicherweise davon ausgegangen, dass hier ohnehin niemand eingreifen kann. Das Wasserrecht ist sehr restriktiv und wenn die Regelung so käme, wie sie ursprünglich vorgesehen ist, dann würden große Wasseraufbereitungsunternehmen hier auch ein neues Geschäft sehen und Wasseraufbereitungsanlagen und Filtrationsanlagen verkaufen. Das würde zusätzlich zu den Analyseparametern gewaltige Verfahrenskosten verursachen. Eine derartige Regelung wäre der Tod für alle kleinen Wasserversorger in Europa und speziell auch in Oberösterreich und auch für die bäuerlichen Betriebe, die davon versorgt werden. Wenn die Wasseraufbereitung von den Leuten akzeptiert wird, dann haben wir im Umkehrschluss das Problem des fehlenden Anreizes, für entsprechenden Grundwasserschutz zu sorgen. Wenn man ohnehin eine Aufbereitung betreibt, warum sollte man das Grundwasser dann noch schützen. Die Boden- und Wasserschutzberatung ist eine Erfolgsstory, wo Betriebe flächendeckend im vorbeugenden Gewässerschutz Grünland und Ackerbau mitmachen. Es wäre eine Tragödie in Richtung Klimaschutz und Wetterkapriolen, wenn man das alles fahrlässig aufs Spiel setzt. Mit derartigen Maßnahmen würde sich das Rad in die falsche Richtung zu drehen beginnen. Bei neuen ÖPUL-Verhandlungen darf nicht der flächendeckende Grundwasserschutz in Frage gestellt werden. Es ist ein zentrales Element, dass wir uns alle zum Grundwasserschutz

bekennen. Wir sind europaweit in der glücklichen Lage, dass wir unter der Molasse-Zone einen Grundwassersee haben, der seinesgleichen sucht und der ist auch entsprechend zu schützen. Wir müssen jede Gelegenheit nutzen, auf regionaler Ebene oder auf Bezirks-, Landes- und Bundesebene unseren Einfluss geltend zu machen, um hier in dieses Thema noch mehr Bewegung hineinzubringen. Es kommt jetzt auch Bewegung hinein, auf europäischer Ebene soll das noch mehr beredet werden. Es soll die Motivation des flächendeckenden Grundwasserschutzes hier nicht verloren gehen.

Herr KR Wimmesberger, du sagst, dass die kleinbäuerlichen Betriebe keine Zeit haben, ihre Interessen wahrzunehmen. Der Anstoß zu einer rechtlichen Überprüfung beim EuGH betreffend der Gentechnikverfahren war allerdings leider genau aus diesen kleinbäuerlichen Reihen, die du angesprochen hast. Hätte es die von dort eingeleiteten Verfahren nicht gegeben, hätten wir heute einige Probleme nicht. Es dürfte genug Zeit gewesen sein, diese Anliegen zu vertreten.

KR Johanna Miesenberger:

Frau DDI Schindecker hat gestern bei der Arbeitstagung einige Male erwähnt, wie wichtig eine Herkunftskennzeichnung in der Gastronomie und der Außer-Haus-Verpflegung ist. Es kommen in den Handel immer wieder Waren, die beispielsweise mit den neuen Züchtungsverfahren hergestellt wurden und die nicht den österreichischen Qualitätsstandards entsprechen. Das können wir wohl nicht immer ausschließen und dazu fehlt wohl auch der politische Wille. Aber wir können aktiv daran arbeiten, dazu zu motivieren, im Außer-Haus-Verzehr heimische Lebensmittel zu genießen. Der Konsument ist unsere Hoffnung, es gibt ein klares Bekenntnis zu Qualität und Herkunft. Wir wissen, dass bereits neun von zehn Konsumenten beim Einkauf darauf achten, ob etwas heimisch und regional ist. Sieben von zehn Konsumenten sehen es als notwendig, dass es auch beim Außer-Haus-Verzehr eine verpflichtende Kennzeichnung geben soll, insbesondere bei Kantinen, Mensen, öffentlichen Einrichtungen, aber auch in den Gaststätten. Die Umsetzung des Bestbieterprinzips ist ein wichtiger Schritt, aber noch nicht genug. Es ist auch im Regierungsprogramm verankert, dass es eine verpflichtende Herkunftskennzeichnung in öffentlichen Küchen bei Milch, Fleisch und Eier geben soll. In Oberösterreich soll auch auf Antrag der Landwirtschaftskammer-Vollversammlung ab 01.01.2019 im Landesdienstleistungszentrum und anderen Küchen die regionale Herkunftskennzeichnung umgesetzt werden. Das soll auch als Vorbild für andere Küchen wirken, auch auf Bundesebene. Weiters ist auch notwendig, dass wir in der Gastronomie und im Tourismus den Mehrwert dieser Herkunftskennzeichnung gegenüber dem Gast vermitteln können. Es gibt eine gemeinsame Kampagne der Landwirtschaftskammer und des Bauernbundes „Gut zu wissen“. Wir sind hier alle gefordert, diese Initiative zu unterstützen, zu forcieren und gemeinsam auf Betriebe zuzugehen. Ich appelliere an jeden, hier mitzuhelfen. Wir sind Unternehmer, wir wollen eine gute Produktion und eine gute Verarbeitung machen. Aber auch die Vermarktung ist ein wichtiger Punkt. Die Konsumenten sind sensibilisiert und wir müssen auf sie zugehen und ihnen ein positives Bild der Landwirtschaft vermitteln. Das kann jeder in seinem persönlichen Umfeld umsetzen, das ist meiner Meinung nach auch ein Beitrag zum Kampf gegen den Klimawandel, Stichwort Transportwege.

KR Alois Ganglmayr:

Heute wurde das lebenswichtige Trinkwasser schon mehrmals angesprochen. Im rechtspolitischen Ausschuss haben wir uns mit dem OÖ Trinkwasserversorgungsgesetz näher beschäftigt. Wir wollen eine Resolution verabschieden, weil wir den OÖ Landtag, sprich die OÖ Landesregierung etwas unter Druck setzen müssen. Das halte ich für eine ganz wichtige Maßnahme. In Vorgesprächen habe ich allerdings erfahren, dass es nicht sehr viel Bereitschaft gibt, hier Änderungen vorzunehmen. Dies ist aus dem Aspekt der Geldnot her zu verstehen. Es gibt überall Geldnöte, auch bei den Gemeinden, auch bei mir in der Stadtgemeinde Grieskirchen, wo ich Teil des Gemeinderates bin. Wir haben nur eine freie Budgetspitze von einigen 100.000 Euro. Ich bin auch im Wasserverband Grieskirchen und Umgebung. Darin sind drei Gemeinden, Tollet, St.Georgen und Grieskirchen. Nur beim Wasser hält sich die Gemeinde jährlich im Schnitt 150.000 Euro zurück. Es ist schon eigenartig, wenn man die Prämisse verkündet, es muss für alle leistbar sein, weil ein Bauer zum Beispiel einen versiegten Brunnen hat oder zu wenig Wasser. Ich glaube, es ist leistbar, nur wird das Geld zweckentfremdet für etwas Anderes verwendet und da liegt das Problem. Auch bei den Gebührenordnungen besteht Handlungsbedarf. Ich fordere von jedem bäuerlichen Gemeinderat ein, sich die Gebührenordnung in seiner jeweiligen Gemeinde anzuschauen. Ich habe hier sechs Gebührenordnungen vor mir liegen. Diese sechs Gebührenordnungen haben nicht nur eine Diskrepanz von Gebühr zu Gebühr, sondern ganz unterschiedliche Berechnungsgrundlagen, wie man die Berechnung für die Gebühren bei den Landwirten macht. Grieskirchen hat meines Erachtens eine ganz gute Gebührenordnung, es gibt aber Gebührenordnungen – da geht es um gewerbliche Betriebe - wo nicht einmal klar ist, wie denn die Landwirtschaft hier geregelt ist. Leute, die bäuerliche Anliegen im Gemeinderat vertreten, sollen diese Gebührenordnungen genau durchleuchten. Es reicht hier nicht, sich nur die Höhe, die Mindestanschlussgebühren oder die Verbraucherpreiserhöhungen anzuschauen. Schaut euch bitte die Gebührenordnungen einmal ganz genau an. Ich arbeite hier massiv an einer neuen Gebührenordnung in Grieskirchen mit und es wird von mir auch einen entsprechenden Antrag im Gemeinderat geben. Es geht darum, dass jene, die einen Hausbrunnen haben, nur mehr die Mindestanschlussgebühr zahlen müssen. Wenn durch das OÖ Trinkwasserversorgungsgesetz später ein Landwirt in die Anschlusspflicht kommt, weil er ein Gebäude dazu baut oder eine Versorgungsleitung verlegt wird und er damit in die 50 Meter Entfernung hineinkommt, dass er dann nur die Mindestanschlussgebühr zahlen soll. Ich bin in die Anschlusspflicht wegen einer Maschinenhalle gekommen und ich soll an die Gemeinde knapp 10.000 Euro bezahlen. Es heißt dann, hinsichtlich der Bezugspflicht sei ja sehr wohl eine Ausnahme möglich. In Grieskirchen gräbt man in die Nähe der Bauernhäuser und dann will man 10.000 Euro haben. So etwas ist meines Erachtens unfair und eine reine Geldbeschaffungsaktion. Macht die Gemeinderäte draußen darauf aufmerksam, schaut euch die Gebührenordnung an und ändert sie ab. Wenn ihr das gut machen wollt, dann ist das nicht in einer halben Stunde erledigt. Man muss sich diese Dinge wirklich sehr genau anschauen. Das ist auch erforderlich, um nicht in Teufels Küche zu kommen. Damit muss man sich gründlich beschäftigen.

Zur Dürreentschädigung: Herr KR Winklehner, ich bin natürlich auch für die Bauern. Ich häcksle überbetrieblich Mais. Es gab Landwirte, die ein bisschen mehr Mais häckseln lassen mussten. Sie haben dann gemeint, sie könnten ja sonst nicht so viel Mais zur Agrana bringen. Ich habe dann schon ein kleines Problem, wenn darüber gejammert wird. Der Maispreis ist durch diese Dürre ja auch gestiegen. Bei mir war das heuer mit 1,8 Hektar eigentlich schon ein großer Lagerraum in meiner Maschinenhalle. Jetzt habe ich auch zwei bis drei Jahre altes Heu um einen super Preis angebracht, früher hat das trotz geringer Preise nicht einmal jemand abgeholt. Bei den Dürreentschädigungen kann es auch eine Lösung sein, dass jemand vorweisen kann, ob vielleicht ein geringerer Tierbestand nicht mehr gehalten werden kann oder nicht mehr so viele Masttiere durchbringt. Herr KR Winklehner, es wird auch nicht funktionieren, alles der Öffentlichkeit und dem Steuerzahler über zu wälzen. Ich kenne ja Bauern, die fragen mich schon jetzt wegen der Verpachtung in sieben Jahren. Es gibt Fälle, wo Stallungen gebaut werden, aber keine Pachtflächen vorhanden sind und diese Betriebe haben dann ein Dürreproblem. Da kann man ja nicht seriöser Weise fordern, dass dies jemand entschädigen soll. Zu den Pachtflächen und zu den Grundstücken gehört auch das Wasser, das es braucht, damit das heranwächst, was man braucht. Du, Herr KR Winklehner, machst es dir hier schon etwas leicht. Unsere Werkstatt ist unter dem freien Himmel, da muss man halt auch mitberücksichtigen, dass man mit Viehobergrenzen nicht immer am Limit fahren kann, oder erst nach dem Stallbauen die erforderlichen Pachtflächen suche. Hier gibt es auch eine Eigenverantwortung der jeweiligen Betriebsleiter.

KR Walter Scheibenreif:

Von meinem Betrieb liefere ich schon seit vielen Jahren Daten für den Grünen Bericht, dazu möchte ich mich melden. KR Karl Keplinger hat ja gemeint, es werde der Grüne Bericht geschönt. Der Grüne Bericht hat für uns eine sehr hohe Aussagekraft, was das Einkommen der Landwirtschaft in Österreich betrifft. Wir haben gehört, dass es eine Einkommenssteigerung von 2016 auf 2017 um 14 Prozent gab. Das ist wichtig und geht in die richtige Richtung. Wir gehen allerdings von einem fünfjährigen Einkommensminus von insgesamt 33 Prozent aus. Auch das dürfen wir nicht vergessen. In unserem eigenen Betrieb hatten wir von 2016 auf 2017 eine Einkommenssteigerung von 46 Prozent. Es ist so, wir haben unsere Werkstatt unter freiem Himmel und wir hatten 2017 recht gute Erträge und haben dieses Ergebnis erzielt. Das muss auch akzeptiert werden und mir fällt nichts Besseres als der Grüne Bericht ein, um die Situation in der Landwirtschaft abzubilden.

Herr KR Winklehner hat sich zur Dürreversicherung geäußert. Ich bin auch dürreversichert und von der Dürre massiv betroffen mit einem Niederschlagsdefizit von 85 Prozent. Ich bin in der Dürreversicherung 70:30 und zahle neun Euro pro Hektar Grünland. Man muss hier auch die Relationen sehen und es wird auch draußen oft verwechselt und alles als Dürreversicherung gesehen. In unserer Gemeinde gibt es natürlich auch unterschiedliche Voraussetzungen. Ich bin fest davon überzeugt, dass es der richtige Weg ist, der jetzt gegangen wird. KR Graf hat schon darauf hingewiesen, dass es ständig Verbesserungen gibt. Es ist das ein neues Modell, das entsprechend zu adaptieren ist. Wir sind als Landwirte schließlich auch immer bestrebt, Verwaltungsvereinfachungen zu fordern. Dieses Modell, wo kein Sachverständiger kommen muss, ist eine gute Entwicklung und das ist der richtige Weg.

Natürlich gibt es immer Unschärfen und es wird auch an der Beseitigung dieser Unschärfen gearbeitet. Ich kriege jetzt eine Entschädigung von etwa 260 Euro pro Hektar. Insgesamt sind das etwa 3.000 Euro. Mir fehlen derzeit beim Grünfutter 150 Rundballen, ich könnte mir, wenn ich die Kosten für das Wickeln abziehe, dafür etwa 150 Rundballen kaufen. Das ist genau die Menge, die mir fehlt. Ich spreche hier wirklich nur über unseren eigenen Betrieb. Es gibt auch einige, die über ihre Verhältnisse wirtschaften. Das Modell ist grundsätzlich richtig und es ist entsprechend zu verfeinern. Der eingeschlagene Weg ist aber wichtig und richtig. Meine diesbezügliche, einfache Rechnung kann man auch gerne einsehen.

KR Stammler hat gemeint, dass beim Agrarministerrat nicht wirklich etwas herausgekommen sei. Mir gefällt, dass der EU-Rechnungshof voll auf der Linie unserer Landwirtschaftsministerin ist. Der Rechnungshof kreidet an, dass die Agrarindustrie gefördert wird. Der Fokus gehört auf die kleinbäuerlichen Familienbetriebe gelegt, weil dort die Umweltleistungen auch größer sind. Auch das ist eine ganz wichtige Aussage.

Präsident ÖR Ing. Franz Reisecker:

Wir haben als Landwirtschaftskammer keine Einladung zu diesen Befundaufnahmen im Zuge der Enteignungen bekommen. Einige Grundeigentümer haben Kontakt mit der Landwirtschaftskammer aufgenommen, die wurden beraten und haben Checklisten bekommen. Die Beratung und die Unterstützung durch die Landwirtschaftskammer war für die Betroffenen durchaus zufriedenstellend. Es war dann nicht die Notwendigkeit, bei der Begehung anwesend zu sein. Die Landwirte, die die Beratung durch die Landwirtschaftskammer in Anspruch genommen haben, waren mit der Beratung durchaus zufrieden. Diese Beratungsleistungen stehen auch allen Landwirten zur Verfügung.

KR LAbg. ÖR Annemarie Brunner:

Herr KR Wimmesberger, du unterrichtest ja in einer Schule. Sprache ist etwas ganz Wunderbares, wenn man es richtig lebt. In deinen Ausführungen greifst du aber heute sehr verdiente Kammerobleute persönlich stark an, das kann es nicht sein. So etwas kann kein Vorbild für die Kinder sein, die du unterrichtest. Wir sind hier in der Vollversammlung und wir sollten uns hier um eine gute Sprache bemühen und keine Diffamierungen von uns geben.

Zum Schulanfang gab es eine gute Pressearbeit von Land Oberösterreich mit der Landwirtschaftskammer zum Thema Ernährung und Bildung. Es geht um die Forderung nach Einführung des Schulfaches Ernährungs- und Lebensmittelkompetenz. Das findet sich auch im Regierungsprogramm wieder. Wir Bäuerinnen waren bei dieser Pressekonferenz im Namen der Landwirtschaftskammer gemeinsam mit LR Hiegelsberger und LR Christine Haberfellner, die für Gesundheit und Bildung verantwortlich zeichnet. Es gab dazu im Vorfeld auch einen Runden Tisch mit den Oberösterreichischen Nachrichten. Auch die Nachbetrachtung dieser Pressekonferenz in den Zeitungen zeigte eine sehr gute Resonanz. Das zeigt, dass es hier um ein sehr wichtiges Thema geht. Wir Bäuerinnen sind seit mehr als 20 Jahren mit Angeboten wie Schule am Bauernhof, Landwirtschaft macht Schule, diversen Informationsveranstaltungen etc. sehr um diesen Themenbereich bemüht. Wir besuchen laufend die Schulen. Gemeinsam mit Pädagoginnen und Pädagogen wurde entscheidende

Vorarbeit geleistet, um Lebensmittelwissen zu vermitteln. Tatsache ist, dass sich die Familie sehr stark verändert und immer weniger praktische Kompetenzen und Fertigkeiten in Bezug auf Haushaltsführung wie Ernährungsbildung an die nächste Generation weitergegeben wird. In den Medien gibt es viele Kochshows. Gleichzeitig sinkt aber das Wissen um Herkunft und Zubereitung. Es werden Fertigprodukte gekauft und die Öfen bleiben kalt. Das Schulfach Ernährung und Haushalt gibt es derzeit nur an den neuen Mittelschulen, somit den früheren Hauptschulen, mit einem Stundenausmaß von zwei Wochenstunden, das allerdings nur freiwillig. Die meisten Schulen bieten das auch nicht als Frei Fach an. Es ist bedenklich, dass ein Schüler mit 18 Jahren nach zwölf Jahren Schulbesuch bei der Matura noch nie etwas zum Thema Ernährung gehört hat. Die nordischen Staaten können uns diesbezüglich ein Vorbild sein, hier wird Ernährungslehre als viertwichtiges Unterrichtsfach in der Schule behandelt. Deshalb fordern die oberösterreichischen Bäuerinnen die Lehrinhalte zum Thema Lebensmittel zu intensivieren. Es gibt viele Angebote vom Land und von der Landwirtschaftskammer, diese sind aber nicht koordiniert. Es ist ganz wichtig, diese Dinge zu bündeln und ein gutes Netzwerk aufzubauen. Wir sollten es schaffen, dass es ein Schulfach Ernährungs- und Lebensmittelkompetenz geben wird.

Die Landesrätin hat auch davon gesprochen, dass Ernährungskompetenz auch fit macht. Durch die Einführung dieses Fachs ergibt sich ein wichtiger gesellschaftlicher Nutzen, denn die Schulung in diese Kompetenz ist eine Investition in die Zukunft und beeinflusst auch die Gesundheit der Menschen positiv. Ernährungsbedingte Krankheiten bei Kindern wie das Übergewicht nehmen stetig zu. Das kann es nicht sein und daher braucht es hier auch entsprechende Bildungsangebote in der Schule und einen emotionalen Schub, um Bewusstsein in der Bevölkerung für diese Themen zu schaffen. Wir sind auf einem guten Weg, aber es gibt noch viel zu tun, damit diese Forderung nach Einführung dieses Schulfachs umgesetzt werden kann.

KR Alois Affenzeller:

KR Schwarzlmüller hat die Problemtiere Otter, Wolf und Krähe bereits angesprochen. Wir haben große Probleme damit. Kürzlich gab es eine Vermessung betreffend die Biberbauten, die man ja nicht entnehmen darf. Es hat dort geheißen, dass die Grundgrenze der Katastralgemeinde der Bach sei. Es hat dort jemand gemeint, dass der Bach vor 50 Jahren ganz anders geflossen sei und er möchte den Bach wieder dort haben, wo er ursprünglich war. Wir waren dann bei einer anderen Vermessung, wo es nicht um eine KG-Grenze gegangen ist. Als Grenze wurde dort die Mitte des Baches genommen. Ich darf mir von diesem Bach mit Sicherheit kein Wasser nehmen, ich darf dort sicher auch nicht fischen, ich muss aber die Steuern zahlen. Der Vermessungstechniker hat gemeint, dass das halt so sei. Wir müssen auf diesen Aspekt achten, bei uns gibt es im Zusammenhang mit der S 10 derzeit durchaus viele Vermessungen und daher ist das sehr aktuell. Ich selbst werde auch keine Unterschriften bei Vermessungsprotokollen leisten, wenn ich nicht die entsprechenden Unterlagen habe, wie es zu diesen Vermessungen kam.

KR ÖR Johann Großpötzl:

Es stimmt, dass das Einkommen der Bauern gestiegen ist, insgesamt haben die Bauern im Vorjahr um 400 Millionen Euro mehr eingenommen als Gewinn. Man darf allerdings die Ausgangsbasis nicht außer Acht lassen. Wir sind beim Einkommen noch immer nicht beim Einkommen des Jahres 2011. Herr DI Plank hat mir persönlich das Heft „Zahlen und Daten 2018“ gegeben. Es heißt dort, wir haben 160.000 Betriebe, die gesamt ein Einkommen von 2,6 Milliarden Euro haben. Davor waren es 2,2 Milliarden Euro. Das ergibt ein Durchschnittseinkommen pro Betrieb von 16.250 Euro. Der Grüne Bericht zeigt allerdings ganz andere Ergebnisse. Der Grüne Bericht ist offenbar kein realistischer Querschnitt, denn sonst müssten die Zahlen zusammenpassen. Dabei wird auch gar nicht davon gesprochen, wo wir bei den Einkommen einmal waren. Ich möchte auch nicht wissen, wie die Einkommensergebnisse heuer wirklich ausschauen werden.

Wir hatten gestern eine interessante Fachtagung. Wir haben dabei wieder erfahren, was der Zeitgeist alles vernichtet. Der Zeitgeist war vorher eine Phobie und inzwischen ist es wirklich eine Hexenjagd geworden. Das betrifft nicht nur den landwirtschaftlichen Bereich, sondern auch in anderen Bereiche, etwa, wenn ich mir in Deutschland die Diskussion und die Behandlung des Chefs des deutschen Verfassungsdienstes anschau. Auch in der Agrarpolitik gibt es die Hexenjagd, wenn es um Gentechnik geht, die gar keine ist, um Glyphosat, Neonicotinoide, Stalleinbrüche, Ferkelkastration, Kälberenthornung, etc. Bei den Ursachen des Klimawandels werden die Kühe als gefährlicher hingestellt als die Flugzeuge. Hier müsste die Politik in ihrer Gesamtheit aufstehen, sonst sind sie entweder hilflos oder willfährig. Wir schlagen nach wie vor keinen Pflock ein, dass so etwas nicht wieder passiert.

Der österreichische und deutsche Handel hat scheinbar jetzt entschieden, die Firma Spar und der Herr Drexel haben in dieser Halle nichts verloren, wie es bei der Welser Messe war. Ich habe gestern wieder eine größere Spar-Filiale besichtigt für eine Stunde und mir dabei auch den Milchbereich genau angeschaut. Es stimmen die Daten beim Außenhandel von Käse, ich habe mir alle Theken angesehen. Es stimmt, dass zwei Drittel ausländischer Käse in den Regalen vorhanden ist. Wir importieren 113.000 Tonnen Käse pro Jahr, wobei der Verzehr zwischen 153.000 und 185.000 Tonnen liegt. Nur 70.000 Tonnen inländischer Käse wird verzehrt. Es gibt hier kaum einen Käse aus dem Ausland, der gentechnikfrei ist oder nicht mit Glyphosat behandelt worden wäre. Schaut euch einmal genau an, was es hier alles an ausländischen Waren gibt. Wir verlieren den Inlandsmarkt und müssen 140.000 Tonnen zu einem Preis von 4,02 Euro pro Kilogramm exportieren. Für 140.000 Tonnen brauchen wir etwa 1,4 Milliarden Kilogramm Milch, das ist fast die Hälfte der inländischen Produktion. Was kommt denn bei diesen Preisen bei den Bauern noch als Milchpreis an? Es muss ja auch noch die Milch gesammelt werden. Der Handel ist ein großes Problem, vermutlich ist das auch in anderen Ländern so. Es gibt hier keinen Ausgleich. Das folgende Beispiel habe ich schon einmal angesprochen. In Portugal gibt es ein Produkt einer österreichischen Molkerei, Fruchtjoghurt mit 125 Gramm um 29 Cent. Direkt daneben steht ein Danone-Fruchtjoghurt ebenfalls mit 125 Gramm und dafür gibt es einen Preis von 69 Cent. Wo sieht man hier einen Mehrwert für österreichische Produkte? Ich weiß nicht, woran es hapert, irgendetwas stimmt dabei sicher nicht.

Das Landwirtschaftsministerium heißt ja jetzt Ministerium für Nachhaltigkeit und Tourismus. Für mich ist ja der Landwirtschaftsminister GS Plank. Die Landwirtschaft kommt hier nicht einmal mehr vor, alles andere ist scheinbar wichtiger. In Deutschland, wo der Anteil der Landwirtschaft am Bruttoinlandsprodukt geringer ist als bei uns, gibt es noch ein eigenes Landwirtschaftsministerium, bei uns schämt man sich aber offenbar schon dafür, dass man Landwirtschaftsministerin ist. Für mich ist nicht nachvollziehbar, dass man hier beim Namen die Landwirtschaft überhaupt nicht mehr erwähnt. Scheinbar ist auch das dem Zeitgeist geopfert worden.

Präsident ÖR Ing. Franz Reisecker:

Es ist interessant, wenn man selbst die Milch exportiert und in der eigenen Organisation Milchprodukte importiert und hier über den Import spricht.

KR ÖR Johann Großpötzl:

Wenn ich die 1,4 Milliarden Liter Milch in Deutschland verarbeiten lasse, kommt mehr heraus als die geringen Mengen, die wir hier mit unserem Milchwagerl importieren. Über unsere Liefergemeinschaft liefern wir 200 Millionen Liter nach Deutschland. Wir nehmen Milchprodukte mit einem Äquivalent von vielleicht etwa 5 Millionen Kilogramm zurück von unserer eigenen Milch.

Präsident ÖR Ing. Franz Reisecker:

Es geht mir nicht darum, was ihr nach außen hin liefert und hereinliefert. Es funktioniert nicht, wenn man sich hier hinstellt und sagt, wir bräuchten keinen Warenverkehr. Den Anschein zu erwecken, einfach wieder Grenzen einzuführen - das funktioniert aus meiner Sicht ganz sicher nicht. Die Milchwirtschaft weiß um die Wichtigkeit des Exports und dass es einen gewissen Import gibt, das wissen wir einfach und das liegt wohl auch an unserer heutigen Wohlstandsgesellschaft.

KR ÖR Johann Großpötzl:

Ich habe mich in der Vollversammlung immer als Vertreter aller Bauern verstanden, nicht bloß derer, die nach Deutschland liefern.

Vizepräsident ÖR Karl Grabmayr:

Spar war in der Genusshalle des Landes Oberösterreich. Es war streng genommen nicht die Firma Spar, sondern das Genussland-Regal und die Bauernecken, die sich in Oberösterreich in vielen Bereichen schon ganz gut bewährt haben. Dort liefern Direktvermarkter direkt an Spar und es waren diese dort unterstützt von Spar vertreten. Wir können natürlich über den Handel sehr viel schimpfen und dem Handel alle Grässlichkeiten unterstellen. Was in den Regalen ist, bestimmt letztlich der Konsument. Wir haben in Österreich leider die Situation, dass wir drei große Handelsketten haben. Man muss dazu nur mit den Verarbeitern sprechen. Wenn wir uns mit den Handelsketten bekriegen, dann wird die Inlandsversorgung über den Lebensmitteleinzelhandel auch nicht besser. Wenn man als Produzent nicht bei allen drei Handelsunternehmen gelistet ist, sondern bei zwei herausfällt, kann man wohl nicht mehr

wirtschaftlich weiterbestehen. Man darf ruhig Dinge in Frage stellen, aber immer auf Konfrontation zu gehen ist auch nicht angebracht.

KR Gerhard Fragner:

Es gibt den für mich wichtigen Satz „Das einzig Beständige im Leben ist die Veränderung“. Auch bei mir am Körper sieht man diese Veränderung. Es gab heute schon sehr viele Wortmeldungen von Kammerrätinnen und Kammerräten. Ich möchte zusammenfassen, dass ich das gut finde. Die Vollversammlung dient ja dem gemeinsamen Austausch und es gab auch viele wertvolle Anregungen.

In meiner Nachbarschaft gab es eine Hochzeit mit vielen Gästen aus der gesamten Dorfgemeinschaft. Ich bin Landwirt mit Leib und Seele und mein Anliegen war es auch dort, Landwirtschaft entsprechend zu präsentieren. Ich habe daher zwei Männer eingeladen, mir die zwei größten Schädlinge zu nennen, die uns in nächster Zeit begleiten, nämlich den Buchdrucker und den Engerling. Diese Männer haben die Aufgabe gut gelöst. Ich habe dann die Situation mit diesen Schädlingen erklärt und dass uns das massiv betrifft. Einigen Anwesenden war das auch noch ein Begriff aus der Zeit zwischen 1870 und 1900. Aus diesen Jahren gibt es Aufzeichnungen, wo die Maikäfer- und Heuschreckenplage massiv thematisiert wird. Es gab dort auch amtlich verordnete Sammlungen und es wurden die Maikäfer auch gegessen. Maikäfersuppe war eine Delikatesse, es gab Maikäfer auch in gebratener Form oder sogar in süßer Form. Es war damals im Unterschied zu heute lebenswichtig für die Gesellschaft, Lebensmittel zu haben. Heute ist die Frage, was wir denn heute ansprechen müssen, damit uns der Konsument versteht. Wenn die Leute in ein Geschäft gehen, dann sehen sie ja nicht, dass es hier irgendwelche Schwierigkeiten geben könne, was die Lebensmittelversorgung betrifft. Nur wenn Produkte etwas teurer werden, dann denken die Menschen noch darüber nach. Wie bringen wir den Konsumentinnen und Konsumenten unsere Sorgen, die oft ja Existenzsorgen sind, auch tatsächlich nahe? Das ist ein ganz wesentlicher Punkt für uns.

Die Politik hat auf die Situation sehr rasch reagiert: Es gibt das Hilfspaket, das von der Summe her durchaus beachtlich ist. Natürlich wird dieses Hilfspaket nicht alle Schäden zu 100 Prozent abdecken können. Wir stehen auch im Vergleich mit anderen Ländern diesbezüglich recht gut da. Frau KR Burgstaller hat auch auf die gute Altersstruktur hingewiesen. Wir brauchen auch bei uns nicht immer alles schlecht reden. Es gibt immer wieder auch lobende Worte, auch im Rahmen der EU-Ratspräsidentschaft und die sollten wir auch transportieren. Wir können hier auch Vorbilder sein in der Landwirtschaft.

Bei der Schadholsituation im Wald brauchen wir natürlich die Gespräche mit der Sägeindustrie, auch hinsichtlich des Imports von Holz. Das gehört auch den Konsumenten kommuniziert. Wir Bauern verlieren hier momentan sehr viel Geld. Es geht aber auch um hausgemachte Dinge, ich möchte hier eher in die Zukunft schauen. Alle hier im Raum haben bei diesen Themen auch eine Multiplikator-Funktion. Bei der Engerlingsbekämpfung haben wir auch Betriebe, die hier entsprechendes Know-how haben, es soll die Bekämpfung sehr professionell gemacht werden. In Einzelfällen sehe ich, dass hier auch Geld verprasst wird,

weil das nicht professionell genug gemacht wird. Wir sollen die Bauern hier auch entsprechend informieren und unterstützen, um einen entsprechenden Erfolg zu haben. Unser Gebiet ist nicht sehr vom Borkenkäfer betroffen. Unsere Wälder sind durchwegs sehr gut gepflegt und in Schuss gehalten, das ist auch ein Vorteil der kleinen Struktur, die wir haben. Die Landwirte sind mit großem Einsatz in der Waldbewirtschaftung engagiert. Es ist auch ein Vorteil, dass wir in diesem Bereich mehrere Organisationen und dadurch auch einen gewissen Wettbewerb haben.

Wir haben allerdings die Situation, dass durch das Überangebot das Schadholz jetzt zu massiven Preiseinbußen führt. Unterstützungsmaßnahmen für die Bauern gibt es in vielfältiger Form: Ganz wichtig ist der direkte Kontakt mit den Konsumenten und zu erklären, wie unsere Situation ist. Andernfalls wird es kaum möglich sein, entsprechende politische Maßnahmen zu erreichen. Es gibt heute ja auch die Unterlage Mehrwert Landwirtschaft und diese Broschüre kann auch eine ganz gute Grundlage für Gespräche mit den Konsumenten sein. Wir brauchen den direkten Draht zum Konsumenten, damit diese auch bereit sind, die höheren Preise für österreichische Produkte zu kaufen. Das Beständige im Leben ist die Veränderung. Ich habe 30 Kilogramm abgenommen, auch aufgrund eines entsprechenden Kurses. Wir brauchen selbstbewusste junge Bauern, die über ihr Leben am Betrieb frei entscheiden können. Es sollten die Jungen selbst entscheiden, wie sie ihr Leben und ihren Betrieb gestalten. Sie sollen sich gut ausbilden und dann ihre Entscheidungen treffen. Alles, was man selbst entscheidet, macht man gut.

Resolutionsanträge:

1. Antrag des Präsidiums:

„Chancen neuer Züchtungstechnologien nicht ungenutzt lassen“

Der Antrag lautet wie folgt:

„Chancen neuer Züchtungstechnologien nicht ungenutzt lassen

Der Europäische Gerichtshof hat Ende Juli entschieden, dass durch neue Methoden der Mutagenese gewonnene Organismen grundsätzlich den Bestimmungen der EU-Richtlinie zu gentechnisch veränderten Organismen unterliegen. Diese Entscheidung bringt insbesondere die im internationalen Vergleich klein- und mittelstrukturierten heimischen Saatgutunternehmen wirtschaftlich unter Druck und erhöht gleichzeitig die Abhängigkeit der bäuerlichen Landwirtschaft von den großen internationalen Saatgutmultis. Die neuen Verfahren brächten gegenüber der herkömmlichen Gentechnik eine erhebliche Kostenreduzierung und würden so die Wettbewerbsfähigkeit kleiner und regionaler Saatgutzüchter massiv stärken.

Pflanzenzüchtung ist Schlüsseltechnologie zur Bewältigung des Klimawandels

Die ausgeprägten Dürrephasen in Europa zeigen, dass die Landwirtschaft vor massiven produktionstechnischen Herausforderungen steht. Ohne neue Züchtungstechnologie droht die EU-Landwirtschaft bei der Bewältigung der Anforderungen des Klimawandels, des Auftretens neuer Schädlinge bzw. der Klimaresistenz von Nutzpflanzen international deutlich zurückzufallen. Das heurige Dürrejahr ist daher als „Weckruf“ zu sehen, um die regionale Pflanzenzüchtung bei der raschen Entwicklung standortangepasster Sorten von bestehenden innovationshemmenden und überbordenden Regulierungen zu befreien. Da die Züchtung nach wie vor einen langwierigen Prozess darstellt würden die negativen Folgen erst in 10 bis 15 Jahren in der Praxis wirksam.

Drohende Wettbewerbsverzerrung durch fehlende praktische Nachweisbarkeit

Im Gegensatz zur klassischen Gentechnologie gibt es bei der Anwendung neuer Züchtungstechnologien keinen praktikablen Nachweis beim Ernte- bzw. Endprodukt, da hier keine Fremdgene in das Erbmateriale eingebracht werden. Die auf Basis neuer Züchtungstechnologien produzierten Agrarprodukte und Lebensmittel können daher aufgrund der fehlenden Nachweisbarkeit völlig ungehindert in den EU-Binnenmarkt importiert werden. Damit würde die EU-Landwirtschaft einem unvermeidbaren und massiven wirtschaftlichen Wettbewerbsnachteil ausgesetzt, ohne die neuen Züchtungstechnologien tatsächlich von den Konsumentinnen und Konsumenten fernhalten zu können.

Anpassungen im Gentechnikrecht unverzichtbar

Das bestehende EU-Gentechnikrecht aber auch das nationale Gentechnikgesetz müssen vor diesem Hintergrund dringend auf ihre Zukunftsfähigkeit und inhaltliche Vertretbarkeit überprüft werden. Die Vollversammlung der Landwirtschaftskammer OÖ fordert daher das Bundesministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz auf, in diesem Sinne entsprechende Initiativen für rechtliche Anpassungen auf nationaler und EU-Ebene zu setzen.

gez. Reisecker, Grabmayr“

KR Norbert Ecker:

Frau DDI Sylvia Schindecker und Herr DI Birschtzky von der Saatunion haben uns gestern in der Vollversammlung über das Thema sehr gut informiert und es wurde ausgiebig diskutiert. Ich möchte auf den letzten Absatz des Antrages hinweisen. Es ist die Situation nach dem EuGH-Urteil so wie sie ist, es gibt hier zwei Zugänge für mich: Die Deklaration und Kennzeichnung der Lebensmittel und verarbeiteten Produkte ist wichtig, das kann auch eine Chance für uns sein und diese Chancen sollte man auch nutzen. Das Zweite ist auf die Gesetzgebung einzuwirken, dass es hier zu entsprechenden Änderungen kommt. Alles andere dazwischen ist für mich nicht realistisch. Wir sollten mit einer starken Stimme in diese Richtung gehen und ich ersuche, diesen Resolutionsantrag gemeinsam zu beschließen.

Vizepräsident ÖR Karl Grabmayr übernimmt den Vorsitz von **Präsident ÖR Ing. Franz Reisecker**.

KR Clemens Stammer:

KR Ecker, du verschweigst einen wesentlichen Teil dieses Antrags. Gegen den letzten Absatz spricht ja meines Erachtens nichts, zwei Absätze früher heißt es aber im Resolutionsantrag – und das halte ich für entscheidend - dass der Antrag sehr wohl eine gewisse Richtung vorgibt. Ich war gestern nicht bei der Arbeitstagung, sondern leider vor und nicht im Schloss Hof anlässlich des Agrarministertreffens. Es gibt im Zusammenhang mit den neuen Züchtungstechnologien noch viele offene Fragen, die geklärt werden müssen. Dem letzten Absatz kann ich zustimmen, den Absätzen davor eher nicht. Es tut mir leid, dass ich gestern nicht da war und ich habe daher wohl auch einen Informationsrückstand. Ich kann diesem Antrag jetzt aber nicht zustimmen.

Abstimmung über diesen Antrag:

**Ja-Stimmen von BB, UBV, FB und SPÖ
Gegenstimmen von Grüne**

Der Antrag ist mehrheitlich angenommen.

Vizepräsident ÖR Karl Grabmayr übergibt den Vorsitz wieder an **Präsident ÖR Ing. Franz Reisecker**.

2. Antrag des OÖ Bauernbundes:

„Gleiche Wettbewerbsbedingungen für Saisonarbeitskräfte“

Der Antrag lautet wie folgt:

„Gleiche Wettbewerbsbedingungen für Saisonarbeitskräfte

Die Land- und Forstwirtschaft braucht vor allem für große Arbeitsspitzen Fremdarbeitskräfte. Der Staat regelt mittels Kontingenten den Arbeitsmarktzugang für Ausländer. Aus mehreren Gründen (Hochkonjunktur in den Herkunftsländern, steigender Bioanteil mit noch höherem Anteil an Fremdarbeitskräften, etc.) besteht aktuell auf dem landwirtschaftlichen Arbeitsmarkt ein Engpass bei Saisonarbeitskräften. Darüber hinaus gibt es massive Wettbewerbsnachteile gegenüber Deutschland bei der kurzfristigen Beschäftigung. Besonders die 70-Tage-Regelung in Deutschland führt zu einem Ungleichgewicht bei den Lohnnebenkosten zu Gunsten Deutschlands.

In dieser angespannten Situation hat Ende August die Gemüsebauern eine weitere Hiobsbotschaft erreicht: Der Koalitionsausschuss von CDU/CSU und SPD hat am 28. August in Berlin beschlossen, die sogenannte 70-Tage-Regelung für Saisonarbeit unbefristet zu

verlängern. Das heißt, dass deutsche Betriebe ihre Erntehelfer pro Jahr 70 Arbeitstage lang ohne Lohnnebenkosten beschäftigen dürfen. Daraus entsteht nach Berechnungen des Verbandes etwa im Gurkerlanbau ein Kostenvorteil von 5.600 Euro pro Hektar. Der Bauer in Eferding oder Machland ist mit seinem Produkt nicht mehr wettbewerbsfähig. Dieser muss für seinen Saisonarbeiter 11,70 Euro je Stunde aufwenden, womit dem Erntehelfer 6,50 Euro netto bleiben. Der deutsche Konkurrent zahlt denselben Bruttolohn von rund 8,80 Euro, was dem Beschäftigten aber wegen Abgabefreiheit netto bleibt. Erschwerend kommt für die Bauern hinzu, dass ab 2020 der Mindestlohn von 1200 auf 1500 Euro ansteigt.

Folgende Maßnahmen sind daher dringend erforderlich, um die heimische, hochqualitative Produktion von Obst und Gemüse in Oberösterreich halten zu können:

- *Erhöhung des Kontingentes für Saisonarbeiter und Erntehelfer aus Drittstaaten.*
- *Gesetzliche Änderung zum Ausländerbeschäftigungsgesetz, wonach eine Kontingentüberschreitung in der Saisonspitze zulässig ist, wenn die Obergrenze im jährlichen Durchschnitt eingehalten wird.*
- *Ausnahme zur Pensionsversicherungspflicht für Erntehelfer bis zu einer Beschäftigungsdauer von drei Monaten.*

Die Vollversammlung der Landwirtschaftskammer Oberösterreich fordert daher die Bundesministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz, Mag. Beate Hartinger-Klein, dringend auf, entsprechende rechtliche Schritte zur Umsetzung der geforderten Maßnahmen in die Wege zu leiten um die Eigenversorgung in Österreich nicht zu gefährden.

gez. Reisecker, Grabmayr“

Präsident ÖR Ing. Franz Reisecker übernimmt den Vorsitz von **Vizepräsident ÖR Karl Grabmayr**.

KR Alfred Holzer:

Es besteht ein wesentlicher Unterschied im System der Entlohnung von Saisonarbeitskräften zwischen Deutschland und Österreich zu unserem Nachteil und mit gravierenden Auswirkungen auf unsere Wettbewerbsfähigkeit. Die Saisonarbeitskräfte sind von wesentlicher Bedeutung für den österreichischen Obst- und Gemüsebau, zumal nicht einmal im leisesten daran zu denken ist, dass für diese Arbeit österreichische Mitarbeiter zu finden sind. Es haben die ständigen Unsicherheiten bei den Bewilligungsverfahren, den Zugangsbeschränkungen und den erwähnten Unterschieden zu Deutschland eine entmutigende Wirkung auf die bäuerlichen Betriebe. Die meisten Kollegen denken an Rückzug, nicht an vorwärts oder Ausbau und das in einer Branche, die noch gute Chancen hätte, den Selbstversorgungsgrad wesentlich auszubauen. Es muss der politischen Vertretung im Sozialministerium vielleicht auch einmal klarwerden, dass die Leute aus dem Ausland, die zu uns kommen, um sich mit ihrer Hände Arbeit den Unterhalt für sich und ihre Familien zu verdienen, nach getaner Arbeit

wieder nach Hause fahren. Die groß propagierte Erhöhung der Kontingentplätze kommt für den Obst- und Gemüsebau leider zu spät, aber hoffen wir, dass mit selbiger Toleranz die Kontingentplätze für die nächste Saison nicht wieder gekürzt, sondern erhöht werden und das zeitgerecht. Denn aus den Reihen der EU-Bürger wird es zunehmend schwieriger, Unterstützung für unsere Arbeit zu finden. In diesem Sinne ersuche ich, dem Antrag zuzustimmen, um den Anteil an indischen Essiggurkerln, chinesischem Knoblauch oder argentinischen Äpfeln aus den heimischen Regalen wieder etwas zurückzudrängen.

KR Anna Prandstetter:

Ich werde diesem Antrag grundsätzlich zustimmen, ich möchte aber nicht, dass – wie schon geschehen - man zwei Tage später in den Nachrichten lesen kann von Betrieben, wo Überstunden nicht bezahlt werden, Zeitregelungen nicht eingehalten werden, etc. Das ist für mich moderne Sklaverei, was hier den Menschen abverlangt wird. Die Leute kommen aus Drittstaaten und fahren nach einigen Monaten wieder heim. Sie sind bei uns gut aufzunehmen und sollen vernünftige Arbeitsbedingungen vorfinden. Es heißt hier im Antrag, dass sie in Deutschland keine Sozialversicherung zahlen müssen. Ich frage mich, wie die Leute denn hier krankenversichert sind. Bei uns geht es ja nur um die Pensionsversicherungspflicht. Ich frage mich, wie das System in Deutschland funktioniert.

Präsident ÖR Ing. Franz Reisecker:

Wenn es schwarze Schafe gibt, dann werden sie von uns nicht gedeckt und eine derartige Praxis wird von uns auch nicht unterstützt. Saisonarbeitskräfte sind üblicherweise von ihrem Heimatstaat aus krankenversichert, weil sie nicht länger als 70 Arbeitstage in Deutschland sind. Es ist ähnlich, wie wenn wir auf Urlaub ins Ausland fahren, auch da sind wir weiterhin in Österreich krankenversichert.

KR Clemens Stammer:

Ich frage mich, inwiefern sich diese Resolution von der letzten unterscheidet.

Präsident ÖR Ing. Franz Reisecker:

Der Unterschied ist, dass in Deutschland die bisherige Regelung befristet war und sie wurde jetzt auf unbefristet umgestellt. Das Thema hat durch diese Änderung in Deutschland eine ganz andere Brisanz bekommen. Aufgrund dieser Verlängerung leidet die Wettbewerbsfähigkeit ganz massiv.

Vizepräsident ÖR Karl Grabmayr:

Es mag da und dort schwarze Schafe bei der Ausländerbeschäftigung geben, Ausnahmen bestätigen die Regel. Ich lade dich, Frau KR Prandstetter, aber herzlich ein, dir einmal einen Betrieb anzuschauen, wie die Ausländerbeschäftigung grundsätzlich abläuft. Es gibt hier entsprechende Wohnungen und die Leute kochen sich auch selbst. Modernes Sklaventum ist hier in Österreich im Gegensatz zu anderen Ländern kein Thema. Die unbefristete Verlängerung der 70 Tage Regelung bringt hier eine entsprechende Brisanz hinein. Wenn wir es in Österreich nicht schaffen, ausreichend Kontingentplätze zu haben und Verbesserungen zu bekommen, dann wird sich diese Situation massiv verschärfen. Es stimmt nicht ganz, dass

die Situation immer an die Erfordernisse des Vorjahres angepasst wird. Es gibt jetzt auch die Vorgabe, dass jeder Zehnte aus den Ausländerkontingenten ein Asylwerber sein muss. Es sinken die Zahlen und es ist eine wirklich heikle Situation. Die Erhöhung des Kontingents ist relativ schnell gegangen, allerdings aufgrund des Borkenkäferbefalls und der forstlichen Problematik. Damit ist allerdings den Obst- und Gemüsebauern nicht geholfen. Es kann sogar dann heißen, dass das Kontingent nicht ausgeschöpft worden sei und es sollte da im nächsten Jahr zu Kürzungen kommen. Herr KR Graf, ich lade dich ein, bei diesem Antrag mitzustimmen und das Anliegen an die Sozialministerin Mag. Beate Hartinger-Klein entsprechend weiterzutragen. Es geht um die Existenz der Betriebe in Eferding, hier verlieren wir in einigen Bereichen bereits die Produktion und wir haben Betriebe, die nicht wissen, wie es nächstes Jahr weitergehen soll.

KR LAbg. ÖR Ing. Franz Graf:

Herr Vizepräsident, ich ging davon aus, dass die meisten hier im Saal und auch du wissen, dass die spät gekommene Regelung, die ein Kompromiss war, letztlich auf starken Druck von Oberösterreich zustande gekommen ist. Es ist kein Geheimnis, dass Verhandlungen in Wien leider nicht immer nur ein Wunschkonzert sind. Manche Dinge muss man mit Nachdruck und Vehemenz einfordern, damit man zumindest irgendetwas erreicht. Die 150 zusätzlichen Plätze für Oberösterreich sind wesentlich auf die Initiative von mir und von Landeshauptmann-Stellvertreter Haimbuchner zurückzuführen und das war durchaus zäh und mühsam, wie das manchmal in der Politik so ist. Auch im Zusammenhang mit der neuen Situation betreffend der 70 Tage Regelung stehe ich in engen Verhandlungen mit den zuständigen Personen, auch im engen Austausch mit der Landwirtschaftskammer Österreich. Man sieht bei der Landwirtschaftskammer Österreich, dass ich hier sehr bemüht bin. Natürlich kann ich auch keine Wunder wirken, aber ich kann mich hier entsprechend einsetzen. In der Politik gibt es aber keine Garantien. Selbstverständlich unterstützen wir diesen Antrag.

Vizepräsident ÖR Karl Grabmayr:

Herr KR Graf, ich danke für deine Bemühungen und ich ersuche dich, deine Bemühungen auch für das nächste Jahr fortzusetzen und vielleicht schaffen wir es noch, die Ministerin einmal in den Bezirk Eferding zu bringen.

KR Clemens Stammer:

Herr KR Graf, das wäre eine sensationelle Schlagzeile: „Haimbuchner und Graf holen 150 Ausländer ins Land!“ Ich bin begeistert. Wenn ihr bei den Lehrlingen auch noch so vernünftig wäret und den Bedarf seht und mit Hausverstand agiert, so wie es der Landeshauptmann gesagt hat, dann wird meine Freude nahezu grenzenlos sein. Vor drei Monaten haben wir genau diese drei Punkte in diesem Wortlaut in einer Resolution beschlossen. Ich verstehe nicht, warum man das jetzt wieder macht. Vizepräsident Grabmayr wirft uns ja immer wieder vor, es mache keinen Sinn, Anträge mehrfach einzubringen. Ich hätte hier auch gerne den kleinen Mehrgewinn für den Erntehelfer auch in Österreich. Es sollten auch die Erntehelfer in Österreich etwas davon haben. Es passt für mich nicht, dass wir uns innerhalb der EU-Staaten in ein Sozialdumping hineinstürzen. Es sind die sozialen Komponenten genauso mit zu verhandeln und nicht nur die wirtschaftlichen Komponenten. Ich werde zustimmen, allerdings

auch mit dem Bedenken und der Bitte zu berücksichtigen, dass der Nettostundenlohn auch auf 8,80 Euro angehoben werden soll.

Präsident ÖR Ing. Franz Reisecker:

Durch die Mindestlohnregelung wird das Ganze ab 2020 ohnedies automatisch eintreten.

Abstimmung über diesen Antrag:

Einstimmige Annahme

3. Antrag der Freiheitlichen Bauernschaft Oberösterreichs:

„Neubewertung des Einheitswertes in forstwirtschaftlichen Betrieben vornehmen“

Der Antrag lautet wie folgt:

Die Vollversammlung der Landwirtschaftskammer Oberösterreich fordert die zuständigen Mitglieder der Bundesregierung auf, eine Neubewertung des Einheitswertes in forstwirtschaftlichen Betrieben vorzunehmen.

Begründung:

Durch die großen Käferkalamitäten des heurigen Jahres und der vergangenen Jahre haben forstwirtschaftliche Betriebe enorme Verluste erlitten. Teilweise mussten wegen des Käferbefalls Bestände verwertet werden, die relativ jung waren und die Umtriebszeit noch nicht erreicht hatten und daher noch nicht hiebsreif waren. Durch diese Entwicklung gab es eine entsprechende Entwertung der Bestände in den stark betroffenen Gebieten. Die zuständigen Bundesminister könnten durch Käferkalamitäten betroffene Betriebe nun durch eine Neubewertung und ggf. einer Abwertung der Einheitswerte entsprechend entlasten.

gez. Graf, Affenzeller, Ganglmayr“

KR Alois Affenzeller:

Dank des Käferbefalls in den letzten Jahren sind die Fichtenbestände ganz massiv geschädigt und der Wert der Waldbestände ist damit massiv zurückgegangen. Wir wissen natürlich, dass wir einen Antrag auf Wertfortschreibung stellen können, das ist allerdings wieder eine Ungleichheit, weil sicher die Hälfte der Bauern gar nicht ansuchen wird. Wir haben junge und löchrige Bestände, die künftig vermehrt dem Sturm ausgesetzt sind. Auch der nächste Sommer kommt bestimmt, wo Käferkalamitäten wieder zunehmen werden und auch der Winter wird eine Herausforderung. Ich ersuche daher um Zustimmung zu diesem Antrag.

KR Franz Kepplinger:

Es ist wohl allen bekannt, dass die Situation für die Waldbesitzer nicht einfach ist. Bei der Einheitsbewertung gibt es den Kleinstwald bis zu 10 Hektar mit pauschalen Sätzen pro Bezirk. Es gibt den Kleinwald von 10 bis 100 Hektar, der nach den jeweils eigenen Angaben bewertet

wird und es gibt den Großwald über 100 Hektar. Die Gruppen Kleinwald und Großwald können Wertvorschreibungen beantragen, egal ob Kalamitäten oder Käfer. Seitens des Finanzministeriums ist zugesichert, dass diese Anträge und Änderungen entsprechend schnell eingearbeitet werden. Bei Kleinstwald gibt es Pauschalsätze von im Durchschnitt 220 Euro pro Bezirk in Oberösterreich. Es ist dort egal, was auf dem Waldboden steht, egal ob Jungkultur, oder sehr alte Bestände, da zählt der Pauschalsatz. Die 220 Euro entsprechen etwa einem Laubholzbestand von 40 bis 80 Jahren. Hektarsätze im Kleinwald gibt es von 100 Euro bis 600 oder 700 Euro. Beim Kleinstwald haben wir die Pauschale mit etwa 220 Euro. Der Wert von 220 Euro ist im Durchschnitt relativ passend. Es entspricht dies bei der Einheitswertregelung mit dem 18-fachen Reinertrag einem Reinertrag von 12 Euro pro Hektar. Das ist eine realistische Größe. Bei den Betrieben geht es in der Regel maximal um einen Einheitswert von 2.200 Euro, wenn man drüber ist, kann man ja die Wertfortschreibung machen. Die Pauschalierung bringt im Kleinstwald auch Vorteile, weil das ja durchwegs aussetzende Betriebe sind und Betriebe sonst in der Einkommensteuerpflicht wären bei größeren Nutzungen, weil dem ja häufig keine Kosten entgegenstehen.

Bei den Käferkalamitäten ist nicht jeder Bezirk flächendeckend gleich betroffen. Wenn man wirklich eine faire, gerechte Regelung haben möchte, müsste man die Regelungen vom Kleinwald auf den Kleinstwald übertragen und jeder müsste selbst angeben, welche Bestände er hat. Ob wir das in Zeiten der geforderten Verwaltungsvereinfachung wollen, ist wirklich die Frage. Einheitswertänderungen sind im Regierungsprogramm kein Thema. Wenn man das Thema jetzt anheizt weiß man nie, was dann daherkommt. Den Waldbesitzern können wir wahrscheinlich am besten helfen, wenn wir die Aufforstungs- und Pflegeprogramme optimieren und dort viel schneller und besser das Geld auf die Betriebe bringen. Dort kriegen jene Betriebe etwas, die Schäden haben. Hier sollen auch die Verfahren sehr einfach werden, damit die Kleinwaldbesitzer zum Geld kommen. Es geht hier um nicht einmal 2.000 Euro Einheitswert pro Betrieb. Wenn man den Einheitswert um 10, 20 oder 30 Prozent senken, bringen wir dadurch nicht sehr viel Geld zu den Bauern. So etwas schaut vielleicht ganz gut aus, ich halte es aber für effizienter, Gelder für Pflege und Aufforstung direkt zu den Betrieben zu bringen. Wir werden daher diesem Antrag nicht zustimmen.

Abstimmung über diesen Antrag:

Ja-Stimmen von FB, UBV und Grüne

Gegenstimmen von BB und SPÖ

Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

4. Antrag der Freiheitlichen Bauernschaft Oberösterreichs:

„Auszahlungstermine für die Ausgleichs- und ÖPUL-Zahlungen vorziehen“

Der Antrag lautet wie folgt:

Die Vollversammlung der Landwirtschaftskammer Oberösterreich fordert die zuständigen Mitglieder der Bundesregierung auf, die Auszahlungstermine für die Ausgleichs- und ÖPUL-Zahlungen vorzuziehen.

Begründung:

Die massiven Dürreschäden des Sommers 2018 haben viele landwirtschaftliche Betriebe finanziell stark belastet. Die Bundesregierung hat zwar schnelle und unbürokratische Hilfe für die betroffenen Betriebe versprochen, allerdings könnte das unter Umständen nicht ausreichen, um die kurzfristigen Liquiditätsengpässe mancher durch die Dürre betroffener landwirtschaftlicher Betriebe zu überbrücken. Dies soll durch eine frühere Auszahlung der Ausgleichszulage für Direkt- und ÖPUL-Zahlungen gewährleistet werden.

gez. Graf, Affenzeller, Ganglmayr“

KR Alois Ganglmayr:

Im Antrag wird gefordert, dass die ÖPUL- und Direktzahlungen früher als geplant ausgezahlt werden, weil die Dürreschäden des Sommers viele Betriebe massiv finanziell belastet haben.

(KR Ganglmayr verliest den Text des Antrages).

Ich ersuche um Zustimmung zu diesem Antrag.

KR Johanna Miesenberger:

EU-Landwirtschaftskommissar Hogan hat das Thema in Diskussion gebracht. Einige Mitgliedstaaten zahlen oftmals bis zu einem Jahr später aus. Österreich ist sicher einer der Vorreiter, die bereits im Antragsjahr ausbezahlen. Es gibt auch kurzfristige Liquiditätsengpässe auf den Betrieben und das Anliegen des Antrags ist verständlich. In unserer Fraktion vertreten wir die Meinung, dass es fixe Agrarausgleichszahlungstermine – wie heuer schon wieder angekündigt am 19. Dezember 2018, wo 75 Prozent der ÖPUL-Zahlungen ausbezahlt werden sollen – geben soll. Das bringt Stabilität, Sicherheit und Planbarkeit. Im Dürrepaket sind Agrarsonderkredite für Betriebsmittel gedeckelt, wo es Zinsenzuschüsse oder Stundungsmöglichkeiten geben soll. Diese Möglichkeiten sollten allfällige Liquiditätsengpässe weitgehend überbrücken. Der Landwirt kann mit der Auszahlung im ÖPUL am 19. Dezember rechnen. Eine frühere Auszahlung hätte auch den Hintergrund, dass es bei jenen Betrieben, die noch in der Kontrolle stehen und wo die Kontrolle noch nicht abgeschlossen ist, zu keiner Auszahlung kommt. Ich empfehle daher meiner Fraktion, diesem Antrag nicht zuzustimmen.

Abstimmung über diesen Antrag:

Ja-Stimmen von FB, UBV, SPÖ und Grüne

Gegenstimmen von BB

Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

5. Antrag des Unabhängigen Bauernverbandes:

„Durch Engerlinge geschädigte Flächen kostendeckend entschädigen“

Der Antrag lautet wie folgt:

„Die Vollversammlung der Landwirtschaftskammer fordert die OÖ Landesregierung auf, dass die durch Engerlinge geschädigten Flächen kostendeckend entschädigt werden.

gez. Keplinger, Winklehner, Wimmesberger, Hemetsberger, Großpötl“

ÖR KR Karl Keplinger:

(KR Keplinger verliest den Text des Antrages).

Die Engerlingschäden sind auch nicht versicherbar. Im Mühlviertel sind aber sehr große Schäden aufgetreten. Bauern schreiben mir, dass hier nichts passiert und dass sie nicht unterstützt werden. Es sollte für solche Schäden eine Entschädigung gezahlt, weil ja die Schäden auch nicht durch die Betriebe selbst verursacht wurden.

Präsident ÖR Ing. Franz Reisecker:

Wir gehen von geschädigten Flächen von etwa 20.000 Hektar in Oberösterreich alleine aus. Wenn man das kostendeckend entschädigt, handelt es sich um Millionenbeträge. Wir haben beim Land OÖ auch vorgeschlagen, es gibt überhaupt keine Chance, das entsprechend zu finanzieren. Es gibt hier auch eine entsprechende Eigenverantwortung der Betriebe. Wenn hier Gelder verwendet werden, müsste das ausschließlich aus dem Agrarbudget genommen werden, das dann für andere Maßnahmen nicht zur Verfügung steht. Es gibt keine Chance, hier zusätzliche Mittel zu erhalten und ich kann daher nur empfehlen, diesem Antrag nicht zuzustimmen.

Abstimmung über diesen Antrag:

Ja-Stimmen von UBV und Grüne

Gegenstimmen von BB, FB und SPÖ

Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

6. Antrag des Unabhängigen Bauernverbandes:

„EU-Direktzahlungen vollständig noch vor Weihnachten auszahlen“

Der Antrag lautet wie folgt:

„Die Vollversammlung der Landwirtschaftskammer fordert die Ministerin für Nachhaltigkeit und Tourismus auf, den Auftrag an die AMA zu erlassen, dass die EU-Direktzahlungen vollständig an die Antragsteller noch vor Weihnachten ausbezahlt werden. Im benachbarten Bayern ist diese Vorgangsweise Standard.

gez. Keplinger, Winklehner, Wimmesberger, Hemetsberger, Großpöttl“

KR Elfriede Hemetsberger:

(KR Hemetsberger verliest den Text des Antrages).

Es sollten nicht nur 75 Prozent ausbezahlt werden, sondern auch alle berücksichtigt werden, die sich noch in einer Prüfung befinden. In Bayern ist das Standard.

Vizepräsident ÖR Karl Grabmayr:

Es ist anders in Österreich, wo im Antragsjahr die Ausgleichszahlungen zur Auszahlung gebracht werden. Eine vollständige Auszahlung auch für in Prüfung befindliche Betriebe ist nicht möglich, das unterscheidet uns auch nicht von Bayern, auch Bayern ist an diese Regelung gebunden und setzt das so um. Es wird vor Weihnachten die Auszahlungen in der bisherigen Form geben.

Abstimmung über diesen Antrag:

Ja-Stimmen von UBV, FB, SPÖ und Grüne

Gegenstimmen von BB

Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

7. Antrag des Unabhängigen Bauernverbandes:

„Schutz der Eigentumsrechte gegenüber Mountainbiker gewährleisten“

Der Antrag lautet wie folgt:

„Die Vollversammlung der OÖ Landwirtschaftskammer fordert die Bundesregierung, sowie den Nationalratsklub der ÖVP und der FPÖ auf, den Schutz der Eigentumsrechte zu gewährleisten. Die Öffnung der privaten land- und forstwirtschaftlichen Wege für Mountainbiker sind nur auf vertraglicher Basis, sowie durch die Zustimmung der Jäger und einer entsprechenden Entschädigung für die Grundeigentümer möglich. Allen anderen Bestrebungen ist eine Absage zu erteilen.“

gez. Keplinger, Winklehner, Wimmesberger, Hemetsberger, Großpöttl“

KR ÖR Karl Keplinger:

Es geht um die Öffnung von Forststraßen für Mountainbiker. Es wird immer vehementer eine Öffnung der Forststraßen gefordert. Im Regierungsprogramm ist vorgesehen, dass diese Öffnung so nicht kommen soll, es gibt aber einflussreiche Gruppen, die dagegen auftreten. Die meisten Betroffenen sind mit den Musterverträgen, die von der Kammer gemacht wurden, nicht zufrieden. Auch die Entschädigung ist ein nicht zufriedenstellend geregelter Punkt. Das

Argument Tourismus ist nicht nachvollziehbar, wenn diese die Hauptabnehmer von ausländischem Fleisch sind. Solange das so ist, brauchen wir private Wege nicht gratis zur Verfügung stellen. Ich ersuche daher um Zustimmung zu diesem Antrag.

Vizepräsident ÖR Karl Grabmayr:

Wir haben einen Antrag betreffend die Benützung der Forststraßen durch Mountainbiker schon in der Vollversammlung im Juni 2016 beschlossen. Hier sehe ich bei diesem Antrag die Aktualität nicht. Der einzige Unterschied gegenüber früher ist hier die Formulierung, die wir meines Erachtens gar nicht beschließen können und dass die Bauern nicht beschließen sollten, es steht hier drinnen: „Die Wege sind nur auf vertraglicher Basis sowie durch die Zustimmung der Jäger und einer entsprechenden Entschädigung für die Grundeigentümer möglich. Allen anderen Bestrebungen ist eine Absage zu erteilen“. Das heißt, dass es der Jäger in der Hand hätte, ob eine Öffnung des Weges möglich ist oder nicht und der Landwirt eine Entschädigung erhalten muss. Wenn der Bauer aus touristischen Gründen oder aus welchen Gründen auch immer keine Entschädigung haben will, dann soll das nicht möglich sein. Diese Formulierung passt so nicht und wir werden dieser bestimmt nicht zustimmen.

KR Hannes Winklehner:

Wir wollen den Jäger sehr wohl eingebunden haben. Was ist denn, wenn wir den Jäger nicht einbinden? Wenn ich mit dem Tourismus ein gutes Geschäft mache und sage, dass ich nichts verlange und wenn der Jäger dann meint, er möge das nicht haben, dann haben wir den Streit zwischen Bauern und Jägern. Diesen Streit wollen wir aber mit Sicherheit nicht haben. Es soll eine Freigabe nur dann möglich sein, wenn alle damit einverstanden sind. Es wäre schlimm, wenn es hier diesen Einklang zwischen Jäger und Grundbesitzer nicht gäbe.

KR Michael Schwarzlmüller:

Die Position der SPÖ-Bauern ist völlig klar, wir sind gegen die Öffnung der Forststraßen. Ich halte es aber für nicht gescheit, dass es eine Zustimmung anderer für den Grundbesitzer und zwingend eine Entschädigung braucht. Es gibt ja viele Grundbesitzer, die ein gutes Einvernehmen mit dem Tourismus haben. Die Entscheidung soll beim jeweiligen Bauern liegen und es passt auch nicht, dass man es dem Jäger überlässt, Zustimmung zu geben oder nicht. Das soll auch weiterhin die Entscheidung des Grundbesitzers sein.

KR Alois Ganglmayr:

Die Formulierung betreffend die Jäger im Antrag passt überhaupt nicht. Herr KR Winklehner, wie ist es dann, wenn der Bauer eine Freigabe haben will und der Jäger nicht? Wer soll denn das entscheiden? Soll das dann das Landesverwaltungsgericht entscheiden? Ich bin ein Verfechter des Eigentums-Rechts, es geht darum, dass der Bauer das zu entscheiden hat und nicht der Jäger oder sonst irgendwer. Der Antrag ist einfach nicht gut ausformuliert. Ich weiß schon, dass ihr euch die Jäger nicht vergrämen wollt. Eigentum hat die größte Priorität in der Landwirtschaft und es kann doch nicht sein, dass wir hier die Jäger fragen müssen und das den Jägern in die Hand geben. Es würde gar nicht gehen, so etwas gesetzlich festzuhalten. Wir werden daher nicht zustimmen.

Präsident ÖR Ing. Franz Reisecker:

Der Jäger ist ja üblicherweise nur Jagdpächter und wenn es um eine Eigenjagd geht, hat es der Waldbesitzer ohnedies selbst in der Hand, wie er die Dinge regeln will.

KR Clemens Stammler:

Üblicherweise entsteht Streit dort, wo die rechtliche Lage unsicher ist. Was wir grundsätzlich brauchen, ist eine Regelung der Haftungsfrage, das ist für mich viel entscheidender und damit steht und fällt auch alles. Wenn ich den Grundbesitzer aus der Haftung herausnehme, dann haben die wenigsten Grundbesitzer etwas dagegen, wenn Mountainbiker unterwegs sind. Wenn ich als Grundbesitzer die Haftung übernehmen muss, dann habe ich etwas dagegen. Der Jäger hat etwas dagegen, weil das Wild gestört wird. Diese Diskussion finde ich lächerlich. Wir haben die höchste Wildpopulation seit der Monarchie in Mitteleuropa im Vergleich zu Ungarn, Deutschland und anderen Mitgliedsstaaten. Zeig mir einen Waldbesitzer, der eine klimataugliche Lärche hochbringen will und keine Freude damit hat, wenn ihm das Wild verjagt wird.

Abstimmung über diesen Antrag:

Ja-Stimmen von UBV

Gegenstimmen von BB, FB, SPÖ und Grüne

Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

8. Antrag des Unabhängigen Bauernverbandes:

„Herkunftskennzeichnung von Lebensmitteln nach französischem Vorbild und in der Gemeinschaftsverpflegung umgehend umsetzen“

Der Antrag lautet wie folgt:

„Die Vollversammlung der OÖ Landwirtschaftskammer fordert die Bundesministerin für Nachhaltigkeit und Tourismus Elisabeth Köstinger sowie Sozialministerin Mag. Beate Hartinger-Klein auf, die – wie im Regierungsprogramm beschlossene – Herkunftskennzeichnung von Lebensmitteln nach französischem Vorbild und eine klare und durchgehende Herkunftskennzeichnung in der Gemeinschaftsverpflegung (öffentlich und privat) umgehend umzusetzen. Dabei sind die Grenzwerte nach französischem Vorbild (ab 8 % Fleischanteil und ab 50 % Milchanteil) in be- und verarbeiteten Produkten einzuhalten. Das muss für alle Produkte gelten die in Österreich verkauft werden, unabhängig davon wo die Be- und Verarbeitung stattfand. Dies ist hinsichtlich zukünftig in Kraft tretender Freihandelsabkommen (CETA, Mercosur etc.) für die aktiven Bauern und den Konsumentenschutz unabdingbar.

gez. Keplinger, Winklehner, Wimmesberger, Hemetsberger, Großpötl“

KR Klaus Wimmesberger:

(KR Wimmesberger verliest den Text des Antrages.)

Ich ersuche um Zustimmung zu diesem Antrag.

Vizepräsident ÖR Karl Grabmayr:

Einen ähnlichen Antrag haben wir auch vor einiger Zeit vom Bauernbund eingebracht. Das Anliegen ist auch in das Regierungsprogramm eingebracht worden. Es gab erst kürzlich wieder die Zusage der Ministerin, dass das Anliegen 2019 umgesetzt werden soll. Insofern ist das Thema für uns erledigt und wir werden dem Antrag nicht zustimmen.

Abstimmung über diesen Antrag:

Ja-Stimmen von UBV, FB, SPÖ und Grüne

Gegenstimmen von BB

Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

9. Antrag des Unabhängigen Bauernverbandes:

„Treibstoff für den internationalen Flug- und Schiffsverkehr der Mineralölsteuer unterziehen“

Der Antrag lautet wie folgt:

„Die Vollversammlung der Landwirtschaftskammer OÖ fordert die Bundesregierung auf, sich in der EU einzusetzen, dass der Treibstoff für den Internationalen Flug- und Schiffsverkehr der Mineralölsteuer unterzogen wird. Die Einnahmen sollen als Entschädigung der Land- und Forstwirtschaft zur Verfügung gestellt werden. Die enormen Zuwachsraten im Flug- und Schiffsverkehr belasten immer mehr unser Klima und unsere Kulturen, sowie das Wasser. Die Bauern sind die Hauptbetroffenen, jedoch nicht die Hauptschuldigen an dieser Entwicklung.

gez. Keplinger, Winklehner, Wimmesberger, Hemetsberger, Großpötzl“

KR Hannes Winklehner:

Man sah heute nicht nur die Sonne am Himmel, sondern immer mehr Spuren von Flugzeugen. Mittlerweile bewegen sich ungefähr 40.000 Flugzeuge Tag und Nacht weltweit am Himmel. Man meint, diese Zahl sei im Verhältnis zu der Zahl der Autos sehr gering, hinsichtlich des Schadstoffausstoßes schaut das aber ganz anders aus. In Europa gab es im letzten Jahr um 8,2 Prozent mehr Flugverkehr. Deutsche Flughäfen haben 2017 um 5,2 Prozent mehr Fluggäste gehabt, Flugreisen sind so billig wie noch nie. Städteflüge werden zu Schleuderpreisen angeboten und sind beliebt wie noch nie. Wenn man will, kann man heute ständig fliegen. Es ist aber ein ganz anderes Thema, ob das gut ist für unsere Umwelt. Eine Fluglinie hat kürzlich 10.000 Flüge von Wien nach Mallorca um den Preis von neun Euro angeboten. Das ist eine Katastrophe. Wenn man das etwa mit den Kosten für eine Zugfahrt nach Salzburg vergleicht, dann kostet diese viel mehr als ein Flug nach Mallorca. Auch im

Frachtflugverkehr ist sehr viel passiert: Vor allem Modeartikel, die dem Trend unterworfen sind, werden immer mehr via Luftfracht transportiert. Es ist wirklich zu hinterfragen, ob das wirklich so „super“ und so „geil“ ist. Bei BIPA wird beispielsweise Wasser von den Fidschi-Inseln um 1,99 Euro pro halbem Liter verkauft. Die Fidschi-Inseln sind 16.366 Kilometer von uns entfernt. Ein Flugzeug hat hin und zurück fast 33.000 Kilometer zurückzulegen, der Umfang des Äquators beträgt 40.000 Kilometer. Auf den Meeren boomen Kreuzfahrten, die Steigerungsrate ist auch dort enorm. 2009 gab es 17,8 Millionen Passagiere, 2018 27,2 Millionen Passagiere. Das wird immer beliebter. Seit China bei der WTO ist, hat sich auch die Frachtschiffahrt enorm entwickelt. Die Containerschiffahrt hat es ermöglicht, dass Waren schnell und in großem Umfang über weite Strecken transportiert werden. Es wäre absolut unverantwortlich, hier nichts zu tun. Wir Bauern zahlen ja die Zeche für diesen Wahnsinn und es kann nicht gehen, dass diese Treibstoffe nicht besteuert werden. Im Interesse unserer Kinder und Enkelkinder müssen wir hier handeln. Auch sie sollen eine Umwelt vorfinden, die wir hier jetzt noch genießen können. Ich hoffe, dass ihr hier zustimmt, setzen wir ein Zeichen für die Zukunft, dass sich hier etwas verändert. Betroffen wären hier eher die Reichen, denn denen gehören ja die Fluglinien, Reedereien und Schifffahrtslinien. Es würde uns hier durchaus eine Entschädigung für das gebühren, was uns diese Organisationen antun.

KR Clemens Stammer:

Ich stimme hier mit KR Winklehner überein: Es kann nicht so sein, dass ein Flug nach Mallorca billiger ist als eine Zugfahrkarte von Linz nach Braunau. Man kann es allerdings auch nicht so darstellen, dass die Landwirtschaft mit den Umweltbelastungen überhaupt nichts zu tun hätte. Ich kann auch Steuergelder zweckbinden und das ist da und dort auch durchaus sinnvoll, wie etwa eine KFZ-Steuer oder ein Vignettenentgelt für den Straßenverkehr. Umschichtungsaktionen quer durch das Klientel ist aus meiner Sicht allerdings nicht sehr sinnvoll, dann würde das Steuermodell wohl schon bald so aussehen wie die Kondensstreifen am Himmel. Der Ansatz ist ja grundsätzlich richtig, ich tue mir allerdings schwer damit. Meistens heißt es ja bei euren Anträgen, ihr solltet etwas genauer ausführen, hier muss ich aber die Aufforderung an euch richten, euch auf den ersten Satz zu beschränken. Natürlich tue ich mir auch mit meinem Abstimmungsverhalten schwer: Stimme ich nicht mit, dann habe ich die genauso eine Schlagzeile, wie sie sich der „Grapscher“ eingefangen hat. Das brauche ich auch nicht. Beim Zurückgehen werde ich mir überlegen, wie ich hier abstimmen werde.

Präsident ÖR Ing. Franz Reisecker:

Es ist eindeutig, dass Schiffs- und Flugverkehr zu massiven Belastungen führen. Ich kann die Aussage nicht teilen, dass die Landwirtschaft ein sehr großer umweltbelastender Faktor ist. In Österreich haben wir in den letzten 20 Jahren im Bereich der Landwirtschaft die Treibhausgase in Summe um 14 Prozent gesenkt. Das hängt auch damit zusammen, dass die Landwirtschaft sehr viele Schritte zur Treibhausgasreduktion unternommen hat. Im selben Zeitraum hat sich der Ausstoß an Treibhausgasen durch den Verkehr um 65 Prozent erhöht. In Summe trägt die Landwirtschaft nur 10 Prozent zur Treibhausgasbelastung bei, und das bei einem starken Anstieg der Bevölkerung. Gibt es mehr Bevölkerung, werden natürlich mehr Lebensmittel gebraucht und trotzdem hat die Landwirtschaft die Treibhausgasemissionen abgesenkt. Wir sollen hier durchaus selbstbewusst auftreten. Ich empfehle dem Antrag auch

zuzustimmen. Allerdings weise ich auf folgendes hin: Wir werden uns schwertun, wenn wir eine Steuerfreiheit unseres Diesels verlangen, wenn wir gleichzeitig Steuerpflicht für den Diesel von anderen haben wollen.

Abstimmung über diesen Antrag:
Einstimmige Annahme

10. Antrag des Unabhängigen Bauernverbandes:
„Änderung der allgemeinen Vertragsbedingungen in der Hagelversicherung umsetzen“

Der Antrag lautet wie folgt:

„Treffsicherheit der Hagelversicherung erhöhen

Aufgrund der beschlossenen 20 Millionen Euro aus dem von der Bundesregierung geschürften Dürrehilfspaket, die in die Hagelversicherung fließen und der künftigen Aufstockung zur Prämienzuzahlung von 50 % auf 55 %, fordert die LWK-Vollversammlung die Nachhaltigkeitsministerin und die Bundesregierung auf, als Gegenleistung eine Änderung der allgemeinen Vertragsbedingungen in der Hagelversicherung umzusetzen. Dem Versicherungsnehmer muss mehr Mitbestimmungsrecht bei der Schadensfeststellung eingeräumt werden. Sämtliche Beurteilungskriterien zur Schadenserhebung sind zu ändern, damit die eingesetzten öffentlichen Gelder im Schadensfall höchste Treffsicherheit garantieren. Bei aufgetretenen Schäden muss dem Versicherten eine vollständige Schadensabgeltung sichergestellt werden.

gez. Keplinger, Winklehner, Wimmesberger, Hemetsberger, Großpötzl“

KR Hannes Winklehner:

Derzeit gehen sehr viele öffentliche Gelder in die Versicherungen. Das hängt auch mit den Auswirkungen des Klimawandels zusammen. Es kann nicht so sein, dass hier immer mehr Geld von uns hineinbezahlt wird und die Versicherungsnehmer aber kein Mitbestimmungsrecht in jenem Ausmaß haben, dass sie aber brauchen würden, damit Schäden auch tatsächlich vollkommen abgedeckt werden. Dieses Mitbestimmungsrecht der Versicherungsnehmer gibt es derzeit nicht. Öffentliche Gelder sollen zielorientiert eingesetzt werden. Das ist ja allgemein höchste Priorität bei öffentlichen Geldern. Hier muss es mehr Mitspracherecht für uns geben und die im Antrag aufgelisteten Änderungen sind umzusetzen. Wenn bei uns im Mühlviertel noch ein paar Dürrejahre sind, dann müssen unsere Kulturen mit kaum mehr Wasser irgendwelche Leistungen bringen. Aufgrund der Bodenbeschaffenheit bei uns im Mühlviertel und der Hanglagen ist die Situation sehr schwierig. Es bringt dort ein Liter Niederschlag weit nicht so viel wie auf der Ebene. Auch diese Umstände sind bei den Kriterien zu berücksichtigen. Ansonsten würden wir vielleicht einmal wirklich herausfallen. Wir haben vielleicht nicht das ganz hohe Niederschlagsdefizit, trotzdem wächst aber bei uns nichts mehr.

Wir brauchen eine Abdeckung der Schäden. Ich gratuliere KR Scheibenreif, dass er so günstig Siloballen bekommt, wie er es dargestellt hat. Er hat vielleicht bei seiner Darstellung vergessen, dass diese Heuballen nicht frei am Hof verfügbar sind und auch der Transport über weite Strecken Geld kostet. Auch das Organisieren des Futters ist mit viel Aufwand verbunden. Selbst dort, wo es gute Ernten gab, sind die Betriebe oft nicht bereit, Futter abzugeben, weil sie sagen, es könne ja nächstes Jahr umgekehrt sein und dass dann sie zu wenig Futter haben. Derartige Klimaphänomene kommen immer öfters vor und da müssen wir schauen, dass es künftig eine entsprechende Abgeltung dafür gibt. Wir brauchen hier Abänderungen im Bereich der Hagelversicherung. Es kann ja nicht so sein, dass öffentliche Gelder hier hineinfließen, aber dann nicht die Entschädigungen ausbezahlt werden, die wir brauchen.

Präsident ÖR Ing. Franz Reisecker:

Ein Mitwirkungsrecht bei der Schadensfeststellung gibt es auf der ganzen Welt nicht, die Schadenserhebung ist Sache der Sachverständigen und nicht Sache des Geschädigten selbst. So etwas zu fordern ist schlicht und einfach nicht realistisch. Auch bei der Dürreversicherung oder anderen Elementarversicherungen wird es diese Modelle auch künftig nicht geben. Ich empfehle daher, diesen Antrag abzulehnen.

Abstimmung über diesen Antrag:

Ja-Stimmen von UBV

Gegenstimmen von BB, FB, SPÖ und Grüne

Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

11. Antrag der Grünen Bäuerinnen und Bauern OÖ und der SPÖ-Bauern:

„System für Mehrweggebinde insbesondere für die „weiße Palette“ wie Trinkmilch und Joghurt entwickeln und umsetzen“

Der Antrag lautet wie folgt:

„Die Vereinigung der Österreichischen Milchverarbeiter (VÖM) sowie die Österreichischen Molkereien werden ersucht, gemeinsam mit dem Einzelhandel ein System für Mehrweggebinde insbesondere für die „weiße Palette“ wie Trinkmilch und Joghurt zu entwickeln und einzuführen.

Der begrüßenswerte Vorstoß einer österreichischen Molkerei Trinkmilch und Joghurt in der Glasflasche anzubieten stößt auf breite Kundenakzeptanz. Dennoch stellt die hierbei verwendete Einwegflasche eine höhere Umweltbelastung zur derzeit üblichen Karton- und Kunststoffverpackung dar. Dagegen ist die Mehrwegflasche mit 20 bis 50 Wiederbefüllungen ein echter Umweltgewinn. In Österreich wird Milch nahezu ausschließlich durch genossenschaftlich organisierte Verarbeitungsbetriebe in den Handel gebracht. Die Unternehmen sind in bäuerlicher Hand.

Gleichwohl ist es im Interesse der Bäuerinnen und Bauern im Bereich Müllvermeidung durch Mehrwegverpackungen mit gutem Beispiel voranzugehen und den Trend der Einwegverpackung zu durchbrechen. Glasgebilde heben durch ihr wertigeres Erscheinungsbild gegenüber Karton- und Kunststoffverpackungen das subjektive Geschmacksempfinden und unterstreichen den wahren Wert des natürlichen Lebensmittel Milch.

gez. Stammler, Schwarzmüller“

KR Clemens Stammler:

Die Glasflasche wurde versuchsweise im Lebensmitteleinzelhandel für Milch und Joghurt eingeführt. Leider handelt es sich dabei um Einweggebilde, was einen umwelttechnischen Rückschritt auch gegenüber dem Tetrapack darstellt. In der letzten Vollversammlung haben wir einen Antrag betreffend ein Pfandsystem für Einweggebilde einstimmig beschlossen. Als man Pfand auch für Einweggebilde eingehoben hat, hat das in Deutschland dazu geführt, dass sich der Mehrweganteil auf rund 40 Prozent erhöht hat. In Österreich sind wir etwa bei der Hälfte dieses Wertes. Mir persönlich gefällt an der Glasflasche, dass es eine wertige Verpackung ist, diese wertige Verpackung suggeriert dem Konsumenten auch, dass darin etwas ist, was einen Wert hat. Das erhöht auch das Image des Lebensmittels. Der Antrag ist bewusst sehr sachlich formuliert, es ist hier nur von einem Ersuchen die Rede und es wird nicht zu Zwangsmaßnahmen aufgefordert. Mein Großvater hat gemeint, wenn man auf dieser Welt etwas verändern möchte, dann solle man bei sich selbst anfangen. Hier sollen wir Bauern bei uns in der Genossenschaft uns selbst an der Nase nehmen und dort mit gutem Beispiel vorangehen. Ich ersuche daher um Zustimmung zu diesem Antrag.

KR Johann Hosner:

Herr KR Stammler, du hast dich sicher intensiv mit dem Thema beschäftigt. Flaschensysteme sind allerdings mit hohen Kosten für Sammlung, Reinigung, Transport, etc. verbunden. Eine Faustregel besagt, dass es mindestens 15 Umläufe und maximal 200 Kilometer Transport braucht, damit die Umwelt auch entsprechend geschont wird. Wir werden ja sehen, wie sich die Pilotprojekte entwickeln und es gibt hier verschiedene Modelle und Möglichkeiten, die Umwelt zu schonen. Schauen wir uns das an, in anderen Ländern gibt es auch größere Verpackungen, vielleicht wäre auch das ein Weg. Deinem Antrag und deinem Ersuchen werden wir zustimmen.

**Abstimmung über diesen Antrag:
Einstimmige Annahme**

4 Allfälliges

KR Alois Affenzeller:

Die Kammerreform ist derzeit in aller Munde, auch im Landtag wird darüber diskutiert. Ich wünsche mir, dass man die Regelungen über die neue Kammer an die Gemeindeordnung anlehnt. Es soll eine Zuweisung an Ausschüsse möglich sein. Es gibt auch heute so manche Tagesordnungspunkte, die gut in einem Ausschuss behandelt werden könnten. Wichtig wäre es für mich auch, dass man ein Anfragerecht für die Kammerräte einsetzt, ob schriftlich oder mündlich. Die Landwirtschaftskammer Österreich hat zehn Ausschüsse und zwei Arbeitsgruppen, ich habe in der Vollversammlung einmal gefragt, wie viele Ausschüsse es gibt, wie viele Mitglieder diese Ausschüsse haben und wer dort vertreten ist. Karl-Heinz Schaurhofer hat mir die entsprechenden Informationen mitgeteilt. Die oberösterreichischen Funktionäre kenne ich. Die anderen Funktionäre der LK Österreich wurden mir aus Datenschutzgründen allerdings nicht mitgeteilt. Oberösterreich zahlt fast 1,4 Millionen Euro an die LK Österreich. Wir dürfen als Landwirtschaftskammerräte, die nicht dem Bauernbund angehören, sehr wenig mitreden. Bei der gestrigen Arbeitstagung hat Frau DDI Sylvia Schindecker im Vorbeigehen erwähnt, dass es am 25. Juli in der LK Österreich eine Besprechung über die Züchtungsmethoden gegeben hat. Ich finde das ganz gut, allerdings haben wir davon nichts erfahren und wir wissen nicht, dass hier etwas im Laufen ist. Auch für andere Parteien, die in den Landwirtschaftskammern vertreten sind, wäre es wichtig, hier entsprechend eingebunden zu werden.

Herr KR Ecker hat einen Zwischenruf zu KR Wimmesberger gemacht. Ich habe dabei gedacht, dass der Bauernbund sehr wohl weiß, was geschieht, wir aber sehr viele Informationen nicht erhalten. Ich erwarte mir künftig, dass in entsprechenden Gremien auch Vertreter anderer Parteien eingebunden werden, möglicherweise auch ohne Stimmrecht, denn es geht hier ganz wesentlich um die Information. Wir haben heute bis 12.15 Uhr den Bericht des Präsidenten diskutiert. Es gibt allerdings viele Themen, die wesentlich wichtiger sind als die eine oder andere Kritik am Präsidentenbericht. Ich will nicht darüber diskutieren, was denn der Präsident vielleicht alles falsch macht, sondern ich will für die Bauern tätig sein. Die Bauern erwarten von uns, dass man sich für sie einsetzt und ihnen hilft, etwa im Bereich der Engerlingsproblematik. Es heißt ja beispielsweise hier, dass man nicht fräsen darf aber mit der Kreiselegge könne man sehr wohl arbeiten. Es gibt hier ganz viele offene Punkte und Fragen, die die Bauern tatsächlich interessieren. Ich ersuche auch um den Einsatz der Abgeordneten dafür einzutreten, dass die LK Österreich zu einer Organisation wird, in der die Anliegen aller Bauern gehört werden.

Präsident ÖR Ing. Franz Reisecker:

Natürlich ist es legitim zu fordern, dass man in entsprechenden Gremien auch vertreten sein soll. Die Landwirtschaftskammer Österreich ist ein Verein, der alle Landwirtschaftskammern als Mitglied hat. In der Landwirtschaftskammer sind die Ausschüsse so besetzt, dass grundsätzlich ein Funktionär pro Bundesland in den Ausschüssen dabei ist. Das ist üblicherweise auch jene Funktionärin oder jener Funktionär, der im eigenen Bundesland den

jeweiligen Ausschussvorsitz hat. Wenn man allen Fraktionen hier Stimmrecht oder Teilnahmemöglichkeiten ermöglicht, dann wären das alleine für Oberösterreich fünf Teilnehmer, bei neun Bundesländern wären das 45 Personen, dazu kommen noch Abteilungsleiter aus der Landwirtschaftskammer und die Vertreter des Ministeriums. Wir hätten dann Gremien mit 60 bis 70 Leuten. Dort würde sachlich und fachlich vermutlich nicht sehr viel weitergebracht werden.

Es gibt wohl wenige Gremien im Landwirtschaftskammerbereich in Österreich, wo so gut über die Aktivitäten berichtet wird. Ich gebe den Präsidentenbericht weiter und ich bemühe mich auch sonst immer, schriftlich entsprechende Informationen weiterzugeben. In anderen Bundesländern ist das so nicht immer der Fall. Die Informationen etwa zur Engerlingbekämpfung haben wir ganz genau in unserer Kammerzeitung „Der Bauer“ geschrieben. Ich wundere mich manchmal, warum Leute – auch Funktionäre – diese Artikel dann nicht genau lesen. Ich kann nur ersuchen, diese Informationen auch an die Bauern weiterzutragen. Genau das sind bei den Engerlingen Ortsbauernschaftsthemen. Wenn ich mich als Ortsbauernschaft dem Thema annehme, dann kann ich dort auch die entsprechenden Informationen transportieren. Eine Fräse ist beispielsweise zur Engerlingsbekämpfung nicht so gut geeignet, weil die Fräse den Engerling wieder eingräbt. Eine Kreiselegge, die verkehrt herumläuft, ist dafür viel besser geeignet. Natürlich habe ich Verständnis für das Anliegen, dass man in Gremien als Minderheitsfraktion dabei sein will, andererseits sind natürlich auch Wahlergebnisse entsprechend anzuerkennen. Den Ergebnissen folgend findet dort die Besetzung der Ausschüsse statt. Die Protokolle der Ausschusssitzungen sind üblicherweise nur Stichwortprotokolle, wo die wesentlichen Dinge zusammengefasst werden. Ich bin beispielsweise der Vorsitzende des Ausschusses Tierproduktion. Ich berichte bei der Präsidentensitzung über den Ausschuss, die Protokolle sind anders als hier in der Vollversammlung.

KR ÖR Johann Großpötzl:

Es wäre aus meiner Sicht auch nichts, wenn von jedem Bundesland jede Fraktion vertreten ist. Auf Bundesebene wäre es aber durchaus möglich, von jeder Fraktion jemanden beizuziehen, also vier Leute zusätzlich. Das müsste sich wohl machen lassen.

KR Clemens Stammer:

Herr Präsident, es ist etwas platt, was du jetzt von dir gegeben hast. Zu sagen, die Ausschüsse würden zu groß werden, dass dort keine Diskussion mehr möglich wäre, das stimmt so nicht, man kann das organisationstechnisch durchaus lösen und auch die Protokollierung lässt sich sinnvoll lösen. Das schaffen wir auch hier in der Landwirtschaftskammer Österreich dank Herrn Dr. Staudinger. Die Landwirtschaftskammer Österreich ist ein Verein, wie der Präsident richtig erwähnt hat, ähnlich wie ein Sportschützen- oder Eishockeyverein. Dieser Verein macht eine Begutachtung der Gesetze auf EU-Ebene und dem gehört auch der Raiffeisenverband an und es ist demokratiepolitisch aus meiner Sicht durchaus ein Problem, wenn man hier als Interessenvertretung die Landwirtschaftskammer Österreich ohne gesetzliche Legitimation außer dem Vereinsrecht hat. Der Raiffeisenverband hat damit auch aus erster Hand Informationen, die die Bank Austria

oder andere Organisationen nicht haben. Wenn man demokratisch legitimierte Aufträge, wäre die Reputation auch eine höhere als jetzt. Natürlich ist das erstrebenswert. Ich frage mich allerdings, ob wir derzeit nicht eher in die andere Richtung gehen, etwa, wenn ich mir die Zusammenlegung der Sozialversicherung zur SVS anschau. Hier wird die Anzahl der Funktionäre gekürzt. Ich frage mich, ob hier auch die oppositionellen Stimmen, die es jetzt in der Hauptversammlung der SVB gibt, ob es diese auch in der SVS geben wird. Ich frage mich, ob sich da jemand dafür einsetzen wird und wie man zu einem gerechtfertigten Schlüssel kommt. Anteilsmäßig wird die bäuerliche Opposition aus der SVS gedrängt werden.

Heute haben wir die Broschüre „Vom Mehrwert der Land- und Forstwirtschaft Österreich“ bekommen. Es gibt hier auch das Kapital „Marktwert“. Es heißt dort: „Leistung und Produktivität der Land- und Forstwirtschaft steigen ständig an, Vorteil für Konsumenten: Sie können sich bei steigender Qualität der Lebensmittel mehr an anderen Gütern und Dienstleistungen kaufen“. Ich finde das als Aussage der land- und forstwirtschaftlichen Interessenvertretung durchaus bedenklich. Wir hackeln uns einen Dödl herunter, nur damit du dir mehr leisten kannst. Man müsste hier bei der Formulierung von Botschaften durchaus mehr aufpassen, wenn man Werbung für sich selbst machen will.

Präsident ÖR Ing. Franz Reisecker:

Eine allfällige gesetzliche Änderung betreffend der Landwirtschaftskammer Österreich ist Sache des Parlaments. Präsident Schultes hat beim letzten Regierungsprogramm klar gefordert, eine gesetzliche Interessenvertretung der Landwirtschaft auf Bundesebene einzurichten. Es hat dazu keine Mehrheit gegeben, es braucht dazu auch eine Zweidrittel Mehrheit. Diese Zweidrittel Mehrheit ist bisher nicht zustande gekommen. Es liegt nicht an den Funktionären, sondern am Gesetzgeber. Wenn diese auf Bundesebene eingerichtet wird, muss natürlich auch eine die Finanzierung entsprechend organisiert werden. Der Raiffeisenverband ist nicht die Raiffeisenbank. Der Raiffeisenverband ist die Dachorganisation aller Raiffeisengenossenschaften, somit aller Molkereien, Lagerhäuser und Genossenschaften im bäuerlichen Bereich und ist nicht die Raiffeisenbank. Das soll nicht vermischt werden, es geht hier auch in keiner Weise um Bankgeschäfte.

KR Josef Kogler:

Im heurigen Sommer gibt es sehr viele Verlierer in der Landwirtschaft, es gibt aber auch eine kleine Gruppe von Gewinnern und das sind die Urlaub am Bauernhof-Betriebe. Wir hatten heuer den Jahrhundertssommer und konnten dadurch eine Vielzahl von Gästen bewirten. Wir sind auch hier eine Gruppe, die ganz intensiven Kontakt mit dem Konsumenten hat. Auf meinem Betrieb kommen die Gäste mittlerweile fast aus der halben Welt. Man tritt mit jedem Gast in Kontakt und informiert die Gäste auch darüber, wie die Landwirtschaft bei uns funktioniert. Auch dafür gehört den Urlaub am Bauernhof-Betrieben gedankt. Am 15. August gibt es in Oberösterreich traditionell den Almwandertag. Ich bedanke mich bei all jenen, die beim heurigen Almwandertag mitgewirkt haben. Genau an diesem Tag war das Wetter nicht so schön und es hat teilweise geregnet. Es gab am Almwandertag trotzdem über 800 Besucher auf der Kranabetsattelalm, die von drei Ebenseer Bauern bewirtschaftet wird. Ich

danke generell den oberösterreichischen Almbauern für die Freihaltung der Kulturlandschaft und für ihren großen Einsatz für unser Bundesland.

Präsident ÖR Ing. Franz Reisecker:

Die Urlaub am Bauernhof-Betriebe zählen heuer sicherlich zu den Gewinnern. Auch das ist eine Tatsache, dass wir auch durchaus Profiteure haben, wenn es wie in diesem Jahr etwas wärmer ist.

KR ÖR Karl Keplinger:

Zum Geburtstag des Präsidenten überreichen wir dem Präsidenten etwas, das nicht flüssig ist und trotzdem rinnt, nämlich eine Sanduhr (KR ÖR Keplinger und KR ÖR Großpötl überreichen die Sanduhr).

Präsident ÖR Ing. Franz Reisecker:

Ich danke für die Glückwünsche und das originelle Geschenk. Da es keine Wortmeldungen mehr gibt, kommen wir zum Ende der Vollversammlung. Ich bedanke mich bei allen für die Teilnahme und die Beiträge und schliesse somit die heutige Vollversammlung.

Ende der Vollversammlung: 13.38 Uhr

Der Schriftführer:



(KR ÖR Walter Lederhilger)

Der Präsident:



(ÖR Ing. Franz Reisecker)